Dieter Grande (Hg.)

Ohne Erinnerung keine Versöhnung

Ansätze und Überlegungen zu einer Charta Memoriae

Dokumentation eines internationalen Workshops in der Gedenkstätte Buchenwald

Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden der Deutschen Kommission Justitia et Pax **DOK 41**

Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden
Herausgeber: Deutsche Kommission Justitia et Pax
Redaktion: Harry Neyer

Ohne Erinnerung keine Versöhnung. Ansätze und Überlegungen zu einer Charta Memoriae
Dokumentation eines internationalen Workshops in der Gedenkstätte Buchenwald. Herausgegeben von Dieter Grande.

Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden
Dokumentation 41

ISBN 3-932535-31-6

1999

Auslieferung: Justitia et Pax, Adenauerallee 134, 53113 Bonn
Telefon 0228 - 103217 Fax: 0228 - 103318

Inhalt

Inhalt 3

Vorwort
Weihbischof Leo Schwarz 5

Einführung
Prälat Dieter Grande 9

Ruanda
Erinnerung, Aufarbeitung der Vergangenheit und Demokratisierung in Ruanda
Octave Ugirashebuja 13

Guatemala
REMHI. Wiedergewinnung der historischen Erinnerung.
Wegbeschreibung und Perspektiven
Cirilo Santamaria 23

Guatemala
Die UN-Wahrheitskommission sowie die Märtyrerchronik.
Zwei Ansätze zum Umgang mit belasteter Vergangenheit in Guatemala
Maria Christine Zauzich 42

Rußland
Bringt Eure Toten heraus. Erfahrungen aus der Arbeit von MEMORIAL
Boris Pustinzev 66

Rußland
Die Wiederherstellung der Erinnerung.
Die Arbeit der Kommission „Neue Märtyrer“ im europäischen Teil Rußlands.
Bronislaw Czaplicki 75

Ansätze einer Charta Memoriae
Thomas Hoppe 98

Anhang
Programm 107
Teilnehmerliste 110
Referenzrahmen 112

Vorwort

Das schmerzhafte Bewußtsein von belasteter Vergangenheit in der Gegenwart gehört zu den Erfahrungen der Menschen. Oftmals droht die belastete Vergangenheit, den Aufbruch in neue Perspektiven zu behindern. So naheliegend es ist, solche Realitäten mit Verdrängen und Vergessen-Wollen zu beantworten, so deutlich ist zugleich die Fruchtlosigkeit, und mehr noch die subtile Gefahr, die von solchem Verhalten ausgeht. In den letzten Jahren sind wir Zeugen geworden, wie verdrängte Konflikte im ehemaligen Jugoslawien und der Region der Großen Seen in Afrika eine ungeahnte Dynamisierung von Konflikten begünstigt haben, die zu Krieg und Genozid führten. Die Kirche sucht angesichts dieser Situationen nach Möglichkeiten, zu einem gerechten Frieden beitragen zu können. Dabei hat sie insbesondere auch auf dem Feld der Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit wichtige Erfahrungen gemacht, die auszutauschen und auszuwerten wir mit dem Workshop beabsichtigten. Die Grundfrage lautete: Können wir aus den in den unterschiedlichsten Kontexten gewonnenen Erfahrungen Grundstandards für eine kirchliche Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit gewinnen? Dabei gingen wir davon aus, daß dies - wenn überhaupt - nur in einem internationalen Dialog möglich sein würde.
Zu diesem Zweck hatte die Deutsche Kommission Justitia et Pax 1998 gemeinsam mit Renovabis und Misereor zu einem internationalen Workshop eingeladen, an dem 30 Personen aus entsprechenden Kontexten in Bosnien, Deutschland, Guatemala, Kroatien, Polen, Ruanda, Rußland, Südafrika und der Slowakei teilnahmen.
Die weitgesteckten Ziele für das Projekt hatten wir wie folgt formuliert:

1. Im Rahmen des Projekts sollte der Versuch eines Dialogs unternommen werden, bisherige theoretische Reflektionen über Erinnerung und Versöhnung auf eine praktische Umsetzung in den Arbeitsfeldern von Justitia et Pax und der Hilfswerke hin weiterzuentwickeln.
2. Es sollten exemplarisch verschiedene Ansätze zur Erinnerungsarbeit von den Trägern dieser Arbeit vorgestellt, befragt und miteinander ins Gespräch gebracht werden.
3. Insbesondere sollte der Dialog zwischen Vertretern des „Südens“ und des „Ostens“ gefördert und somit ein Beitrag zur Überwindung der Teilung der Ge-

sprächszusammenhänge und des Denkens - einer unerfreulichen Erbschaft aus der Zeit des Kalten Krieges - geleistet werden.

4. Den Teilnehmenden sollte Gelegenheit geboten werden, die jeweiligen nationalen Erfahrungen in einen internationalen Kontext zu stellen und die eigene Problemlage mit den Augen der anderen zu sehen.
5. Neben einer Darstellung, Bestandsaufnahme und Dokumentation verschiedener Ansätze und Projekte sollte die Relevanz von Erinnerungsarbeit für Demokratisierungs- und Versöhnungsprozesse insbesondere mit Blick auf die Stärkung der Menschenrechte in den jeweiligen Gesellschaften herausgearbeitet und genauer bestimmt werden.
6. Mit dem Ziel, praktische Ergebnisse für unsere friedens- und entwicklungspolitischen Arbeitsfelder zu gewinnen, sollten in einer längerfristigen Perspektive Antworten auf folgende Fragen versucht werden:
   - Welche übergreifenden Eckdaten gibt es für eine in unserem Sinne zielführende Erinnerungsarbeit?
   - Lassen sich Ansätze einer Charta Memoriae im Sinne der Entwicklung erinnerungspolitischer Standards aufzeigen?
   - Welche Möglichkeiten der Förderung von Prozessen der Vergangenheitsaufarbeitung sind identifizierbar?
   - Welche Anforderungen und Anfragen stellen sich hieraus für die Vergangenheitsbearbeitung in der Bundesrepublik Deutschland sowie für unsere friedens- und entwicklungspolitischen Kooperationen?
   - Läßt sich ein spezifisch christlicher Ansatz der Erinnerung bestimmen?

Als Tagungsort hatten wir die Gedenkstätte Buchenwald gewählt, die dankenswerterweise bereit war, unser Vorhaben in vielerlei Hinsicht zu begleiten. Uns war sehr an diesem Tagungsort gelegen, bringen doch Geschichte und Gegenwart dieses Ortes die im Rahmen des Workshops zu verhandelnden Probleme zum Ausdruck und verdeutlicht die Dimensionen unseres Gegenstands. Darüber hinaus war somit gegenüber unseren internationalen Gästen von vorneherein zum Ausdruck gebracht, daß wir uns in dem angestrebten Diskussionsprozeß als Gleiche unter Gleichen und nicht als Träger eines gesicherten Know-hows, das es nur zu vermitteln gilt, verstehen.

Der Leser/die Leserin dieser Publikation wird unschwer erkennen, daß viele Fragen, die wir uns vorgenommen hatten, nur angesprochen, aber nicht annähernd beantwortet werden konnten. Der Workshop und diese Publikation stellen somit auch eher einen Zwischenbericht aus einem laufenden Prozeß als eine Abschlußdokumentation dar. Mit dieser Publikation wollen wir einen Beitrag zu den gesellschaftlichen wie kirchlichen Diskussionen über den Umgang mit belasteter Vergangenheit leisten.

Weihbischof Leo Schwarz
Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax

Einführung zum Workshop

„Erinnerung, Aufarbeitung der Vergangenheit und Demokratisierung“

Seit 1995 gibt es bei der Deutschen Kommission Justitia et Pax eine Projektgruppe zum Thema: Versöhnung. Ihre Aufgabe ist es, den Prozeß der christlichen Kirchen zu Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung zu begleiten und nach Möglichkeiten zu suchen, deren Ergebnisse umzusetzen und weiter zu entwickeln.

Die Zweite Europäische Ökumenische Versammlung im Sommer 1997 in Graz stand unter dem Thema: Reconciliation - Versöhnung.
Die Überlegungen der Projektgruppe wurden in einer Arbeitshilfe mit dem Titel „Versöhnung - Gabe Gottes und Quelle neuen Lebens“ zusammengefaßt.

In Zusammenarbeit mit dem bischöflichen Werk Misereor und mit Renovabis ist es gelungen, zu einem internationalen Workshop einzuladen mit dem Thema „Erinnerung, Aufarbeitung der Vergangenheit und Demokratisierung“.

Im Text unserer Einladung, die den Anlaß und die Ziele unserer Veranstaltung klar und treffend umschreibt, wurden wiederholt die Begriffe „Erinnerung“ und „Aufarbeitung“ der Vergangenheit verwandt, und ich möchte Ihnen zum Beginn unseres gemeinsamen Nachdenkens einige persönliche Anmerkungen dazu vortragen.

<u>Erinnerung</u>

Im etymologischen Wörterbuch wird auf eine zweifache Bedeutung des Wortes hingewiesen:
Erinnerung kann bedeuten: „sich erinnern“, d.h. ‘sich etwas ins Gedächtnis zurückrufen’ oder ‘im Gedächtnis behalten’.
Erinnerung kann aber auch bedeuten: ‘jemanden erinnern’, d.h. ihn ‘auf etwas aufmerksam machen’, damit er einer Sache ‘inne’ wird.

Vergessen

Der Gegensatz zur „Erinnerung“ ist das „Vergessen“. Auch dieses Wort ist vielschichtig in seiner Bedeutung. Im Synonymwörterbuch wird auf drei Verwendungen, die in unserem Zusammenhang relevant sind, hingewiesen:
Vergessen im Sinne von ‘aus der Erinnerung verlieren’, daß etwas entfällt, daß wir etwas ‘aus dem Gesichtsfeld, aus den Augen verlieren’ und nicht im Gedächtnis behalten.
Vergessen im Sinne von ‘vergessen werden’, ‘in Vergessenheit geraten’, der ‘Vergangenheit anheim fallen’.
Schließlich auch *Vergessen* im Sinne von ‘vergessen wollen’, ‘nicht mehr daran denken wollen’, ‘nicht mehr besprechen wollen’, um Gras darüber wachsen zu lassen, um einen Schlußstrich zu ziehen.

Verdrängen

Interessant ist für mich, daß der Begriff des „Verdrängens“ in diesem Zusammenhang nicht genannt wird.
Ist „Verdrängen“ gleichzusetzen einem bewußten „vergessen wollen“ oder geschieht „Verdrängung“ bereits auf der Ebene des Unbewußten und Ungewollten?
Aus der Individualpsychologie ist bekannt, daß „Verdrängung“ ein Schutzmechanismus der menschlichen Psyche ist, damit der Mensch mit schwerer Schuld oder furchtbaren Erfahrungen weiterleben kann.
Ungeklärt scheint die Frage, ob die menschliche Gemeinschaft, zum Beispiel ein Volk, eine Gesellschaft, eines ebensolchen Schutzmechanismusses bedarf und deshalb über Vorgänge des Verdrängens nicht einfach der Stab gebrochen werden kann.

Wir werden uns also mit dem äußerst komplexen Problemfeld: Erinnern, Vergessen, Verdrängen in diesen Tagen auseinandersetzen müssen.

Aufarbeitung der Vergangenheit

Neben dem Wort „Erinnerung“ steht in unserer Einladung der Begriff „Aufarbeitung der Vergangenheit“. An seiner Stelle wird auch oft von „Vergangenheitsbewältigung“ gesprochen.
Kann man Vergangenheit einfach wie eine Berichtsakte aufarbeiten?
Läßt sich Vergangenes im Nachhinein „bewältigen“?
Beide Begriffe scheinen mir von einem gewissen Wunschdenken geprägt zu sein und die wirklichen Möglichkeiten gesellschaftlicher Prozesse zu überschätzen.

Auseinandersetzung mit Vergangenheit

Vielleicht wäre es realistischer, von einer „Auseinandersetzung“ mit der Vergangenheit zu sprechen. Zwei Aspekte scheinen mir für solch ein Bemühen unverzichtbar zu sein.
Zum einen: **Wir brauchen eine der Wahrheit verpflichtete Erinnerung**.
Deshalb ist jeder Beitrag zur historischen Wahrheitsfindung von großer Bedeutung. Andererseits dürfen wir dabei den ständigen Wandel im menschlichen „Erinnern“ nicht übersehen.
Timothy Garton Ash schreibt in seinem Buch zu seiner Stasiakte: „Die Akte Romeo“ folgendes: „ ..... unsere Erinnerungen (verblassen) mit der Zeit und mit der Veränderung der Umstände. Sie werden deutlicher oder abgemildert oder auch bitterer..... Was wir also vor uns haben, ist nichts weniger als eine Unendlichkeit von Erinnerungen an einen Augenblick, ein Ereignis oder einen Menschen.
Erinnerungen, die sich fortwährend, mit jeder Sekunde geringfügig verändern, manchmal aber auch dramatisch, nach einer Erschütterung oder Enthüllung.“
Wahrheitssuche wie Wahrheitsfindung haben es danach mit einer hochsensiblen Materie zu tun. Trotz allem Bemühen um möglichst objektive Methoden der Vorgehensweise müssen wir uns der ständigen Veränderungen im „Erinnern“ im Strom der Zeit bewußt sein. Eigene Betroffenheit und ein geringer zeitlicher Abstand zwischen Geschehen und Wahrheitssuche erschweren eine objektive Wahrheitsfindung eher als sie zu erleichtern. Ein Mühen um Reinigung der Gesellschaft, das nicht der Wahrheit verpflichtet ist, kann schnell zu einer „Hexenjagd“ entarten und anstelle von mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft leicht neues Unrecht bewirken.

Bei der Auseinandersetzung mit Schuld und Unrecht der Vergangenheit scheint es mir besonders wichtig: **Wir brauchen eine der Wahrheit verpflichtete Erinnerung, die einer Versöhnung** zwischen den sogenannten „Opfern“ und „Tätern“.

Die langjährige Vizepräsidentin von Pax Christi, Gisela Wiese, sagt im Rückblick auf ihre Erfahrungen während der Nazizeit, der Entnazifizierung und der 68iger Revolution in Deutschland in dem Buch von Wilfried Köpke „Ein Leben wider die falsche Versöhnung“ folgendes: „Versöhnungsakte (werden) allenfalls als privat verstanden. ‘Meine Schuld und der liebe Gott’. Das kann nicht Versöhnung sein.... Der einzelne soll nicht in Depression fallen wegen seiner Taten. Aber er muß anfangen, zu begreifen, was mit ihm geschehen ist, das weitervermitteln und warnen.“
Das Begreifen „was mit mir geschehen ist“ ist der Beginn von Umkehr. Umkehr aber ist die Voraussetzung von Versöhnung.
Auch eine zweite Erfahrung von ihr erscheint mir in diesem Zusammenhang wichtig.
Sie sagt: „Es ist ein wirklicher Verlust unserer profanen Gesellschaft, daß man die Umkehr des Sünders nicht will, weil dann das Bild von ihm nicht mehr stimmt. Man will ihn nur als Vernichteten, der keine Zukunft hat“.
Eine solche Weise vorgegebener Wahrheitsfindung macht Versöhnung unmöglich und schadet dem einzelnen wie der Gesellschaft.

Deshalb die Zielsetzung:
Wir brauchen Erinnerung, die der Wahrheit verpflichtet ist und der Versöhnung dient.

Machen wir uns diese Zielsetzung auch für die Arbeit unseres Workshops zu eigen.

Prälat Dieter Grande
Leiter der Projektgruppe Versöhnung

Octave Ugirashebuja SJ

Erinnerung, Aufarbeitung der Vergangenheit und Demokratisierung in Ruanda

Jemand hat das Jahr 1994 (des Völkermords an den Tutsi und der Massaker in Ruanda) als das *Jahr* bezeichnet, *das nie zu Ende geht*. Das bedeutet, daß in ihm nicht nur alles Vorherige seinen Höhepunkt erreichte, sondern wir auch ausgehend von ihm unsere gesamte Zukunft denken, vorbereiten und planen müssen. Denn was anderes ist Erinnerung letztlich als eine Art *Wachsamkeit für die Geschichte*.

Meine Überlegungen sind kein wissenschaftliches Forschungsergebnis. Ich begann damit erst, als ich erfuhr, daß ich an diesem Workshop teilnehmen werde; für lange Nachforschungen fehlte die Zeit. Dennoch lieferten mir meine eigenen Erfahrungen, meine Lektüre und meine Kontakte mit den Überlebenden des Völkermords eine ausreichende Basis für meinen *Beitrag zum Entwurf einer Charta Memoriae*.

Mein Vortrag gliedert sich in drei Etappen:

1. Schon ist die Geschichte Ruandas vor dem Völkermord Gegenstand einer widersprüchlichen Erinnerung seitens der beiden wichtigsten Bevölkerungsbestandteile, der Hutu und der Tutsi. Ihre Einschätzung und Sicht der Vergangenheit liegen so weit auseinander, daß man sich fragen muß, ob wir überhaupt eine gemeinsame Gegenwart und Zukunft haben können.

2. Seit dem Völkermord (und den Massakern) von 1994 geht ein abgrundtiefer Riß durch das Land. Alles übrige ist entschwunden, so daß wir alle - die Opfer gleichwie die Henker - dieser ungeheuren Katastrophe hilflos gegenüberstehen.

3. Die Probleme der Erinnerung an diese Katastrophe seitens der Ruander selbst, der Völkergemeinschaft und der Kirche.

Zum Schluß möchte ich darauf zu sprechen kommen, wie eine gerechte Erinnerung aussehen könnte, die nicht in den Schrecken der Vergangenheit verweilt, sondern

jeden wahrhaft Verantwortungsbewußten und jedes verantwortungsbewußte Volk ausrufen läßt: »**Nie wieder!**«

I. Die Geschichte der Ruander und ihre Erinnerung

Als im Oktober 1990 die Ruandische Patriotische Front das Land überfiel, kam ein junger, zweiundzwanzigjähriger Hutu zu mir und sagte verzweifelt: »Sie kehren zurück, um uns zu versklaven; ich möchte lieber tot sein, als von den Kerlen gedemütigt werden.« Der junge Mann war 1968 geboren worden, und keine persönliche Erinnerung verband ihn mit jener »Tutsi-Unterdrückung«, die ihn erstarren ließ. Denn seit 1959 sind die Tutsi politisch inexistent; viele irren als Flüchtlinge umher, von denen man nicht einmal mehr spricht. Die im Land Verbliebenen (sie sind die Mehrheit) kannten nur Schikane und Demütigungen. Für jede politische Schwäche, jedes wirtschaftliche Unglück waren sie die Sündenböcke; man nahm ihnen alles, verjagte sie oder schlachtete sie einfach hin. Das geschah vor allem 1963, 1972, 1990, 1994.

Und so hatte der junge Mann die Tutsi gekannt: als vogelfreie Elende, die man jederzeit nach Belieben umbringen konnte in der absoluten Gewißheit, dafür niemals bestraft zu werden. Im Gegenteil: Viele ihrer Mörder sind politisch schnell aufgestiegen. Und dennoch lebt unser junger Freund in Angst, trägt ein ungeheuerliches Ressentiment gegen sie in sich und hält ihre eventuelle Rückkehr für eine Katastrophe. Das ist die Geschichte, die man ihm beigebracht hat. Wegen dieses Geschichtsbewußtseins, das man eher im Sinne einer dreißig Jahre lang gepredigten Ideologie des Hasses und der Ausgrenzung manipulierte »Erinnerung« nennen sollte, kam es zu dem Völkermord.[1]

Ein junger Tutsi gleichen Alters sah die Geschichte natürlich völlig anders; für ihn war sie nur Elend, Verbannung, Ungewißheit und Tod. Er träumte von der Rückkehr in seine Heimat, jenes herrliche Land, das seine Vorfahren in Jahrhunderten heldenhaft erbaut hatten. Gewiß mögen einige Kämpfer der »Front« persönliche Rachegefühle gehegt haben, den oder jenen wiederzufinden und zu bestrafen, der seine El-

[1] Die Schulbücher waren voller Geschichten über die Grausamkeit der Tutsi-Könige und Häuptlinge, die nicht als Menschen, sondern als wahre Schlangen geschildert wurden. Aber hat man nicht auch den heimatlosen Juden schlimmste und blutrünstige Taten angelastet, sie als Gottesmörder bezeichnet, mit Hakennase und

tern und Verwandten verjagt und andere getötet hatte. Aber im allgemeinen sehnten sich diese jungen Leute nach der Rückkehr in eine Heimat, wo sie nicht mehr bei jeder politischen Veränderung oder wirtschaftlichen Schwierigkeiten mißhandelt wurden.

Wie dem auch sei: Seit 1959 gibt es in unserem Land jenen Willen zur Ausgrenzung der einem ganzen Volk eine erschreckende Ideologie des Hasses einimpfen wollte, der seine Wurzeln partout in der Geschichte haben mußte. Doch in Wahrheit geht es nicht mehr um die Geschichte, sondern eben in erster Linie um eine kollektive, das heißt politische Erinnerung, die aber so sehr verinnerlicht wurde, daß sie einen jeden bis ins Mark durchdrang. Diese Erinnerung gestaltet unser Seelenleben, unser Denken, unsere spontansten Reaktionen, ja sogar unser moralisches Handeln.

Ein ruandischer Historiker hat mir gesagt, auf der Ebene der wissenschaftlichen Geschichte habe vor dem Völkermord zwischen ruandischen Historikern, Hutu und Tutsi gleichermaßen, eine korrekte und objektive Debatte existiert. Sicher galt das vorrangige Interesse eines jeden einer bestimmten Facette dieser Vergangenheit, und diese vielgestaltige Lesart ist als solche ja auch hochinteressant. A. KAGAME hat die Fakten und Taten des Hofes, die Kriege der Könige und die Regierungsstrukturen unter der Nyiginya-Monarchie untersucht.[2] Hier liegt die wichtigste Realität unserer Geschichte. F. NAHIMANA befaßte sich seinerseits mit den Hutu-Kleinkönigen, den »ibihinza«, einem wichtigen Teil unseres Nationalwesens.[3] G. MBONIMANA seinerseits beugt sich fasziniert über das Phänomen der Kolonisierung und Christianisierung unseres Landes.[4] Diese Historiker schreiben keine selektive Geschichte, sondern ergänzen sich gegenseitig zu einer Gesamtsicht.
Aber mit der völlig unhistorischen Ideologisierung dieser facettenreichen Geschichte gelangte man schon ab der sozialen Revolution von 1959 zu einer haßerfüllten Unduldsamkeit. Das geschah in den Schulen, den politischen Reden, in Liedern und

---

gierigen Knochenfingern dargestellt, als Verderber der Menschheit hingestellt... alles nur, um sie straflos töten zu können?

[2] Besonders interessant ist KAGAME, »Le Code des institutions politiques du Rwanda précolonial«, Brüssel 1952 sowie »UN abrégé de l'ethnohistoire du Rwanda précolonial«, Bd. I, Butare 1972.

[3] Aus seiner Feder stammen insbesondere »Les Bami ou roitelets Hutu du corridor Nyabarongo-Mukungwa avec ses régions limitrophes« in: Etudes Rwandaises, Nr. 12 (19878), S. 1-25, und »Le Rwanda, émergence d'un Etat«, Paris 1993.

[4] Seine Dissertation an der Katholischen Universität Löwen (1981) trägt den Titel: »L'Instauration d'un royaume chrétien au Rwanda (1900-1931)«.

Schlagworten. Dies war die Realität, die der junge Mann erlebt hat, von dem wir eingangs sprachen. Später, in den Jahren 1990-1994, folgte dann die Holzhammerbearbeitung der gesamten Bevölkerung durch den nationalen Rundfunk und die Druckmedien, vor allem durch Radio Télévision Libre des Milles Collines. Darüber informiert »Les média de la haine« (Die Medien des Hasses), dessen genaue bibliographischen Angaben ich leider vergessen habe, sowie »Media du Génocide« (Medien des Völkermords), herausgegeben von Jean-Pierre CHRETIEN.

Wer die teuflische Propaganda gelesen und ihre Konsequenzen erlebt hat, muß sich fragen, ob wir überhaupt noch darauf hoffen können, eine gemeinsame Nation zu errichten.

II. Der Völkermord

Dennoch war immer noch die Aussöhnung mit unserer Vergangenheit möglich. Man konnte die ganz Propaganda für zwar übertriebene, aber immerhin noch verständliche Kritik halten. Die Tutsi-Monarchen und ihre Helfershelfer waren schließlich keine Heiligen gewesen. Und trotz der virulenten Parolen und rohen Unduldsamkeit der Worte waren gemeinsame Unternehmungen noch möglich. Ich erinnere mich unter anderem an einen von Ordensleuten veranstaltenden Friedensmarsch, an dem der Staatspräsident und der Ministerpräsident teilnahmen. Das war im Dezember 1993. Noch konnte sich die Achtung vor dem andern in ein paar Augenblicken der Gnade Bahn brechen. Sicher hatte es schon das Massaker von Bagogwe und die Ermordung der Menschen in Bugesera gegeben. Aber noch blieb ein Funke Hoffnung.
Doch dann kam der Völkermord, und alles stürzte in den Abgrund. Ich hoffe, daß meine Zuhörer die Umstände mehr oder weniger kennen:

Die Abkommen von Arusha waren unterzeichnet, die die Regeln der neuen Regierung aufstellten und die Machtanteile der einzelnen Parteien regelten. Aber in den Augen der extremistischen Hutu-Parteien, angeführt von MRND und CDR, waren diese Abmachungen Hochverrat an der Sache der Hutu. Präsident HABYARIMANA, der die Abkommen im August 1993 unterzeichnet hatte, sah sich schließlich gezwungen, sie trotz des starken Drucks der Extremisten auch anzuwenden. Auf dem Rückweg von Daressalam, wo er dies eben seinen Kollegen zugesagt hatte, wurde

er im gleichen Augenblick getötet, als sein Flugzeug auf dem Flughafen von Kigali aufsetzte. Das war am Abend des 6. April 1994 um 20.30 Uhr. Sofort begannen die Massaker an allen Hutu-Oppositionellen, gefolgt vom Völkermord an den Tutsi, angefangen in der Hauptstadt, dann im ganzen Staatsgebiet. Der bis ins kleinste Detail aufs sorgfältigste vorbereitete, grausame und erbarmungslose Völkermord dauert von April bis Juli und forderte fast eine Million Tote. Niemand griff ein, um dem ein Ende zu setzen. Die Monate April bis Juli 1994 kennzeichnen für alle Ruander einen nicht wieder gutzumachenden Riß. Sie haben richtig gehört: für alle, Opfer wie Henker und jeden, der eine mittlere Position einnahm und sich weder zu den einen noch zu den anderen zählte. In unserem Land ist das absolute Böse geschehen. Nach dem Willen der Machthaber, die diesen Völkermord ins Werk setzten, sollten alle Tutsi getötet werden, alle ohne Ausnahme! Dazu haben sie sämtliche Hutu dazu aufgestachelt oder gezwungen zu töten - wiederum: ausnahmslos alle! Wer sich widersetzte, wurde als erstes umgebracht.
Es ist festzuhalten, daß der ruandische Völkermord in Abwesenheit aller Kameras geschah. Als die Macheten ihr mörderisches Werk begannen, war die gesamte Presse nach Südafrika gereist.
Die Urheber konnten praktisch ihr gesamtes Vorhaben durchziehen. Nur eines entzog sich ihrer Planung: der militärische Sieg der F.P.R.

Es folgte die Flucht nach vorne: Zaire, Tansania. Diesem Anfang der Nach-Völkermordzeit wollen wir uns jetzt zuwenden.

III. Die Erinnerung an den Völkermord und ihre Folgen

a) Die Überlebenden. Es gibt sie tatsächlich! Weil es seltsamerweise nie gelingt, ein Volk völlig auszulöschen. Aber diese Überlebenden (die Tutsi in Ruanda) sind wandelnde Leichen. Was sie erlebt und gesehen haben, übersteigt alle Vorstellung. Sie sind physisch krank, denn sie mußten Unerträgliches erdulden. Sie sind psychisch ruiniert: Kinder, die nicht mehr sprechen und aus Angst vor Alpträumen nicht mehr schlafen. Erschöpfte Witwen, die nicht wissen, wo sie ihr Haupt hinlegen sollen, und denen alles genommen wurde. Verwundete, die unbehandelt blieben. Frauen, Heranwachsende, ja sogar noch im Kindesalter stehende Mädchen, die aufs grausams-

te vergewaltigt wurden und bis heute unter den physischen, psychischen und geistigen Folgen leiden.

Sie alle mußten mit dem Gedanken an die unbeerdigten Gebeine der Ihrigen leben, von denen sie lange verzweifelt, aber vergeblich herauszufinden suchten, wohin man sie geworfen hatte. Sie mußten mit ihren Mördern von gestern zusammenleben, die sie mit dem Tode bedrohten, wenn sie sie bloßzustellen wagten.

Am elendesten sind die dem Massaker Entkommenen, die an manchen Stellen die größte Gruppe bilden, denen man aber nur höchst beiläufig und nachlässig zu Hilfe eilt, weil sie weder Kraft noch Stimme haben. Die ehemaligen (aus Uganda, Burundi, Zaire und anderswo zurückgekehrten) Flüchtlinge behandeln sie als Feiglinge oder Komplizen der Völkermörder, nur weil sie dem Tod entronnen sind. Man geht sogar so weit, ihnen jegliche Arbeit zu verweigern, selbst wenn sie arbeiten könnten.

Dies also ist die Gruppe der Verlassensten, sie sind die Zerbrechlichsten und Ärmsten, und sie sollten nun eine Erinnerung pflegen? Man stelle sich das einmal vor.

b) Die ehemaligen Flüchtlinge. Sie sind die zweite Gruppe, die die Erinnerung an das Geschehen positiv pflegen sollten, denn sie haben im Völkermord Verwandte und Freunde verloren. Doch oft haben sie die größten Schwierigkeiten, sich in einem zerstörten Land zurechtzufinden, oder sie kümmern sich einzig um ihre Teilhabe an der politischen Macht. Gerade sie aber wären dazu in der Lage, denn aus dieser Gruppe stammen die Mitglieder der jetzigen Regierung und die Geschäftsleute.

c) Die übrigen Gruppen - **die neuen Flüchtlinge, die zurückgekehrt sind oder sich noch im Exil befinden, und die Gefangenen** - finden es schwer zuzugeben, daß es in Ruanda einen Völkermord gegeben hat. Das ist verständlich, denn wenn sie es eingestünden, nähmen sie gleichzeitig die Schuld auf sich. In dieses Die-Augen-Verschließen gehört auch die Völkergemeinschaft hinein. Wer sich nach Ruanda begibt, plädiert für die Sache der Gefangenen, die unschuldig seien und unter schlechten Bedingungen leben. Vor der Rückkehr der Flüchtlinge betätigen sich viele nichtstaatliche Organisationen in erster Linie in den Flüchtlingslagern und ver-

schwendeten nur selten einen Gedanken daran, daß es auch in Rwanda Elend und Menschen gibt, die Hilfe brauchen.

Wenden wir uns nun dem zu, was derzeit geschieht.

a) *Die Beerdigung der Überreste* an mehr oder weniger ausgewählten Stellen.
Während des Völkermords fanden die Henker keine Zeit, die Leichen zu begraben. Man ließ sie einfach da liegen, wo man sie hingeschlachtet hatte - in Kirchen, Schulen, Gemeindehäusern... Gab es irgendwo in der Nähe ein Loch, schuf man eine Sammelgrube - in Bedürfnisanstalten oder anderen Vertiefungen, in die man sie sogar oft noch lebend warf. Die würdige Beisetzung der Seinigen ist aber eine sehr wichtige Handlung. Im Mittelalter galt sie als siebte gute Tat. In dieser Frage gibt es in meinem Lande eine Polemik (in den Kirchen beerdigen, die Leichen suchen... wozu? fragen sich einige).

b) *Die Ibuka-Vereinigung*. Ihr Ziel ist es, die Erinnerung an die Geschehnisse seit 1994 lebendig zu erhalten, damit die Konsequenzen daraus gezogen werden und es nie wieder geschieht. Im Augenblick betätigt sie sich vor allem in Konferenzen und Debatten. Sie plant jedoch eine Erfassung der Getöteten und die Einrichtung eines Museums. Dazu fehlt ihr jedoch derzeit noch das Geld. Vor allem tritt sie energisch allen Versuchen entgegen, die Augen zu verschließen.

c) Schließlich gibt es im Kulturministerium noch die Abteilung »Mémorial du Génocide«, die an strategischen Stellen des Völkermords Gedenkmonumente errichten will. Desgleichen wurde eine Kommission geschaffen, die festlegen soll, wer des Namens »nationaler Held« würdig ist. Letzteres hat mit der Erinnerung an den Völkermord nur indirekt zu tun. Dennoch ist festzuhalten, daß es einen einmütig akzeptierten ersten Helden gibt: General Fred RWIGEMA, Befehlshaber der F.P.R. im Augenblick, in dem diese angegriffen wurde.

Ein paar Schlußüberlegungen

Anläßlich des vierten Jahrestages des Völkermords habe ich gesagt, sowohl individuell als auch kollektiv habe sich immer deutlicher eine Art Zwang ergeben, das ungeheure Unglück des Völkermords zu begreifen und zu erkennen. Auf individueller Ebene zeigen sich bei Personen, die bisher den Anschein vermittelten, als hätten sie die schlimmste Trauer und Klage überwunden, neuerdings beunruhigende Traumata: Schlaf- und Appetitlosigkeit und zunehmende Phobie. Auf kollektiver Ebene: Die Art, wie der UNO-Generalsekretär behandelt wurde, wäre vor einem Jahr noch undenkbar gewesen. Der Vertreter der UNO-Menschenrechtskommission ist praktisch aus dem Lande verjagt worden. Die zahlreichen Briefe gegen die Hierachie der katholischen Kirche rühren ebenfalls von diesem Gefühl der Intoleranz gegenüber jedem her, der die Schrecken des Völkermordes und seiner Folgen irgendwie zu bagatellisieren oder zu ignorieren scheint.

So glaube ich sagen zu können, daß wir aufpassen müssen. Keinesfalls darf eine negative Erinnerung entstehen, die uns in die Abgründe ewiger Qual und Totenklage stürzt. Unsere Verwandten und Freunde, die im Gemetzel starben, würden das mit Sicherheit nicht wollen. In meinen Augen sind sie Heilige, Märtyrer für das Ebenbild Gottes, dem der Angriff auf sie galt. Sie beten darum, daß das Leid, das sie erlitten, **in uns den festen Willen zum Mut und zur Verantwortung dafür erwecke, daß Gleiches nicht noch einmal geschieht. Es gilt, Positives zu schaffen**. Unser Papst Johannes Paul II. weiß, wovon er spricht, wenn er sagt: »Doch wahr bleibt, daß man nicht Gefangener der Vergangenheit bleiben kann: Für die einzelnen und für die Völker bedarf es einer Art >Reinigung des Gedächtnisses<, damit die Übel von gestern sich nicht wiederholen. Es geht nicht darum, das Geschehene zu vergessen, sondern es mit neuen Gefühlen noch einmal zu lesen und dabei gerade aus den erlittenen Erfahrungen zu lernen, daß allein die Liebe aufbaut, während der Haß Zerstörung und Verfall hervorruft. An die Stelle der tödlichen Wiederholung der Rache muß die befreiende Neuheit der Vergebung treten.

Dazu ist es unerläßlich, die Geschichte der anderen Völker lesen zu lernen, indem man einseitige Pauschalurteile vermeidet und sich darum bemüht, den Standpunkt der Angehörigen jener Völker zu verstehen. Das ist eine echte, auch pädagogische kulturelle Herausforderung. Eine Herausforderung der Zivilisation! Wenn man gewillt

ist, diesen Weg einzuschlagen, wird man entdecken, daß die Fehler niemals nur auf einer Seite liegen; man wird sehen, daß die Darstellung der Geschichte mitunter verzerrt, ja sogar manipuliert worden ist, was tragische Folgen nach sich zog.« (Botschaft Seiner Heiligkeit Papst Johannes Paul II. zur Feier des Weltfriedenstages am 1. Januar 1997.)

Und noch etwas: Machen wir uns eine vielgestaltige Betrachtungsweise des Geschehens zu eigen. Der Völkermord und die Massaker von 1994 betreffen ganz und gar nicht nur die Tutsi. Andere haben sie anders erlebt und andere Wunden und Traumata erfahren als die Tutsi. So stellt man derzeit fest, daß die Hutu die Ihrigen nicht beizusetzen wagen, die im Gefolge des Völkermords und der Massaker fielen. Sicher läßt sich sagen, daß ihnen das niemand untersagt, sie es sich aber auch nicht zwangsläufig nur deswegen versagen, weil sie sich schämen oder schuldig fühlen, sondern weil es gewissermaßen nur eine einzige, offizielle Lesart der Ereignisse gibt. Gewiß war der Völkermord etwas Unsägliches, und wir können immer noch nicht begreifen, wie er möglich war. Uns alle - Tutsi wie Hutu - hat die Verwirrung befallen, vielleicht auf unterschiedliche Weise. Wir müssen einen Raum schaffen, in dem wir gemeinsam und mit kühlem Kopf die Autopsie der monströsen Wirklichkeit des ruandischen Völkermords vollziehen können. Dieses Monstrum haben wir geboren, wir haben seine gräßlichen Zuckungen gesehen und seine schrecklichen Schreie gehört. Die Ausländer stören uns nur mit ihren schnellen Aussöhnungsrezepten. Aus dieser Autopsie wird die Form der ruandischen Demokratie entstehen.

Jedes Volk liest seine Geschichte auf seine eigene, nicht selten monolithische Weise. Mehr noch: Es hält sich für den Nabel der Welt. Ruanda, jenes winzige Territorium irgendwo im Herzen Afrikas, kann nicht den Anspruch erheben, im Mittelpunkt der Sorgen der Großen, nicht einmal der Kleinen zu stehen. Somit gereicht es jedem Volk und insbesondere Ruanda zum Vorteil, wenn es seinen Horizont erweitert. »Jeder wahren Identität wohnt die Gegenwart des anderen inne. Es ist an der Zeit, daß wir unsere Erinnerungen austauschen, uns mit den Augen der anderen sehen und die Erinnerung der anderen in uns aufnehmen, damit Neues, Gemeinsames entstehen kann.«[5] Vielleicht bringt uns das der weltweiten CHARTA MEMORIAE einen Schritt näher.

---

[5] Alain THOMASSET, »Reflexions pour conclure« in Mémoire des peuples, Projekt-

Cirilo Santamaría

REMHI. Wiedergewinnung der historischen Erinnerung Wegbeschreibung und Perspektiven

Einleitung

Das kleine mittelamerikanische Land Guatemala (109.000 km^2) mit ca. 10 Millionen Einwohnern, 60% Indígenas und 40% Mestizen, erlebt einen wichtigen Moment in seiner Geschichte. Es ist ein durch zahlreiche „innere“ Grenzen in wirtschaftlicher, sozialer, ethnischer, kultureller, politischer und religiöser Hinsicht gespaltenes Land, in dem autoritäre Regime Tradition haben und Regierungen nur allzu leicht zerbrechen.

Am 29. Dezember 1996 wurde nach einem blutigen und grausamen Bürgerkrieg, der über 36 Jahre andauerte, ein Friedensabkommen unterzeichnet. Seit der Kolonialzeit bis heute bilden Ausbeutung und Rassendiskriminierung die Grundlage der sozio-ökonomischen Strukturen des Landes und sind Ursache für die menschenunwürdigen Lebensbedingungen der Bevölkerung.

Der Krieg entbrannte als Reaktion auf die Unterdrückung der Mehrheit der Bevölkerung, der man die Teilnahme am sozialen und politischen Geschehen des Landes verweigerte.
Jahrhundertelang wurde dem Volk die Möglichkeit der Mitsprache und Organisation sowie der Zugang zu den Gütern und Reichtümern des Landes verwehrt. Der Kriegsverlauf bot kein einheitliches Bild: die Form und Intensität der Auseinandersetzungen schwankten, und wenn auch an unterschiedlichen Orten gekämpft wurde, so betraf der bewaffnete Konflikt doch das gesamte Staatsgebiet. Zwischen 1978 und 1983 erreichte die Grausamkeit ihren Höhepunkt, als die grausamsten Massaker begangen und mehrere Hundert Dörfer dem Erdboden gleichgemacht wurden.

Sondernummer, Ziffer 248, Winter 1996/1997, S. 58.

Die mühsam erarbeiteten Abkommen, die die Konfliktparteien schließlich unterzeichneten, bilden den grundlegenden Rahmen für eine Zukunft in Frieden und Eintracht, die es zu erbauen gilt. Sie enthalten in groben Zügen die Leitlinien für die Schaffung eines anderen, gerechteren und humaneren Guatemalas; sie sind der öffentliche, wenn auch noch etwas zaghafte Ausdruck des Volkes, das „Es reicht!“ zu dem Blutvergießen und dem Tod so vieler sagt und sein Engagement für den Frieden bekundet.

Die 36 Jahre Bürgerkrieg haben aus dem Land einen grauenvollen Friedhof gemacht, sie hinterließen über 150.000 Tote, Zehntausende von Witwen und Waisen, mehr als 500 vollkommen zerstörte Dörfer und ungefähr 100.000 Flüchtlinge. Diese Fakten schrien nach einer Beendigung des Konflikts. Glücklicherweise wurde nach fast 10 Jahren intensiver Gespräche ein Friedensabkommen unterzeichnet, das verschiedene substantielle Themen behandelt, wie die Einhaltung der Menschenrechte, die Identität und die Rechte der indianischen Bevölkerung, die sozioökonomische Lage, die Stärkung der Zivilmacht, die Rolle der Armee in einer demokratischen Gesellschaft, die historische Aufklärung und die Wiederansiedlung der Flüchtlinge.

1. Abkommen über die Einsetzung einer Kommission zur historischen Aufklärung

Am 23. Juni 1994 wurde unter großem Druck in Oslo das Abkommen über die Einsetzung einer Kommission zur historischen Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen und Gewaltakte unterzeichnet, die zu so viel Leid unter der guatemaltekischen Bevölkerung geführt haben. Es war ein schwaches Abkommen, wonach 36 Jahre politischer Gewalt innerhalb eines Zeitraums von nur sechs Monaten, der bis zu einem Jahr verlängert werden konnte, untersucht werden sollten; die Verantwortlichen der Verbrechen durften nicht individuell benannt und die Funde, Zeugen und Beweise nicht dazu herangezogen werden, Strafprozesse einzuleiten, darüber hinaus war der Wille des guatemaltekischen Heeres und der Guerillaorganisation *Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca*, die Arbeit der Kommission zu unterstützen, sehr wankelmütig. Das Abkommen wurde von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, vor allem von seiten der Menschenrechtler scharf kritisiert.

In seiner Präambel anerkennt das Abkommen „das Recht des ganzen Volkes von Guatemala, die volle Wahrheit über die Geschehnisse zu erfahren, deren Aufklärung dazu beitragen soll, daß sich diese traurigen und schmerzvollen Seiten in der Geschichte unseres Landes nicht wiederholen und der Demokratisierungsprozeß gestärkt wird“. So steht es in dem Abkommen, in dem die Überzeugung zum Ausdruck gebracht wird, daß die Suche nach der Wahrheit und die Aufarbeitung der Vergangenheit unerläßliche Bedingung dafür sind, den Frieden zu erlangen.
Die Unterzeichnung dieses Abkommens stellt einen Weg dar, den alle Guatemalteken einschlagen müssen.

Seit dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens hat dieses Anliegen und Streben bei der Kirche Widerhall gefunden, und sie engagierte sich bei der Suche nach der Wahrheit, unserer Wahrheit. Diese Suche wurde damals als neuer Weg in der Pastoralarbeit gesehen. In der Überzeugung, daß - wie Papst Johannes Paul II. sagte - „die Wahrheit die Kraft des Friedens ist“ (Weltfriedenstag 1980), übernahm die Kirche in gemeinsamer Verantwortung die Aufgabe, das jahrelange Schweigen Tausender von Kriegsopfern zu brechen und ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, das Wort zu ergreifen, zu reden und ihre Geschichte voller Leid und Schmerz zu erzählen, um sich so von der Last zu befreien, die sie jahrelang bedrückt hat. Dies ist im wesentlichen das Ziel gewesen, das die Kirche mit ihrem Projekt *La Recuperación de la Memoria Histórica (=REMHI)* („Wiedergewinnung der historischen Erinnerung“) in den letzten drei Jahren verfolgt hat: die Wahrheit über die Vergangenheit zu erfahren, um davon ausgehend - als pastorale Forderung - die Gegenwart aufbauen und die Zukunft planen zu können.

2. Erinnerung an die Vergangenheit: Gebot des Friedens

Ich halte den gegenwärtigen Prozeß in Guatemala weder für einen Einzelfall noch für exemplarisch. Zahlreiche Länder in der Ersten und Dritten Welt erlebten ebenfalls dunkle Momente voller Tod und Leid in ihrer Geschichte, und diese Geschichte muß Lehrmeisterin für das Leben jedes einzelnen wie auch der Gemeinschaft jetzt und in der Zukunft sein. An vielen Orten der Welt kam es zu politischen Umbrüchen, wurden Friedensverträge unterzeichnet und wurde den Hauptverantwortlichen für so viel

Schmerz und Unrecht Amnestie gewährt; dies ging aber nicht immer mit den notwendigen soziokulturellen Änderungen einher, um ein demokratisches und friedliches Zusammenleben erreichen zu können. Zweifel und Mißtrauen, die Gefühle der Sieger und Besiegten, Haß und tiefgehende Ressentiments stehen einer wahren Demokratie und einem Frieden in Gerechtigkeit weiterhin im Wege. Viele Wunden sind offen geblieben, das unterzeichnete Abkommen hat nicht das Herz des Landes und der Menschen erreicht.

Der Traum Guatemalas und vor allem derjenigen, die sich dafür eingesetzt haben, etwas über die Vergangenheit zu erfahren, diese Geschichte zu ergründen und „mit der größtmöglichen Objektivität, Gerechtigkeit und Unparteilichkeit die Wahrheit über die Menschenrechtsverletzungen und Gewaltakte herauszufinden, die zu so viel Leid unter der Bevölkerung geführt haben“, wie es in dem Abkommen heißt, scheint uns nicht nur notwendig, sondern unabdingbar, damit sich die Vergangenheit nie mehr wiederholt. So erklärten die Bischöfe mit Nachdruck: „Solange man nicht die Wahrheit erfährt, bleiben die Wunden der Vergangenheit offen und vernarben nicht“ [Hirtenbrief der Bischofskonferenz von Guatemala: „Wir brauchen dringend wahren Frieden!“ (¡*Urge la Verdadera Paz*!), Nr. 11].

Am 20. Oktober 1994 setzte sich das Menschenrechtsbüro des Erzbistums bei den Bischöfen der Bischofskonferenz von Guatemala für das Projekt ein, Zeugnisse über die Menschenrechtsverletzungen, die während des internen bewaffneten Konflikts begangen wurden, zu sammeln. Diese Initiative stützte sich auf die Überzeugung, daß die politische Gewalt neben ihren Folgen für den einzelnen und die Gemeinschaft den Menschen das Recht genommen hatte, das Wort zu ergreifen. Jahrelang durften die Familienangehörigen der Opfer und Überlebende weder über ihre Erfahrungen sprechen, noch über das Geschehene berichten oder gar die Verantwortlichen anzeigen.
Der Geschichte dieser letzten 36 Jahre ist die jahrhundertealte Ausgrenzung weiter Teile der Bevölkerung hinzuzufügen, die schon immer zum Schweigen verurteilt waren und ausgebeutet wurden. Guatemala ist immer noch ein Land, in dem die breite Masse des Volkes in allen Bereichen des gesellschaftlichen, kulturellen, politischen, religiösen und wirtschaftlichen Lebens zu den Opfer zählt und zum Schweigen verur-

teilt ist. Die spanische Eroberung Iberoamerikas hinterließ ein System mit „einigen wenigen Herren und massenhaft Sklaven“, das bis zum heutigen Tag Bestand hat.

Durch den Krieg wurde ein umfassendes gesellschaftliches und soziales - weniger materielles - Gefüge zerstört und zerrissen, das von den kommenden Generationen wieder aufgebaut werden muß. In den 90er Jahren wurde mit ungewöhnlich großem Nachdruck immer mehr die Überzeugung vertreten, daß die **Mauer der Straflosigkeit niedergerissen werden müsse**, da sie für so viel Leid im Land verantwortlich sei. Es ging nicht nur um einzelne Fälle, wie die Verfolgung von Führern der Campesinos, von Katecheten, Indígenas, Freiberuflern oder Gewerkschaftlern. Das organisierte Verbrechen, das aus den mächtigen Verteidigungsapparaten gegen die Aufständischen hervorging, terrorisierte die Gesellschaft und tut dies auch weiterhin. Es war notwendig, gegen das organisierte Verbrechen anzugehen.
Eduardo Galeano sagte in einem seiner Vorträge: „Das Vergessen impliziert Straflosigkeit, und Straflosigkeit ist ein Anreiz für den einzelnen wie auch für die Gemeinschaft, Verbrechen zu begehen. Wenn jemand seinen Nachbarn tötet und dies ohne Folgen bleibt, wird er nach und nach die gesamte Nachbarschaft töten, denn die Straflosigkeit übt auf das Verbrechen eine stimulierende Wirkung aus.“

Vor diesem Hintergrund entstand das Projekt *Recuperación de la Memoria histórica (REMHI)*, das im April 1995 in 10 Diözesen des Landes gestartet wurde, um das Geschehene entsprechend den Zeugnissen der direkt von der Gewalt betroffenen Personen und Gemeinschaften zu dokumentieren und eine objektive Analyse der Gewalt in den 36 Jahren des Bürgerkriegs zu erstellen. Diese ersten Ziele wurden erweitert und ergänzt, dementsprechend wurde eine breite Debatte über das Thema eröffnet, und es fanden Treffen und Seminare zur Festlegung der einzelnen Schritte des Projekts statt.
Neben den objektiven Fakten, von denen notwendigerweise ausgegangen werden mußte, kamen viele weitere persönliche Aspekte, auch von den einzelnen Gemeinschaften, hinzu, die weder außer acht gelassen noch verkannt werden durften. Die Gewalt und der Terror waren so grausam gewesen, daß sie die Menschen und Gemeinschaften in ihrem Innersten getroffen hatten. Ein rein sozialpolitischer Ansatz reichte nicht aus, um das Thema eingehend zu behandeln, sondern man mußte es unter weiteren persönlichen, psychologischen, kollektiven, kulturellen und religiösen

Gesichtspunkten betrachten. Es wurde in verschiedenen Bereichen, vor allem auf kirchlicher Ebene, offen über das Thema diskutiert, und gemeinsam wurde nach dem geeignetsten Weg gesucht, damit diese Untersuchung wirklich eine heilsame und befreiende Wirkung haben und Frieden hervorbringen würde.

Das Volk hatte das Bedürfnis, das Wort zu ergreifen, seine Geschichte zu erzählen, sich auszusprechen und sich von der Last zu befreien, die es bedrückte. Es wäre nicht recht, seine Rolle auf die eines bloßen Informationsgebers zu reduzieren, ohne den einzelnen Menschen und seine Persönlichkeit sowie die jeweiligen Gemeinschaften und ihre traumatischen Erfahrungen zu berücksichtigen.

Es war kein leichter Weg, den man eingeschlagen hatte. Sich der Vergangenheit anzunähern, diese Geschichte kennenzulernen, brachte Schwierigkeiten mit sich, erwies sich jedoch als immer notwendiger. Viele, die direkt an dem Konflikt beteiligt waren, leben noch; Opfer und Täter lebten zum Teil in demselben Ort; der Terror hatte sich der Herzen und Gefühle bemächtigt und die Menschen bisweilen regelrecht gelähmt. Die Erinnerung war durch die Angst gefesselt, und es war sehr schwer, diesen erdrückenden Zustand zu überwinden. Es herrschte jedoch die Überzeugung, daß das Schweigen und das Vergessen dazu führen könnten, daß sich die Geschichte immer wieder wiederholen würde. So sagte Eduardo Galeano in dem oben erwähnten Vortrag: „Es hat sich die äußerst irreführende Vorstellung breitgemacht, daß es gefährlich sei, sich zu erinnern, da sich dadurch die Geschichte wie ein Alptraum wiederholen würde. Die Erfahrung zeigt, daß genau der umgekehrte Fall eintritt. Das Vergessen führt dazu, daß sich die Geschichte immer wieder wie ein Alptraum wiederholt. Die rechte Erinnerung ermöglicht es, aus der Vergangenheit zu lernen, da der einzige Sinn und Zweck der Aufarbeitung der Vergangenheit darin besteht, zur Veränderung der Gegenwart beizutragen.“

Nach Abschluß der ersten Phasen des Projekts und Veröffentlichung des Berichts können wir sagen, daß wir durch unsere Arbeit in bestürzender Weise unsere persönliche und kollektive Geschichte kennengelernt, vertieft und uns zu eigen gemacht haben. Es war, als ob ein Fenster geöffnet wurde, um frei atmen und sprechen zu können. In vielen Gemeinschaften kam wieder Hoffnung auf; sie konnten sich auf den Weg machen und das Grab verlassen.

Papst Johannes Paul II. brachte anläßlich des 50. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs das zum Ausdruck, was die Kirche in Guatemala getan hat:

> „Die Erinnerungen dürfen mit den Jahren nicht verblassen; vielmehr sollen sie unserer und den kommenden Generationen eine ernste Lehre sein. (...)
> Wir müssen die Erinnerung an das Geschehene wachhalten: genau das ist unsere Pflicht. (...) Was der Zweite Weltkrieg für Europa und die Welt bedeutet hat, begann man in diesen fünf Jahrzehnten durch die Gewinnung neuer Daten zu begreifen, die eine bessere Kenntnis der von ihm verursachten Leiden erlaubten."

Genau dies ist die Intention des *REMHI*-Projekts, und ein Teil der Arbeit ist dem guatemaltekischen Volk bereits übergeben worden: all das Leid, das das Volk erfahren mußte, die grauenvollen Geschehnisse und die Aussagen der Opfer, damit wir alle davon erfahren und sich diese Geschichte nie mehr wiederholt.

3. Der zurückgelegte Weg

Nachdem allen Bischöfen das Projekt vorgeschlagen worden war, übernahm jeder einzelne die Initiative, und durch eine überaus erfolgreiche und kreative Zusammenarbeit auf überdiözesaner Ebene verlieh man dem Projekt nach und nach Gestalt. Das *Menschenrechtsbüro des Erzbistums* hatte die Funktion eines Sekretariats, das für organisatorische, logistische und methodische Fragen zuständig war. In den monatlichen Workshops, die damals eingerichtet wurden, wurden der Entwurf des Projekts, seine wesentlichen Ziele sowie die Methodologie und Philosophie des Projekts festgelegt und ausgearbeitet. Es sollte in vier Schritten vorgegangen werden: 1. Vorbereitung - 2. Entgegennahme der Zeugnisse - 3. Anklage und Analyse - 4. Rückgabe und Follow-up.

Es wurde dann der **Pastoralrahmen** für die multidisziplinären Bemühungen der Basisgruppen festgelegt, der jedoch über die Konfessionen hinausging und der ganzen Gesellschaft dienen sollte. Von Beginn an wurde dieser Prozeß von gemeinsamen Überlegungen begleitet, und zwar über die zutiefst menschliche Natur dieser Erfahrung, über die vorrangige Behandlung der Opfer (hierzu zählen auch ehemalige An-

gehörige des Militärs und von zivilen Selbstschutzgruppen sowie andere Aggressoren, die auch vom Krieg betroffen waren) und über die Zukunftsorientiertheit (Unterstützung des Wiederaufbaus des sozialen Gefüges), jedoch stets mit Blick auf die Vergangenheit. Sehr intensiv waren auch die Diskussionen über die Bedeutung der Wahrheit, der Vergebung, der Gerechtigkeit, der Barmherzigkeit und der Versöhnung sowie über deren Rangfolge und verschiedenen Erscheinungsformen im Leben der Gesellschaft und der Gemeinschaften.

Es war ein kollektiver und gesellschaftlicher Lernprozeß, an dem die Gemeinschaften über ihre Führer und Organisationen direkt beteiligt waren, indem sie ihre eigene Geschichte rekonstruierten, neu interpretierten, sie annahmen und mit nationalen Geschehnissen in Zusammenhang brachten.
Der Prozeß wies einige grundlegende Merkmale auf; ausgehend von der Option für den Frieden und die Versöhnung gestaltete er sich als eine nach allen Seiten offene Suche. Das Projekt war weitaus mehr als eine einfache Studie oder Untersuchung; ausgehend von dem Abkommen über die Einsetzung einer Kommission zur historische Aufklärung stellte es einen unverzichtbaren Weg für den Frieden und die einsetzende Demokratisierung des Landes im Zuge eines persönlichen und kollektiven Wiederaufbauprozesses dar.
Wesentliche Merkmale des Prozesses:

* Entscheidende Beteiligung des Volkes durch die Animatoren des Friedens und der Versöhnung.
* Die Würde der Opfer, denen äußerst rücksichtsvoll und mit Anteilnahme begegnet und zugehört werden sollte.
* Die Sozialisierung der Arbeit; man teilte Erfahrungen, Schwierigkeiten, Probleme etc.
* Die therapeutische Bedeutung der Erfahrung, den Schmerz mit jemandem teilen zu können, für diejenigen, die jahrzehntelang geschwiegen hatten.
* Beurteilung der Fähigkeit der Campesinos, Ladinos und Indígenas, nicht nur passiv an dem Projekt beteiligt zu sein, sondern aktiv daran mitzuwirken.
* Das Bewußtsein, daß es sich um einen menschlichen und gesellschaftlichen Wachstums- und Heilungsprozeß handelte.

* Die sich im Laufe der Zeit herausgebildeten Zeichen und neuen Formen der Zelebration für die Opfer

Diese Merkmale fanden ihren Ausdruck in:

* der Organisation eines Netzes von 600 Animatoren der Versöhnung auf der Grundlage der Arbeit in den Pfarrgemeinden und deren Koordinierung auf diözesaner wie auch nationaler Ebene;
* der Schulung der Animatoren im Hinblick auf folgende Aspekte: Geschichte des Konflikts, psychische Stabilität, Konfrontation mit dem Schmerz und der Angst, Gesprächsführung, Sicherheitsmaßnahmen, Annäherung an die Erfahrung des anderen während des Konflikts...
* der Durchführung von 6.500 Einzel- und Gruppengesprächen mit Opfern (92%) und Tätern (8%). 61% der Zeugnisse wurden in fünfzehn verschiedenen Maya-Sprachen, vor allem Q'qchi, Ixil und Quiché, entgegengenommen.
* Die Zeugnisse wurden zusammengefaßt, und 20% wurden transkribiert, übersetzt und in 270 Untersuchungskategorien eingeteilt und verschlüsselt.
* Der Schlußbericht umfaßt vier Bände (1400 Seiten), in denen folgende Themen behandelt werden:

  1) die Folgen der Gewalt für den Einzelnen, die Familienangehörigen und die Gemeinschaften, Überlebensformen und Anklagen der Opfer

  2) die Mechanismen des Grauens (Wie wurde bei den Massakern und den Folterungen verfahren; welche Methoden wandten die Geheimdienste an; wie verhielten sich die aufständischen und kontrarevolutionären Kräfte gegenüber der Bevölkerung?)

  3) das historische Umfeld (der politische, wirtschaftliche und militärische Prozeß, die Rolle der Kirche seit den 50er Jahren bis zur Unterzeichnung des Friedensabkommens)

  4) Opfer des Konflikts (Namen der Opfer der Massaker, der Toten, Verschwundenen und Gefolterten; allgemeine Statistiken und Empfehlungen)

4. Einige statistische Ergebnisse

Einige Zahlen können uns vielleicht helfen, das ganze Ausmaß der Grausamkeit des Krieges im Hinblick auf die unmittelbaren Täter und die Opfer zu begreifen. Es sind zwar nur Zahlen, aber hinter jeder steht ein Mensch; man muß sich dessen bewußt sein, um nicht in statistische Zahlenspiele zu verfallen. „Ein Toter ist eine Tragödie, aber eine Million Toter ist eine statistische Angabe“, bemerkte ironisch einer der ewigen Skeptiker.

* Die unmittelbaren Opfer des Krieges (ungefähre Angaben): 150.000 Tote; 50.000 Verschwundene; eine Million Vertriebene (im Inland), 100.000 Flüchtlinge; 200.000 Waisenkinder; 40.000 Witwen. Insgesamt rund 1.540.000 Opfer.

* Der staatliche Repressionsapparat umfaßte folgende Einheiten (ungefähre Angaben): 2000 Geheimdienstagenten der G-2 Einheit, 3500 Kräfte des *Archivo del Estado Mayor Presidencial*, 3000 Kräfte der Militärpolizei (*Policía Militar Ambulante)*, 28.000 Militärbeauftragte (*Comisionados militares*), 900.000 Mitglieder von zivilen Selbstverteidigungsgruppen (*Patrullas de Autodefensa Civil*). Insgesamt rund 936.500 Personen.

* Im Zuge des *REMHI*-Projekts wurden Aussagen über 55.021 Opfer aus den Jahren 1960 bis 1996 aufgezeichnet; 80% davon entfallen allerdings auf den Zeitraum 1980 bis 1983.

* 25.123 (45,7%) von ihnen wurden getötet; 3893 (7,1%) wurden Opfer gewaltsamen Verschwindenlassens; 5516 (10,0%) wurden gefoltert; 723 waren entführt worden und tauchten lebend wieder auf (1,3%); es gab 5079 irreguläre Festnahmen (9,2%); 152 wurden vergewaltigt (0,35%); 10.157 wurden Opfer verschiedener Anschläge (18,5%); und 323 wurden Opfer anderer Verbrechen (0,6%).

* Es wurden 422 Massaker dokumentiert, von denen allein 103 (24%) 1982 begangen wurden. In El Quiché fanden 263 (62,3%), in Verapaz 79 (19,7%) und in Huehuetenango (10%) Massaker statt. 13% der Massaker hatten zwischen

11 und 20 Opfer, 27,5% zwischen 21 und 100 Opfer und 9,5% mehr als 100 Opfer.

* Die Armee allein war unmittelbar für 32.978 Opfer verantwortlich (60%); die paramilitärischen Gruppen (*PAC, Comisionados*) gemeinsam mit der Armee für 3424 Opfer; die Armee und die paramilitärischen Gruppen werden verdächtigt, noch für weitere 10.602 Opfer verantwortlich gewesen zu sein (19,3%). Dies bedeutet, daß der Armee 43.580 Opfer (79,2%) zur Last gelegt werden. Die Guerilla war für 5.117 Opfer verantwortlich (9,3%).

* 74,5% der Opfer waren Erwachsene und drei von vier Opfern waren Indígenas. 46,6% waren verheiratet bzw. gebunden und zwei von drei trugen Verantwortung für eine Familie. 86.318 Kinder wurden indirekt Opfer des Konflikts, da ihre Eltern Opfer von Verbrechen wurden; von diesen Kindern verloren 42.047 (48,7%) Vater oder Mutter. Mindestens 30% der Opfer waren in irgendeiner Form organisiert, aber nur 8% waren Mitglied irgendeiner militärischen Gruppe (d.h. 92% der Opfer waren Mitglied einer zivilen Organisation). Von den Opfern, die einer zivilen Organisation angehörten, war die Hälfte (51,6%) in einer religiösen Gruppe und eines von fünf in einer Gemeindegruppe (18,7%) organisiert.

Die genannten Daten sprechen für sich, was das Ausmaß des Krieges sowie der Leiden und Schmerzen angeht, die das Volk drei Jahrzehnte lang ertragen mußte, zum Teil deshalb, weil es gegen die Aufrechterhaltung uralter, ungerechter und repressiver Strukturen war.

5. Bedeutung dieser Erfahrung

Die Arbeit der letzten drei Jahre war von großer Bedeutung, um den Wiederaufbau des Landes nach und nach zu verwirklichen. Die Schäden und Traumata, die der Krieg hinterlassen hat, gehen tief und sind weit verbreitet. Das Projekt wurde danach ausgerichtet, es wurde mehr Klarheit bezüglich der anfänglichen Zielsetzung erreicht, und man entdeckte die Möglichkeiten, die das Projekt bot, um die Menschen und Gemeinschaften zu befreien und ihnen wieder neue Kraft zu geben.

Auf diesem Weg spielte ein Faktor eine entscheidende und prägende Rolle: bei allen Schritten stand die Mitwirkung der Opfer im Vordergrund. In einem Schreiben zu Beginn des Projektabschnitts der Entgegennahme der Zeugnisse, brachten die Bischöfe diese Überzeugung klar und deutlich zum Ausdruck:

> „Das von uns initiierte überdiözesane Projekt 'Wiedergewinnung der historischen Erinnerung' (REMHI) möchte ein Beitrag der Kirche für die gesamte Gesellschaft sein, um durch die Aufdeckung und Bekanntmachung der Wahrheit Zugang zu einer neuen Ordnung des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu finden, in der die Versöhnung aller Guatemalteken möglich ist" (Bischofskonferenz von Guatemala, 30. Oktober 1995).

Dieser Prozeß sollte der Würdigung der Opfer und Verehrung der Märtyrer dienen. Diejenigen, die stets stigmatisiert und übergangen wurden, haben ihren Platz in der Geschichte wieder eingenommen und sind nun die neuen Zeichen des Lebens und der Versöhnung. Die herrschende Macht versucht weiterhin, die Opfer nicht zu Wort kommen zu lassen und deren Erinnerung zu begraben. Dennoch hat das Projekt dem Leben dieser geschundenen und gebeutelten Menschen wieder einen Sinn gegeben - durch das Zeugnis derer, die auf schändliche Weise ermordet oder gedemütigt wurden, nur weil sie ihre Gemeinschaften begleiten und verteidigen wollten, und die zu einer ununterdrückbaren Kraft geworden sind, um eine andere Gesellschaft, eine gerechtere Gesellschaft, in der mehr Gleichheit herrscht, aufzubauen.

Es ging darum, die Kehrseite der Geschichte zu ergründen, d.h. nicht aus der Sicht der Sieger, sondern aus der Sicht derjenigen, die stets „unten" waren und ihr Leben für das Wohl ihres Volkes geopfert haben.

Andererseits war es auch ein Prozeß der Heilung und Befreiung: „Die Heilung der Menschen ist die Grundlage für die Heilung unserer Gesellschaft und unserer Heimat."

Die Menschenrechte vieler Bürger unseres Volkes wurden schwer verletzt; viele haben ihre Familienangehörigen verloren, wurden verfolgt oder waren Zeugen von Gewalttaten. Diese Verletzungen sind traumatische Erfahrungen, Erlebnisse, die den

Menschen emotional und mental schwer treffen und für lange Zeit offene Wunden hinterlassen.

Zugleich bemächtigte sich die Angst der Menschen und ganzer Gemeinschaften: die Angst zu sprechen, Repressalien, Anschuldigungen etc. ausgeliefert zu sein. Die Angst war und bleibt ein Ziel der politischen Repression, die die Menschen und Gemeinschaften auseinanderbringen und schwächen wollte. Sie erschwert die Mitwirkung der Gemeinschaften an jedem Entwicklungsprojekt, sozialen und sogar kirchlichen Projekt. Sie haben jahrelang geschwiegen, das Erlebte und Erlittene wie ein Geheimnis sorgfältig gehütet; sie haben es niemandem erzählen wollen und es auch nicht angezeigt. Sie glauben, daß dies sinnlos ist. Mehr noch: jede Anklage, jede Mitteilung könne die betreffende Person in Gefahr bringen oder sogar dazu führen, daß das Opfer selbst beschuldigt wird („Irgend etwas müssen sie ja getan haben“, „...hätten sie sich doch nicht in die Probleme eingemischt“). Noch schlimmer war, wenn sie ihren Verstorbenen aus Angst kein (christliches) Begräbnis und entsprechende Begräbnisfeierlichkeiten gewähren konnten.

Wie sich diese Erfahrungen auswirken, ist abhängig von dem traumatischen Ereignis selbst und der betroffenen Person sowie davon, wann es stattfand, ob man Unterstützung erhielt und ob die Bedrohung andauert.

Das Projekt sollte dazu dienen, sich der Angst zu stellen, die Zunge zu lösen und das Herz der Menschen zu öffnen. Darin bestand u.a. der Sinn des Projekts, Zeugnis abzulegen. Die Aussagen über das, was sie durchgemacht und gesehen haben, der Bericht über ihre persönlichen Erfahrungen, die Identifizierung der Stätten, wo ihre toten Familienangehörigen sein könnten, all das hat dazu beigetragen, daß die Betroffenen wieder an sich selbst glauben, ihrer Umgebung wieder vertrauen und ihrem Leben sowie dem ihrer verschwundenen oder ermordeten Angehörigen wieder einen Sinn geben konnten.

Ihre Zeugnisse stellen zugleich einen Schritt hin zur Überwindung des Problems der Straflosigkeit dar. Die Entgegennahme der Zeugnisse wurde dadurch erleichtert, daß das Volk selbst, die Campesinos, die Gespräche führten, den Opfern zuhörten und mit ihnen sprachen.

Diese Animatoren der Versöhnung machten zuvor eine Schulung nicht nur in fachlicher, sondern vor allem in menschlicher Hinsicht mit; sie erhielten eine entsprechende Ausbildung, da sie äußerst sensibel vorgehen, Entgegenkommen zeigen und dem Befragten Achtung entgegenbringen sollten, um so Mißtrauen zu überwinden und jegliche Furcht zu besiegen. Es handelt sich um eine tiefergehende Beziehung: sie berichten über „das Leben ihrer Märtyrer, und dies hat sakralen Charakter“, hieß es in einer der Animatorengruppen. Der Schmerz wurde geteilt, und viele Animatoren haben ihn auf sich genommen, um so den Opfern ihre Last erträglicher zu machen. Er war nicht länger eine Last, die sie erdrückte, sondern sie erkannten ihn als Teil einer schmerzvollen Geschichte an, die jedoch überwunden werden kann.

Der Prozeß ist für die Interviewer, die Koordinatoren und diejenigen, die sie begleitet haben, äußerst lehrreich gewesen. Er hat zu einer umfassenderen und vollständigeren Sicht der Geschichte Guatemalas, der Ursachen des Krieges, seiner Beteiligten und der für das Unglück des Landes tatsächlich Verantwortlichen beigetragen. In verschiedenen Workshops wurde eine Analyse der jeweiligen Gemeinschaft vor und nach der Gewalt erstellt, die Geschichte wurde eingehender untersucht, und man analysierte die sozioökonomischen Strukturen, die dafür verantwortlich sind, daß weite Teile der Bevölkerung weiterhin in Armut leben, und die den Wandlungsprozeß hin zu einer wahren Demokratie verhindern. Das Volk hat seine Augen geöffnet, es weiß nun mehr über seine eigene Geschichte, und vor allem fühlt es sich an ihr beteiligt.

Die Entgegennahme der Zeugnisse sollte eine Antwort auf die von der Armee entfesselte Strategie des Todes sein. Die Gewalt folgte einer sorgfältig geplanten Strategie und nahm grausame und zugleich sehr ausgeklügelte Formen an, um die Bevölkerung zum Schweigen zu bringen und zu unterdrücken: die Alten - lebendes Gedächtnis der Gemeinschaft - wurden auf offener Straße ermordet, die Kinder - die Zukunft der Gemeinschaften - wurden getötet und geschlagen, Frauen unzählige Male vergewaltigt, Kirchen niedergebrannt. Diese Geschichte zu erzählen und aus dem Mund derer zu erfahren, die unmittelbare Zeugen waren, ist eine unwiderlegbare Anklage der Täter und zugleich eine Verpflichtung zu verhindern, daß sie sich jemals wiederholt.

Die Auswirkung der sozialpolitischen Gewalt auf das gesellschaftliche Gefüge des Landes war erheblich. Zur Polarisierung der Gesellschaft - hervorgerufen durch die Identifizierung mit irgendeiner Bande - kam von seiten des Heeres die Entwicklung eines Kontrollsystems hinzu, das zur Restrukturierung des sozialen, ja sogar familiären Gefüges führte und mit militärischen Mitteln darauf abzielte, jegliche Form des Widerstands auszuschalten.
Verbrannte Erde, teilweise erschlossene Entwicklungsgebiete, Musterdörfer, die zivilen Selbstverteidigungsgruppen, all dies zählte zu den Mechanismen des Terrors und vor allem der Kontrolle.

Das Projekt hat sehr viele Zeugnisse von dieser Realität zusammengetragen. Zum ersten Mal durften die Betroffenen über das Netzwerk dieser Todesmaschinerie reden, um das Leben an sich, die aktive Teilnahme und die Solidarität der Gemeinschaft als neue und zukunftsorientierte Wege zu erfahren.

Die Nachkriegszeit ist von vielen dieser Faktoren geprägt: die Gewalt ist weiterhin präsent; es haben sich viele Aggressionen, versteckte Ängste und Rachegefühle angestaut als Produkt drei Jahrzehnte des Tötens und der Unterdrückung; das Leben hat seinen Wert verloren; Gleichgültigkeit macht sich breit... Die Kenntnis dieser Mechanismen und der Abbau der Strukturen, die auf diesen Interessen beruhen, sind notwendig für eine effektive Demokratisierung des Landes und die Vorrangstellung der Zivilgesellschaft.

Die Vergangenheit ist nicht einfach nur abgeschlossene Geschichte und nostalgische Erinnerung. Durch dieses Projekt auf der Grundlage des Abkommens über die Einsetzung einer Kommission zur historische Aufklärung machte die Kirche deutlich: Die Vergangenheit gilt heute und morgen; sie hilft, die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft zu definieren bzw. zu entwerfen; sie führt zu einem tieferen Verständnis der Identität des Volkes, ist tragender Teil seiner Geschichte und gibt Kraft für die Gestaltung einer neuen Zukunft. Die Vergangenheit darf sich nie mehr wiederholen, aber sie darf auch nicht verleugnet werden. Die Erinnerung ist der „Leitfaden“ des Volkes.

Diese Option ist der Einsatz der Kirche und ihr spezifischer Beitrag zum Aufbau der Demokratie in Guatemala gewesen; ein differenzierter und wertvoller Beitrag im Rahmen des politischen Prozesses, den das Land durchlebt.

Die Aufklärung der Vergangenheit spielt in Guatemala eine Schlüsselrolle, um die Mechanismen, die den Staatsterrorismus ermöglichten, abzubauen und ihre Funktion innerhalb des wirtschaftlichen und politischen Systems der Ausgrenzung beweisen zu können. Die Geschichte der Leiden der Menschen darf nicht bloß als Seite in einem Geschichtsbuch behandelt werden. Das Geschehene zu verleugnen oder zu verfälschen und die Verantwortlichen nicht zu benennen bringt die Gefahr mit sich, daß neue Formen der Legitimierung des Tötens und der Unterdrückung für die Anstifter des Krieges entstehen, und setzt die Zukunft aufs Spiel. Wenn wir derartige Grausamkeiten in Zukunft vermeiden möchten, müssen neben der Anwendung der Rechtsmittel, die der Justiz zur Verfügung stehen, die Systeme und Ideologien ausgemerzt werden, die solche Konflikte und Greueltaten fördern. Dies ist die Aufgabe aller.

6. Auf dem Weg in die Zukunft

Am 24. April dieses Jahres wurde in der Kathedrale in Guatemala-Stadt in Anwesenheit aller Bischöfe und Animatoren - der eigentlichen Akteure des Projekts - der Bericht in einem feierlichen Akt voller Hoffnung dem Volk übergeben. Doch dies war nicht das Ende.

Für alle stand fest, daß noch eine weitere Etappe vor ihnen lag, nämlich den Gemeinschaften ihre Geschichte „**zurückzugeben**“, um sie dem ganzen Land zu erzählen.
Dieser Schritt ist für den Prozeß des Wiederaufbaus des Landes und die Schaffung einer Demokratie, an der alle mitwirken und in der Gleichheit herrscht, genauso wichtig wie die vorherigen Projektabschnitte. Die Erinnerung selbst verlangt diesen weiteren Schritt.

Diskutiert werden zur Zeit Instrumente und Programme für ein Follow-up des Projekts. Das Volk, d.h. die Opfer haben die Wunden des Landes und seine kranken

Strukturen offengelegt, die es nun zu heilen gilt. Durch diese „Rückgabe der Geschichte“ soll den Bedürfnissen entsprochen werden, die die Bevölkerung in ihren Zeugnissen beschrieben hat; er soll zum Wiederaufbau des sozialen Gefüges beitragen und die Opfer zumindest moralisch anerkennen und entschädigen; darüber hinaus dient er dazu, die Geschichte neu zu interpretieren.
Auf der einen Seite soll der Bericht den Opfern **angeboten - zurückgegeben -** werden; er ist in einer einfachen und volksnahen Sprache verfaßt als ein Sammelwerk der Geschichte ihrer Angehörigen und als ein lebendiges Lehrbuch, um aus der Geschichte zu lernen - nicht nur, damit sie sich nicht wiederholt, sondern um sie neu zu schaffen. Gleichzeitig werden als Instrumente für den Wiederaufbau des Landes weitere Programme angeregt, wie z.B. zur „Friedens- und Geistesbildung“, „Exhumierungen“, „Errichtung von Gedenkstätten“ und „Durchführung von religiösen Feiern“. Ein langer, aber gangbarer Weg.

Conclusio:

Am Ende dieser Erfahrung stand der Märtyrertod

> Msgr. Juan Gerardi, Weihbischof von Guatemala-Stadt, Initiator und Koordinator des Projekts sagte in seiner Rede anläßlich der Vorstellung des Berichts am 24. April 1998: „Dieser Weg war und bleibt voller Risiken, aber der Aufbau des Gottesreiches birgt Risiken in sich, und nur diejenigen, die die Kraft haben, ihnen zu begegnen, gehören zu seinen Erbauern.“

Achtundvierzig Stunden später wurde er auf grausame Weise ermordet: man zertrümmerte ihm mit einem Zementbrocken den Schädel.

War dies die Antwort auf den Bericht *Guatemala: Nie wieder*?

Alle Anzeichen weisen auf diese Möglichkeit hin: die Bevölkerung soll zum Schweigen gebracht werden, und Angst und Terror sollen sich weiter unter ihr ausbreiten.

Die Antwort der Bevölkerung aus allen gesellschaftlichen Bereichen war einstimmig: NIE MEHR GEWALT, NIE MEHR STRAFLOSIGKEIT

Die Tat selbst weckte in weiten Teilen der Bevölkerung ein außergewöhnliches Interesse an dem Bericht: man wollte erfahren, was darin steht, wie er die Geschichte analysiert, welche Beweggründe er anführt und wer die Verantwortlichen sind. Die Ermordung von Bischof Juan Gerardi hat gezeigt, daß der in dem Bericht eingeschlagene Weg der richtige ist: **die Erinnerung als Weg zur Gerechtigkeit und zum Frieden**. Wir sind alle eingeladen und aufgefordert, diesem Weg zu folgen.

Für die Armen und die Opfer, die eigentlichen Autoren des Berichts, ist dieser ein Versprechen und hoffnungsvoller Schritt - wie ein frischer Luftzug inmitten des Klimas des Todes und der Angst, in dem sie lebten.

Wir haben einen konkreten Weg eingeschlagen und bedeutende Schritte getan. Es liegt noch eine lange Wegstrecke vor uns, aber der bisher zurückgelegte Weg ist für die Zukunft des Landes, d.h. den Aufbau einer gerechten und freien Gesellschaft, in der Gleichheit herrscht, bereits sehr lehrreich gewesen.

Maria Christine Zauzich

Die UN-Wahrheitskommission sowie die Märtyrerchronik. Zwei Ansätze zum Umgang mit belasteter Vergangenheit in Guatemala.

Historischer Rückblick

Guatemala ist im 16. Jahrhundert, wie die übrigen Länder Lateinamerikas, von den Spaniern erobert worden. Die einheimische Maya-Bevölkerung (es existierten noch Königreiche bei der Ankunft der Spanier!) wurde in blutigen Kriegen unterworfen und dabei erheblich dezimiert.

Nach der Unabhängigkeitserklärung (1821) und dem Zerfall des Zentralamerikanischen Staatenbundes (1838) wurde die Macht in Guatemala stets durch die dünne Oberschicht von Ladinos (Weiße und Mestizen) und das eng damit verbundene Militär ausgeübt. (Die katholische Kirche wurde durch Regierungen, die sich als "liberal" verstanden, zwischen 1871 und 1944 stark in ihrem Wirken behindert: Es kam zu einer Säkularisierung: Katholische Priester wurden ausgewiesen und amerikanische Protestanten zur kirchlichen "Versorgung" eingeladen; die Schulen wurden verstaatlicht, Seminare und Klöster geschlossen, kirchlicher Grund und Boden enteignet.)

Der Bürgerkrieg und die Folgen

Zwischen 1944 ("Oktoberrevolution") und 1954 versuchten zwei Präsidenten, soziale Reformen durchzuführen: Dabei ging es um die Besserstellung der Indígena-Bevölkerung (der Mayas) und Agrarreformen - bis heute ungelöste Probleme.

Diese zaghaften ersten demokratischen Ansätze wurden jedoch 1954 im "Bananenkrieg" (einem mit nordamerikanischer Hilfe finanzierten Aufstand gegen die vermeintlich "kommunistisch" beeinflußte Regierung Arbenz) im Keim erstickt. Der CIA manipulierte, wie man heute weiß und auch offen zugibt, diesen "Bananenkrieg", weil die amerikanische United Fruit Company, die weite Teile Guatemalas besaß, um ihre Besitzstände in Guatemala fürchtete.

Von 1954 bis 1982 löste ein Staatsstreich den anderen ab. In den Sechziger Jahren entstand eine - interessanterweise aus dem Militär hervorgegangene - Guerillabewegung, die Sozial- und Landreformen erkämpfen und den oligarchischen Verhältnis-

sen ein Ende machen wollte. Die Guerilla, aus vier Flügeln bestehend, die sich zur URNG zusammenschlossen, erstarkte zunehmend, bis sie in den Achtziger Jahren einige Teile des Hochlandes kurzfristig unter Kontrolle bekam. Sie konnte aber die große Mehrheit der Maya-Bevölkerung nicht für den aktiven Kampf gewinnen; allenfalls konnte sie mit deren Sympathie und strategischer Unterstützung (etwa durch Verpflegung) rechnen. Oft allerdings erreichten sie diese Unterstützung nur unter Druck. Die Maya-Bevölkerung, die in entlegenen Gegenden kaum Spanisch spricht, wußte oft überhaupt nicht, worum es geht und geriet zwischen die Fronten. Ein Beispiel: Die Guerilla kommt über Nacht, hält eine Versammlung im Dorf (mit Reden über die ungerechte Landverteilung, den Mangel an Demokratie, die Hungerlöhne) und verlangt anschließend - falls nötig, mit vorgehaltener Waffe - Verpflegung, Botendienste und Medizin. (Sie erhielten immer, was sie forderten, bloß damit sie schnell wieder verschwanden.) Am nächsten Tag rückt das Militär an und bestraft die Führungspersönlichkeiten im Dorf, unter Umständen das ganze Dorf, wegen Guerilla-Unterstützung; ohne jede Untersuchung wird gefoltert und gemordet.

Guatemalas größtes Problem war und ist die Landfrage: Eine kleine Minderheit, etwa zweieinhalb Prozent der Grundeigentümer, besitzen heute noch 65 % des fruchtbaren Bodens; die Mehrheit der Bevölkerung, indianische Kleinbauern, müssen sich in den Rest des Bodens teilen, der aufgrund des Bevölkerungswachstums schon lange nicht mehr für die Subsistenzwirtschaft ausreicht. Noch heute wandern zur Erntezeit ganze Familien aus dem Hochland an die Küste, um sich bei Hungerlöhnen und zu Sklavenbedingungen beim Kaffee- und Baumwollpflücken am Leben zu halten, bis der eigene Mais erntereif ist. Großgrundbesitzer wehren sich gegen jede Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, und Gewerkschaften gelten ihnen von vornherein als kommunistisch; sie fürchten um ihr Heer billiger Arbeitskräfte, das ihnen höchste Gewinnspannen ermöglicht. Sie können auch heute noch Militärtruppen mieten, die dann nicht mehr unter der Oberaufsicht des Verteidigungsministeriums stehen, um ihren Grund und Boden zu schützen.

Die Guerillabewegung hat, wie gesagt, letztlich die breite Mehrheit der Bevölkerung nicht gewinnen können; sie hat aber mit ihren kriegerischen Handlungen dem guatemaltekischen Militär - einem der schlagkräftigsten und mit am besten ausgebildeten in Lateinamerika - Grund und Anlaß zur sogenannten "Verteidigung der nationalen Sicherheit" gegeben. Faktisch bedeutete dies: Blutige Repression gegenüber re-

gimekritischen Gruppen und weiten Teilen der indianischen Bevölkerung, die im Hochland lebt - wo gleichzeitig die Guerilla ihr Hauptaktionsgebiet hatte.
Das Militär vermutete in der Maya-Bevölkerung Unterstützung - bzw. sah in ihr den "sozialen Nährboden" - für die Guerilla.
In den Augen des Militärs hieß dies, daß jeder, der in irgendeiner Weise für Menschenrechte, für Landreformen eintrat, jeder, der sich auf die Seite der Mayas, der armen Landbevölkerung stellte, in den Verdacht geriet, die “Subversion” zu unterstützen.
Der Bürgerkrieg forderte einen hohen Blutzoll, man schätzt 150.000 Tote und "Verschwundene "; es gab 100.000 Flüchtlinge im Ausland und eine Million "desplazados", (Flüchtlinge im eigenen Land). Die am meisten Betroffenen waren die Mayas: Manche sprechen von einem versuchten Ethnozid an der Maya-Bevölkerung.
Derzeit werden erstmals sogenannte “geheime Friedhöfe” ausgegraben, in denen oft mehr als 100 Dorfbewohner gefunden wurden - in vielen Fällen Frauen und Kinder, die auf bestialische Weise mißbraucht, vergewaltigt und gefoltert wurden, bevor die Soldaten sie töteten. Man rechnet mit etwa 500 Massakern - REMHI hat davon allein über 400 dokumentiert.
Der Bürgerkrieg erreichte zwischen 1979 und 1984 seinen Höhepunkt (in der Zeit der "violencia", der Gewalt, wie diese Zeit in Guatemala allgemein genannt wird.)
Die Kirche hat in dieser Situation besonders gelitten: über 19 Priester und eine Ordensfrau wurden ermordet, unzählige - meist indianische - Katecheten haben “ihr Leben für das Evangelium gegeben”.
Unter den Generälen Lucas García (1980) und Rios Montt (1982) herrschten Angst und Schrecken. Nicht nur einzelne Verdächtige wurden verfolgt, sondern ganze Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht. Z.B. wurden auch Säuglinge und Kinder ermordet mit der Begründung, sie könnten möglicherweise eines Tages Guerilleros werden.

Demokratisierung und Friedensprozeß

Doch der Krieg brachte das ehemals wirtschaftlich relativ stabile Land an den Rand des Ruins, die Militärs bekamen die Lage nicht "in den Griff". Auch nahmen internationale Proteste wegen der Praxis des "Verschwindenlassens", der Folter, Morde und Massaker zu, obwohl die Weltöffentlichkeit die Augen weit mehr auf Chile und El Salvador gerichtet hielt. (Die im Hochland lebende Maya-Bevölkerung fand kaum

internationale Solidarität; vielleicht auch, weil Mayas von ihrer Lebensart her eher ein konservatives Volk sind. Erst Rigoberta Menchú und dem politischen Arm der Guerilla gelang es, in den Achtziger Jahren etwas mehr Publizität im Ausland zu erreichen.)

Der letzten Militärregierung blieb nicht viel anderes übrig, als 1984 zum ersten Mal demokratische Wahlen zuzulassen, und 1985 trat der Christdemokrat Vinicio Cerezo sein Amt als Präsident an. Seither hat es noch zweimal Wahlen gegeben, dazwischen einen "kalten" Staatsstreich, der allerdings nicht die Unterstützung des Militärs fand. Man kann seit 1985 von einem Demokratisierungsprozeß sprechen.

Alle drei (seit 1985) demokratisch gewählten Regierungen haben von Anfang an Versuche unternommen, den Bürgerkrieg durch einen Friedensvertrag zu beenden. Diese Bemühungen wurden auch verstärkt durch die Beendigung der kriegerischen Konflikte in Nicaragua und El Salvador. Zunehmend setzte sich die politische Einsicht - sowohl in der Regierung wie bei der Guerilla durch - daß dieser Krieg von keiner Seite wirklich zu gewinnen war. Es begannen Hintergrundgespräche zwischen verschiedenen Vermittlern, bei denen die von der Bischofskonferenz bestimmten Bischöfe Quezada Toruño und der ermordete Bischof Gerardi eine wichtige Vermittlerrolle spielten.

Der Friedensvertrag, der schließlich am 31. Dezember 1996 unterzeichnet wurde, setzt sich aus einer Reihe von Einzelabkommen zusammen. Eines dieser Abkommen, das am 20. Juni 1994 in Oslo unterzeichnet wurde, bestimmt die Einsetzung einer unabhängigen Wahrheitskommission unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen. Dies ist die politische und historische Ausgangsposition für die "Wahrheitskommissionen" der Vereinten Nationen und das Projekt der katholischen Kirche; die ersten Schritte zu einer Märtyrerchronik wurden unabhängig davon schon zuvor unternommen.

Zusammenfassend kann man sagen: Die ersten Schritte zur Dokumentierung der Menschenrechtsverbrechen im Bürgerkrieg sind zu einer Zeit entstanden, als deutlich wurde, daß es nur noch eine Frage der Zeit war, bis der Friedensvertrag unterzeichnet würde.

Das größte Problem dabei stellt zweifellos die Tatsache da, daß sich - trotz eines Demokratisierungsprozesses - an den Machtstrukturen im Land wenig verändert hat, daß bis heute nicht ein einziger Täter wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilt worden ist. Die heutigen Amnestiegesetze, denen Guerilla und Militär zugestimmt

haben, gelten zwar nicht für Menschenrechtsverbrechen, doch besteht derzeit wenig Aussicht, daß es zu Prozessen wegen Menschenrechtsverbrechen kommt. Denn dies liegt offenbar weder im Interesse der Guerilla noch des Militärs.

In dieser Situation, so kann man es etwas verallgemeinernd sagen, könnten die "Wahrheitskommissionen" wenigstens ein Schritt dahin sein, daß durch die Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen und der Gründe für den bewaffneten Konflikt, der sich "Bruder gegen Bruder" abspielte, ein Beitrag geleistet wird, das zerrissene Land zu befrieden, einen Versöhnungsprozeß in Gang zu setzen, "damit die Vergangenheit sich nicht wiederholt." Gerichtsprozesse und Anklage der Täter sind nicht das Ziel der Wahrheitskommissionen.

Die "Comisión para el Esclarecimiento Histórico" ("Wahrheitskommission")

1. Historische und politische Ausgangsbedingungen, Initialerfahrungen

Die allgemeinen historischen und politisch-gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen sind für die drei genannten Initiativen gleich. Dennoch setzt der Zeitpunkt des Beginns (1997) und der für sie geschaffene gesetzliche Rahmen (1994) besondere Akzente für die UN-Wahrheits-Kommission.
Sie hat als letzte ihre Arbeit begonnen und ihre Bedingungen, Dauer und Arbeitsweise sind waren von Anfang an festgelegt durch das Abkommen von Oslo, vom 23. Juni 1994. Deshalb ist sie auch die am wenigsten flexible Initiative. Dieses Abkommen, unterzeichnet von Regierung und Guerilla, ist Bestandteil des Friedensvertrages, und trat deshalb auch erst nach dessen Unterzeichnung vom 31. Dezember 1996 in Kraft.

In der Präambel wurden folgende Ausgangspunkte für die Einsetzung der Wahrheitskommission genannt:

- In Guatemala seien "schwere Gewaltereignisse", die "Nichtrespektierung fundamentaler Rechte der Personen", und das "Leiden der vom bewaffneten Konflikt betroffenen Bevölkerung" zu registrieren (Man beachte die vorsichtigen Formulierungen!)
- Die Bevölkerung habe das Recht, die Wahrheit über jene "Vorfälle" (acontecimientos) zu erfahren, deren Aufklärung dazu beitrage, daß sich die Geschichte nicht wiederhole und der Prozeß der Demokratisierung gestärkt werde...
- Man wolle die Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben und die Respektierung der Menschenrechte schaffen;
- Man wolle in diesem Kontext eine "Kultur der Einigkeit" (concordia, Harmonie) schaffen, zu gegenseitigem Respekt beitragen, und alle Formen von Rache oder Vergeltung beseitigen, da nur so ein dauerhafter Friede möglich sei.

Drei Zielsetzungen wurden genannt:

I. Mit Objektivität, Gleichbehandlung und Unparteilichkeit sollen die Menschenrechtsverletzungen und die Gewalt aufgeklärt werden.

II. Es sei ein Bericht zu erstellen, der auch die Kriterien für die Beurteilung der Vorfälle nenne, und interne und externe Faktoren einbeziehe.
III. Es seien Empfehlungen zu erarbeiten, die den Frieden und die nationale Einigkeit (Harmonie, concordia!) begünstigen. Es solle empfohlen werden, wie man die Erinnerung an die Opfer bewahren könne, unter anderem, um die Beachtung der Menschenrechte voranzutreiben und den demokratischen Prozeß zu stärken.

Der Untersuchungszeitraum solle die Zeit vom Beginn des bewaffneten Konflikts bis zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Friedensvertrages umfassen.

Die Arbeitsweise der Kommission wird in fünf Punkten umrissen:
I. Die Kommission erhält Informationen von betroffenen Personen oder Institutionen, wie auch von den Parteien (des bewaffneten Konflikts)
II. Die Kommission soll die beschriebenen Situationen vollständig aufklären....
III. Die Arbeiten, Empfehlungen und der Bericht der Kommission werden nicht die "Verantwortung individualisieren" (d.h. die Täter nicht beim Namen nennen), und sie werden auch keine juristischen Vorschläge unterbreiten bzw. ihre Ergebnisse werden keine rechtlichen Konsequenzen haben.
IV. Die Kommission wird die Geheimhaltung der Quellen und die Sicherheit der Zeugen und Informanten garantieren.

Zusammensetzung der Kommission:
Die Kommission besteht aus drei Mitgliedern:
I. Moderator (der deutsche Völkerrechtler Christian Tomuschat, seinerzeit der für Guatemala eingesetzte Beobachter der Menschenrechtssituation)
II. Ein/e Bürger/Bürgerin Guatemalas mit untadeliger Vergangenheit, (die Pädagogin Otilia Inés Lux García de Cotí, eine Quiché Indianerin,),
III. Ein Akademiker/in (Edgar Alfredo Balsells Tojo, Anwalt und Notar, mit langjähriger Berufserfahrung und Universitätserfahrung).

Einrichtung und Dauer der Kommission:

Die Kommission sollte vom Tag der Unterzeichnung des Friedens-Abkommens an mit ihrer Arbeit beginnen. Für die Arbeit waren sechs Monate mit der Möglichkeit zur Verlängerung um nochmals sechs Monate vorgesehen.

In den letzten Punkten verpflichteten sich die Vertragsparteien, mit der Kommission zusammenzuarbeiten und sicherten zu, daß die Erfüllung des Abkommens von den Vereinten Nationen überprüft werde.

Initialerfahrungen

Diese Kommission ist personell und materiell besser ausgestattet gewesen als die kirchliche Wahrheitskommission. Viele Nationen haben sie mitfinanziert. Eine erhebliche Einschränkung war dadurch gegeben, daß einzelne Täter nicht genannt werden - Problematisch war von Anfang an die Kürze des Untersuchungszeitraums, vor allem im Blick auf die unzugänglichen Dörfer in den Konfliktgebieten und die Vielzahl der Maya-Sprachen. Die Kommission hat landesweit gearbeitet, mit 14 Büros (etwas mehr als die kirchliche Wahrheitskommission), mit zeitweise 105 festen Mitarbeitern, (dazu 21 Mann Sicherheitspersonal!).

Es ging anfangs schleppend voran, weil wohl auch der Vertrauensvorschuß fehlte, den die kath. Kirche genießt; REMHIs Hauptkapital waren die 600 Befrager, Katecheten, kirchliche Mitarbeiter, die vor allem die Sprache der Leute sprachen. Betroffene haben in der Kommission nicht mitgearbeitet; die meisten waren Ausländer, die dann allerdings am Ort mit einheimischen Übersetzern, z.B. Lehrern, gearbeitet haben. An vielen Orten hat man sich die Einrichtungen von MINUGUA, der schon länger im Lande tätigen Beobachterorganisation der Vereinten Nationen zunutze gemacht: MINUGUA war in der Bevölkerung bereits bekannt, und hatte einen guten Ruf. Anfangs haben sich die Zeugen nur zögernd gemeldet. Die Leute haben offenbar leichter dort geredet, wo sie bereits bei REMHI ihr Zeugnis abgegeben hatten. Manche meinen, daß es von Vorteil war, daß "Fremde" die Büros leiteten; denn viele hätten Scheu gezeigt, vor anderen Dorfbewohnern zu sprechen, was auch Probleme beim Übersetzen mit sich brachte. Die Kommission hat die Untersuchungsphase verlängert, und nimmt ausnahmsweise noch immer Fälle entgegen. Sie hat von sich Reden gemacht, wenn etwa die Staatliche Universität und Verbände wie die Witwen-

organisation CONAVIGUA ihr öffentlich, publikumswirksam die Ergebnisse eigener Untersuchungen überbracht haben. (Auch REMHI hatte ihr schon im Januar seine Ergebnisse übergeben.) In der Auswertungsphase wird jetzt überprüft, ob und inwieweit einzelne Fälle doppelt genannt wurden.
Ein wichtiger Unterschied zu REMHI ist der: Man konnte mit größerer Autorität das Militär und die Guerilla um Unterlagen bitten. Es heißt, die Guerilla habe inzwischen weitgehend ihre Unterlagen übergeben, auch der CIA; was nicht unvollständig sei seien die Unterlagen des Militärs. Die Regierung beteuert, ihr Bestes zu tun, und im Militär erklärt man jedoch, alle zehn Jahre alten Unterlagen seien vernichtet worden. Die Zielsetzungen haben sich nicht verändert - sie waren ja gebunden an die gesetzlichen Rahmen des Abkommens. Ein wichtiger Punkt dieser Kommission werden ihre Empfehlungen sein. Deshalb ist es von Bedeutung, daß sie einen "runden Tisch" eingerichtet hat, der Empfehlungen aus der Öffentlichkeit dazu diskutieren soll.

Rahmenbedingungen, Widerstände in der Gesellschaft

Die Startbedingungen für die Wahrheitskommission waren im Vergleich mit denen für die anderen beiden Initiativen günstiger: der Friedensvertrag war bereits unterzeichnet, REMHI hatte zu arbeiten begonnen, es waren bereits geheime Friedhöfe ausgehoben worden, es wurde immer mehr öffentlich über Massaker diskutiert, das Militär wird häufiger öffentlich kritisiert.
Widerstand kommt besonders aus den Reihen der Täter, besonders des Militärs. Widerstand aus der Bevölkerung zeigte sich vor allem in mangelndem Vertrauen. Man fragte: "Was wird mit meiner Aussage geschehen?" Es gab auch Furcht in den Dörfern, andere (die Täter) könnten von der Aussage erfahren und Rache üben. Die Kommission hat, so gut sie konnte, diese Widerstände ausgeräumt. In den Büros standen vielfach erfahrene, sensible Leute zur Verfügung, die Vertrauen aufbauen konnten.

Fähigkeit, sich der Vergangenheit zu stellen

Wie auch bei den anderen Initiativen ist die Grunderfahrung der Befrager: "Reden ist ein Akt der Befreiung". Das gilt für die Opfer wie für die Täter. In der Gesellschaft ist der Umgang mit der Vergangenheit widersprüchlich: In Kommentaren und Radio-Anrufsendungen melden sich immer wieder Leute zu Wort, die das Geschehene verteidigen und "erklären" wollen: z.B. als Kampf gegen den Kommunismus, die Gueril-

la; oder auch solche, die sagen: "Laßt uns endlich alles vergessen". Menschenrechtsverbrechen werden geleugnet oder als vereinzelte "Ausrutscher" verniedlicht. In den Schulen ist bisher nichts getan worden, sich sachlich mit dem bewaffneten Konflikt auseinanderzusetzen: Es gibt nur die Sichtweise der "Täter". Andererseits gibt es immer wieder Zeichen für eine Öffnung: z.B. die öffentliche Rückführung des Sarges mit dem Präsidenten Arbenz aus dem Exil, und den entsprechenden Kommentaren dazu.

Nationales Gedenken

Bisher sind mit wenigen Ausnahmen keine Gedenktage und Gedenkstätten bekannt - es sei denn jene, die von der Kirche eingerichtet wurden. Das Militär feiert nach wie vor seinen Tag des Militärs am 30. Juni. Vor dem Regierungspalast gibt es einen kleinen Gedenkstein für die Opfer, an dem die Flamme zur Unterzeichnung des Friedensvertrages angezündet wurde. (Santiago!)
So lange die Wahrheit nicht bekannt ist, sehe ich keine Chance für "nationales Gedenken":

Dialog zwischen Opfern und Tätern

Es war und ist schwierig, Gespräche zwischen Opfern und Tätern in Gang zu bringen. Wenn ja, wir dies eher im Mikro-Bereich geschehen können, z.B. in unserem Stipendienprojekt und braucht wohl Hilfe neutraler Instanzen. Damit, daß ein General sich "herabläßt", der Vorsitzenden der Witwenorganisation Rosalina die Hand zu geben, ist noch kein Gespräch instand gesetzt. Ich glaube, daß der Nobelpreis für Rigoberta Menchú jedoch hier ein wichtiger Schritt war.
Ich vermute, daß religiöse Gemeinschaften, religiöse Feiern der beste Boden für die Trauerarbeit sind. Aber dies sind Schritte für die Zukunft. Das Problem ist zweifellos, das ist mir auch bei der Vorbereitung dieser Arbeit klar geworden, daß das Militär nach wie vor versucht, in völliger Solidarität zueinander zu stehen, nichts zuzugeben... Die Guerilla hat immerhin nach dem REMHI-Bericht verlauten lassen, sie wolle die sie betreffenden Fälle von Menschenrechtsverbrechen überprüfen, und wenn sie sich bestätigten, öffentlich um Entschuldigung bitten. Dies ist jedoch bisher nur eine Absichtserklärung.

Juristische Regelungen, Entschädigungen, Amnestie-Regelungen

Eine der Schwächen der UN-Kommission ist es, daß sie keine Vorschläge machen soll für gesetzliche Regelungen oder gerichtliche Verfolgung der Verbrechen. Dennoch darf man sicher sein, daß sie Vorschläge zur Entschädigung der Opfer machen wird. Bisher sind in Guatemala Fragen der Entschädigung so gut wie unbekannt. Direkt zu Beginn der Demokratie, sollten z.B. Witwen Erziehungsbeihilfen erhalten, die aber nie angekommen sind.

Die Mitarbeiter der UN-Wahrheitskommission sagen, daß für die Mehrzahl der Opfer auf dem Lande, aus der Maya-Bevölkerung, juristische und gesetzliche Regelungen so gut wie keine Rolle spielen. Die Opfer, die sehr oft nicht lesen und schreiben können, wissen so gut wie nichts über diese Möglichkeiten. Mit dem Begriff "Amnestie" haben einige von ihnen Erfahrungen gemacht - allerdings schlechte. Viele von denen, die sich in den Bergen versteckt hielten, kamen schon in den Achtziger Jahren zurück und meldeten sich beim nächsten Militärlager, weil man ihnen versprochen hatte, daß ihnen nichts geschehe und sie dann wieder in ihre Dörfer zurückkehren könnten; sie müßten sich nur der Amnestie unterwerfen. Obwohl sie sich keiner Schuld bewußt waren - außer der, sich zeitweise versteckt gehalten zu haben - wurden viele von ihnen gefoltert und ermordet. Für andere Rückkehrer bedeutete Amnestie eine Art "Umerziehung" in Rückkehrer-Lagern; d.h. man versuchte, sie zu der Erkenntnis zu bringen, sie hätten sich schuldig gemacht, durch Guerilla-Unterstützung, Flucht etc.

Nur in wenigen Fällen verlangen heute Gemeinden Grund und Boden zurück, der - erzwungenermaßen - dem Militär zur Einrichtung von Stützpunkten überlassen werden mußten. Die meisten sind schon zufrieden, wenn sie überhaupt wieder aus den "Modelldörfern" in ihre Dörfer zurückkehren können, ihre alten Maisfelder wieder bebauen dürfen.

Ich habe aus den Gesprächen mit Vertretern der Wahrheitskommission den Eindruck, daß Amnestieregelungen im Interesse der Täter und nicht der Opfer liegen, sowohl bei der Guerilla wie beim Militär. Sie schließen in Guatemala nicht die strafrechtliche Verfolgung von Menschenrechtsverbrechen ein, obwohl viele dies glauben. Wahrheitskommissionen können meines Erachtens kaum ein Dritter Weg zwischen Amnestie und strafrechtlicher Verfolgung sein. Sie können bestenfalls das Bewußtsein dafür schaffen, daß der einzelne das Recht hat, strafrechtliche Verfolgung anzustreben.

Ich denke, daß Wahrheitskommissionen eher eine psychologisch-reinigende Wirkung für den einzelnen haben können. Ob dies anders aussieht, wenn einmal die Ergebnisse öffentlich vorliegen, muß man erst abwarten. Immerhin wird strafrechtliche Verfolgung der intellektuellen Täter zu den Empfehlungen der Wahrheitskommissionen gehören.

Erfahrungen der Opfer und Demokratisierungsprozesse

Es ist zu früh, um zu sagen, welche Konsequenzen die Aufarbeitung der Vergangenheit für die zivilgeschichtliche Entwicklung des Landes und die Demokratisierung hat. Viel wird darauf ankommen, wie die Empfehlungen der UN-Kommission und von REMHI in die Tat umgesetzt werden können. Aber in Guatemala ist weit mehr als die Aufarbeitung nötig: Es müssen gesellschaftliche Strukturveränderungen stattfinden, d.h. auch die anderen Teile des Friedensabkommens müssen umgesetzt werden: Landreformen, die Gleichstellung der Indígenas usw.

In Guatemala hat man in der Vergangenheit durchaus positive Erfahrungen mit "Unterstützung von außen" gemacht: Die Beobachter-Organisation MINUGUA hat mehrfach Hilfestellung bei Landstreitigkeiten geleistet und ist bei Konflikten, auch Menschenrechtsverletzungen hinzugezogen worden. Dies wird natürlich von gewissen Kreisen als "Einmischung" kritisiert, aber für die Betroffenen hat dies positive Konsequenzen gehabt. Wichtig ist dabei die Wahrung strikter Neutralität. Wünschenswert wäre größere Bescheidenheit im Auftreten dieser Organisationen, die oftmals Neid erregen, mit ihren großen Büros und Autos.

Zum Begriff Versöhnung

Punkt 5 betrifft weitgehend die kirchlichen Kommissionen. Hierzu nur eine Anmerkung: Die UN-Wahrheitskommission hat den Begriff "versöhnen" in ihrem Propagandamaterial benutzt, doch im Abkommen wird der Begriff vermieden. Dort ist von "concordia", nicht von "reconciliación" die Rede. Ich habe den Eindruck, daß dies kein Zufall ist: Versöhnung setzt ein aktives "Handreichen" der Parteien voraus, concordia verstehe ich so, daß "nur" die Bedingungen geschaffen werden sollen, damit man in Harmonie miteinander lebt. Es erschiene mir interessant, diesen Begriff auch in unserer Diskussion hier zu verfolgen.

II. Die Märtyrerchronik

1) Ausgangslage

Wie schon erwähnt, sind in Guatemala, vor allem zwischen 1979 und 1985, unzählige Katecheten, 19 Priester und eine Ordensfrau ermordet worden. Viele von ihnen erfüllen die theologischen Kriterien für "Märtyrium": "friedliche, freiwillige Hingabe des Lebens um einer Glaubenswahrheit, einer Tugend oder eine Lehre der Kirche willen." D. h. Ein praktizierender Christ (der nicht unbedingt ein heiligmäßiges Leben führen muß, wie es bei den Heiligen in der Regel der Fall ist), riskiert sein Leben, in der Nachfolge des Evangeliums; er nimmt den Tod auf sich wie Jesus: geduldig, freiwillig, friedlich (ohne Waffen!): Der Tod als Konsequenz einer Glaubenspraxis. Die Person gibt ihr Leben für Jesus Christus, oder für eine Glaubenswahrheit. eine (christliche) Tugend oder eine Lehre (Sozial-Doktrin, Moral-Doktrin) der Kirche.

Die Kirche spricht bis heute den Märtyrertitel nur jenen zu, die diese Bedingungen erfüllen; außerdem muß man von ihnen mit Sicherheit wissen, daß sie gestorben sind (Kenntnis des Begräbnisortes!) - ein Problem in Guatemala, weil viele "verschwun-den" sind! Es muß auch klar sein, daß sie nicht mit Waffen gekämpft haben, und daß sie in ihrem Eintreten für "die gute Sache" nicht von "irgendeiner" Ideologie, sondern vom Evangelium angetrieben waren. Weiter soll nachgewiesen sein, daß auf Seiten der Verfolger "Haß gegen den Glauben" bestand. Das wird im katholischen Lateinamerika kaum nachweisbar sein. Hier muß es gelten: Haß gegen eine Wahrheit des Evangeliums, oder Haß gegen die Person, weil sie die Werte und Wahrheiten des Evangeliums vertrat, die christlichen Tugenden praktizierte.

Ich habe 1988 in Guatemala einen Dokumentarfilm mit dem Titel "Die Saat der Märtyrer" für das Deutsche Fernsehen gedreht, um zu zeigen, daß die Kirche gestärkt aus der Verfolgung hervorgegangen ist. Ich habe mich damals gefragt: Weshalb sind diese Märtyrer nicht bekannt? und Bischof Flores vorgeschlagen, mit journalistischem "Know-how" eine Märtyrerchronik zu schreiben. Ich habe dann die theologischen Kriterien für Märtyrium und zwei Fragebögen erarbeitet (einen für Massaker und einen für Einzelmorde) und der Bischofskonferenz angeboten, eine Märtyrerchronik zu schreiben. Die Bischöfe haben zugestimmt. Meine Nachforschungen habe ich eher nach dem Zufallsprinzip - in den zwei am meisten betroffenen Diözesen begonnen. Ich befragte Katecheten und hielt Seminare zum Thema "Märtyrer". Mir ist bald klar geworden, daß mein Vorhaben ein Mammut-Unternehmen ist und mich

schließlich entschieden, ein Buch mit etwa acht exemplarisch ausgewählten Einzelfällen zu schreiben. Ich hoffe, daß dieses Buch (das bis Ende dieses Jahres fertiggestellt werden soll) auch in einer volkstümlichen Version erscheint, die die Gemeinden ermutigen wird, ihre eigene Märtyrer-Geschichte zu schreiben.
Von seiten einiger Bischöfe wurde ein eigener Versuch gemacht (an dem ich nicht beteiligt war) in den Gemeinden zu recherchieren, um dem Papst bei seinem letzten Besuch eine Märtyrerliste zu übergeben. Man hat ihm ein Dokument mit etwa 70 Fällen überreicht, das meiner Meinung nach die Schwäche hat, daß es ermordete, engagierte Christen aufzählt, aber die Kriterien für Märtyrium nicht streng einhält. Die Liste ist in der Öffentlichkeit nie bekannt gemacht worden.

Ich möchte Ihnen jetzt zwei typische Märtyrerbeispiele aus meiner Chronik vorstellen: Einen indianischen Katecheten und einen Priester.

a) Domingo Cahuec Sic, ein Katechet der Maya-Sprache Achi, ermordet am 8. Januar 1982

Domingo war Gesundheitshelfer (Promotor de Salud), eine Führungspersönlichkeit im Dorf.
Am Mittwoch vor dem Mordtag versammelt er seine Familie und sagt. "Die Guerilla droht, mich am Samstag umzubringen, wenn ich nicht mir ihr in die Berge gehe. Aber dort würde ich wohl töten müssen. Ich bin doch Christ, ein Katechet - wie könnte ich töten? Das Militär hat mich wissen lassen, ich könne mein Leben retten, wenn ich ihnen die Namen von drei Guerilleros nenne. Aber man wird sie dann doch töten - also töte ich sie." Zu seinen Söhnen sagt Domingo: "Auch Ihr dürft niemals töten. Egal, was sie Euch antun, auch wenn Ihre eine Machete in der Hand habt, Christen dürfen nicht töten." Einer der Söhne schlägt vor, zu flüchten (Eine Million Guatemalteken sind in der Zeit der "Violencia" an andere Orte innerhalb des Landes geflüchtet: die desplazados; 45.000 nach Mexiko, viele andere in die Nachbarländer, die USA und Kanada.)
Der Vater lehnt die Flucht ab: "Warum? Ihr wißt, daß ich nichts Unrechtes getan habe. Wenn es Gottes Wille ist, mögen sie mich töten. Seid nicht traurig, wir sehen uns im Himmel."
Zwei Tage später kommt das Militär, versammelt die Dorfbewohner und sucht anhand einer Liste 60 Männer aus, die als Guerilleros denunziert worden waren. Die 60

knien auf dem Dorfplatz nieder und beten: "Eine große Stille lag über dem Platz", erzählt die Tochter. Danach wurden alle in die kleine Dorf-Clinica geführt und gefoltert; die Überlebenden wurden auf einem nahen Hügel erwürgt, nachdem sie zuvor ihre Gräber ausheben mußten. Domingo flüchtete nicht, er wollte seiner Aufgabe treu bleiben - und dem Gebot Gottes gehorchen: Du sollst nicht töten. Friedlich, freiwillig, hat er sein Leben gelassen. Er ist ein Märtyrer im klassischen Sinn.

b) Padre Stanley (Francisco) Rother, ermordet am 27/28 Juli 1981

Stanley Francisco Rother war Amerikaner; er wurde von den Leuten in Santiago Atitlán "Apla's" genannt, (in ihrer Sprache Tzutuhil, die er besser sprach als Spanisch.) Er hatte, ebenso wie die meisten anderen ermordeten Priester, nicht das Geringste mit der Guerilla zu tun. Er stand nur denen in der Gemeinde zur Seite, die bedroht wurden. Bald tauchte sein Name in den Todeslisten auf. Einige Wochen ging er aus Sicherheitsgründen in die Staaten. In Briefen hatte er aber mehrfach geschrieben: "Der Hirte darf doch nicht weglaufen...!"

Man weiß heute, daß er drei Tage vor dem Mord gedrängt wurde, außer Landes zu gehen - er blieb: "Ich habe hundert Trauungen zur Fiesta - danach vielleicht, jetzt kann ich die Leute nicht im Stich lassen."

Wegen der Drohungen schlief er angekleidet im Wohnzimmer; die Mörder drangen auch tatsächlich zuerst in sein Schlafzimmer ein. Sie fanden ihn nicht, aber im Nachbarzimmer schlief der 16 Jahre alte Bruder eines anderen Priesters. Sie zwangen ihn mit vorgehaltener Pistole, sie zum Padre zu führen. Padre Apla's, der sich einen Fluchtweg für den Notfall ausgedacht hatte, öffnete den Mördern die Tür, und wurde erschossen. Warum? Weil er in den Staaten über die Morde an seinen Katecheten geredet hatte? Weil er hinter seinem katholischen Radio stand, das mehrfach vom Militär zerstört wurde? Weil er verfolgte Katecheten in der Hauptstadt versteckte? - Die Gemeinde Santiago feiert ihn jedes Jahr wie einen Heiligen.

Opfer, Täter, spezifisches Profil der belasteten Vergangenheit

Die Verfolgung von Katholiken - ich glaube, man kann nicht schlechthin von einer Kirchenverfolgung in Guatemala sprechen - ist sozusagen ein besonderer Aspekt des kriegerischen Konfliktes in Guatemala.

Einige Indizien für eine "Christenverfolgung":

- In den Hochlandregionen haben viele Familien in der Zeit der Gewalt, ihre Bibeln in der Erde vergraben;
- manche haben ihre Konfession aus Angst verleugnet und sind zu Sekten übergelaufen (Sektenmitglieder wurden in der Regel nicht verfolgt!);
- Hostien wurden zwischen Tortillas versteckt in die Dörfer getragen;
- Wortgottesdienste wurden in den "Katakomben des Urwalds" zelebriert;
- die Pfarrhäuser und Kirchen in der Region Quiché wurden vom Militär besetzt und zu Folterzentren, manchmal sogar zu Massengräbern “umfunktioniert”...

Ist Christenverfolgung möglich in einem doch offenbar “christlichen” Land? Waren die Morde und Massaker nicht nur "Ausrutscher" des Militärs? Militärs würden antworten: "Wir mußten die Freiheit des Vaterlands und der katholischen Religion gegen die kommunistische Bedrohung verteidigen; (Doktrin der nationalen Sicherheit). Natürlich haben wir niemals Christen verfolgt und getötet - nur die Subversiven und die, die sie unterstützt haben."

Aber da entsteht das Problem. "Die Katholiken sind Subversive", hieß es immer wieder pauschal. Besonders verdächtig waren Katecheten, wegen ihres sozialen Engagements und ihrer Führungsrolle.

Warum die Verfolgung? Man beschuldigte die Kirche, sie "mische sich in die Politik ein". Die Kirche hatte sich immer deutlicher - auch in Hirtenbriefen - auf die Seite der Armen, der Indigenas, der landlosen Bevölkerung gestellt, eine der Konsequenzen der von den Bischöfen in Medellin und Puebla (1979) getroffenen "Option für die Armen". Eine wichtige Rolle spielte - besonders in der Region Quiché - die Verbreitung der katholischen Soziallehre: Europäische Missionare haben in den Fünfziger Jahren überall Katechetenbewegungen ins Leben gerufen: Die Katecheten lernten nicht nur lesen und schreiben, sondern auch, für eine materielle Verbesserung ihrer Gemeinden einzutreten: Sie wurden Gesundheitspromotoren, alphabetisierten, gründeten Kooperativen usw. In gewisser Weise ähnelten ihre Ziele denen der Guerilla. Damit zog sich die Kirche den Vorwurf der "Einmischung in die Politik" zu - im Gegensatz zu den Sekten, die die Leute zum Stillhalten ermutigen: "Der Lohn für erlittenes Unrecht kommt im Himmel". Die führenden Mitglieder der Bauernbewegungen waren oft Katecheten. So erklärt sich, daß gerade die Katecheten sich besonders verdächtig machten, ebenso wie Priester mit sozialem Engagement. Daß einige von ihnen zur Guerilla gingen, als sie auf friedlichem Wege nichts erreichten, nimmt nicht wunder.

Zusammenfassend kann man sagen: Die verfolgten Christen, die Opfer, waren vor allem sozial engagierte Priester (einige von ihnen, z.B. ehemalige Chinamissionare, waren erklärte Antikommunisten!) und Katecheten; die materiellen Täter waren Soldaten und unter dem Militärbefehl stehende "Zivil-Patrouillen"; die intellektuellen Täter waren die Militär-Diktatoren, in enger Verbindung mit Großgrundbesitzern, die um ihre Besitzstände fürchteten. (Man muß auch erwähnen, daß gerade in den Siebziger Jahren einige Kirchenführer, darunter Kardinal Casariego, auf Seiten dieser Kreise standen, was zu Konflikten innerhalb der Bischofskonferenz führte.

Initialerfahrungen zu Beginn der Arbeit, Beteiligung der Überlebenden, Zielsetzungen der Arbeit und Vergleich zum Umgang der Wahrheitskommissionen mit der Vergangenheit

Meine ersten Erfahrungen mit der Märtyrerchronik möchte ich so zusammenfassen:
Von Seiten der Bischöfe, vor allem der betroffenen Diözesen (nicht alle Diözesen waren gleichermaßen betroffen!) wurde meine Arbeit mit Wohlwollen besehen, aber nicht aktiv unterstützt.
Ich habe den Eindruck, daß unausgesprochener Widerstand bei einem Teil des Klerus aus folgenden Gründen besteht:

a) Das Märtyrerkonzept ist zu "konservativ"; man müßte auch diejenigen einbeziehen, die, vom Evangelium angetrieben, zur Guerilla gingen und mit der Waffe kämpften.
b) Das Märtyrerkonzept ist zu eng gefaßt: Alle unschuldig Ermordeten sind Märtyrer. (Bei den "Feiern der Märtyrer", die es in einigen Gemeinden inzwischen gibt, werden alle Ermordeten und "Verschwundenen" unterschiedslos einbezogen, auch die Frauen und Kinder, die ich rein von der Definition her mit den "unschuldigen Kindern", den "Santos Inocentes" vergleiche: Denn bei ihnen fehlt die "freiwillige Hingabe des Lebens": Die meisten von ihnen wären weggelaufen und hätten ihr Leben gerettet, wenn sie gekonnt hätten.)
c) Es gibt keine "Märtyrer", denn die Katecheten, die ermordet wurden, waren zwar Christen, aber doch auch Mayas, und sind "für ihr Volk" gestorben. Ich meine dagegen, daß indianische Katecheten dies nicht säuberlich trennen: Sie haben sich aus dem Glauben heraus für ihr Volk eingesetzt; sie sind "für die anderen gestorben, wie Jesus", wie Katecheten mir mehrfach sagten: als Mayas wie als Christen.

d) Wir brauchen das kirchliche Märtyrerkonzept nicht: "Das Volk spricht die Märtyrer heilig, das genügt. Dazu brauchen wir nicht 'den Segen aus Rom'".
Bei den Wochenenden und Gesprächen mit Katecheten habe ich festgestellt, daß viele meinen, ein "heiliger Märtyrer" könne allenfalls der "Padre" oder die "Madre" (Ordensfrau) sein, weil "der Padre sein ganzes Leben am Glauben ausrichtet", wie ein Katechet sagte. Eines meiner erklärten Ziele der Gespräche mit Katecheten war und ist es, daß diese selbst herausfinden, daß "ein Indianer", ein "armer Campesino", der sein Leben im Dienste des Evangeliums gibt, nichts anderes tut als seinerzeit Petrus oder Paulus. Wird dies verstanden, dann wirkt dies wie eine Befreiung für viele und gibt den Ermordeten und den Überlebenden ihre Würde zurück. Dies ist auch wichtig, weil es der Militärpropaganda im Laufe der Zeit oft gelungen ist, den Leuten Schuldgefühle zu machen; ihnen einzureden, sie hätten "auf der falschen Seite" gestanden, und Folter und Mord seien nur "die gerechte Strafe" für ihr falsches Verhalten.

Zusammenfassung:
Ich will mit dieser Arbeit "im Alleingang" nicht nur den Bischöfen das Material liefern, damit einige Märtyrer - stellvertretend - heiliggesprochen werden können, sondern die Überlebenden sollen verstehen, daß ihre "Zeitgenossen" nicht nur unschuldig gestorben sind, sondern bewußt ihr Leben für den Glauben riskiert haben.
Weiter soll der Vorbildcharakter dieser Christen herausgearbeitet werden. Schließlich ist es auch das Ziel, das Bewußtsein für "Märtyrertum" in unseren Tagen zu schaffen. Schließlich soll dazu ermutigt werden, diese Märtyrer zu feiern, und sie zu verehren. Dies sind, wie sich von selbst versteht, pastorale Ziele, die über die der Wahrheitskommission hinausgehen. Diese Ziele haben sich im Laufe der Zeit nicht verändert, sondern eher verstärkt und vertieft.
Ein neu hinzukommendes Ziel ist es, Wege zu finden, wie durch Feiern, Liturgie etc. der Versöhnungsprozeß in Gang gesetzt werden kann. Dies ist ein Ziel, das sich mit den zukünftigen Zielen der kirchlichen Wahrheitskommission trifft.

Politische und rechtliche Rahmenbedingungen, Widerstand aus Staat und Gesellschaft, mögliche Reaktionen

Die äußeren Rahmenbedingungen für die Märtyrerchronik unterscheiden sich nicht von denen für die beiden Wahrheitskommissionen. Die Widerstände innerhalb kirch-

licher Kreise habe ich schon angesprochen. Was die Gesellschaft angeht, so möchte ich weniger von "Widerständen" sprechen - eher von Unverständnis. Auch heute gibt es weite Kreise, die nicht zur Kenntnis nehmen oder nehmen wollen, daß Menschen um ihres Glaubens willen verfolgt worden sind und die das soziale Engagement der Kirche für "politische Einmischung" halten. Diese Widerstände und Einwände spielen für meine Arbeit letztlich keine Rolle.

Die Fähigkeit, sich der belasteten Vergangenheit zu stellen (Täter, Opfer, Zuschauer, Militär, Intelligenz)

Ich würde sagen, je "höher" man auf der "Gesellschaftsleiter" steigt, und je "schuldiger" sich jemand in der Gesellschaft fühlt, desto geringer ist die Bereitschaft, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Das gilt besonders für die Kreise des Militärs.

Was die "Zuschauer" angeht, so habe ich den Eindruck, daß es gerade in von der Gewalt wenig betroffenen Gemeinden, durchaus eine Bereitschaft gibt, zu fragen, was passiert ist und warum.

Die Bereitschaft der Katecheten in den betroffenen Gebieten sich zu äußern, ist groß - wenn eine Vertrauensbasis besteht. Ich bin immer so vorgegangen, daß ich den Pfarrer oder die Ordensfrauen als "Eingangstür" für meine Interviews benutzt habe, und ich habe oft mit den Zeugen vor Beginn des Interviews gebetet, damit klar wird, daß es hier nicht um Anklage und mögliche Schuldzuweisungen geht, sondern um das Zeugnis. Das Vertrauen gegenüber der Kirche empfinde ich als eine gute Basis, über die Vergangenheit zu reden.

Erinnerungen/Erfahrungen im Rahmen von nationalem Gedenken

Auf nationaler Ebene gibt es nur einen einzigen Gedenktag: den 30. Juni, den die Kirche zum "Tag der Märtyrer" erklärt hat. Ich war dabei, als 1989 der Sarg mit den Resten des ersten ermordeten Priesters, Hermógenes, vom Ort seiner Beerdigung in seine Heimatgemeinde San José Pinula feierlich überführt wurde. Der zuständige Ortsbischof (Prospero Penados) sagte damals: "Der Papst hat gesagt, wir könnten die Märtyrer feiern, ohne daß sie heiliggesprochen sind, deshalb wollen wir diesen Tag zum Tag der Märtyrer Guatemalas erklären." Pikanterweise ist dieser Tag ein Nationalfeiertag: Der Tag des Militärs! In den nächsten Jahren hat man nicht viel

Aufhebens um diesen Tag gemacht, doch scheint er sich innerhalb der Kirche immer mehr durchzusetzen.

Auf Ortsebene mehren sich die "Märtyrerfeiern", allerdings meist als Gedenktage für alle unschuldig Ermordeten. In San Juan Cotzal zum Beispiel, einer schwer heimgesuchten Indianergemeinde in Quiché, werden die Märtyrer jedes Jahr zum Jahrestag des ersten großen Massakers im Ort gefeiert. Als dies zum ersten Mal geschah, hatte der Pfarrer vorher die Gemeinde aufgefordert, die Namen und Daten der Ermordeten, und Verschwundenen in der Gemeinde zu nennen. Die Namen wurden auf Holz-Kreuze geschrieben, diese wurden während der Messe gesegnet und an die Kirchenwand genagelt. Seither hängen dort an die 500 Kreuze. In Nebaj und Santiago-Atitlan gab es ähnliche Initiativen.

Mehrere Gemeinden haben ihre ermordeten Priester, die anderswo bestattet worden waren, feierlich "heimgeholt" und in der Kirche bestattet und Gedenktafeln errichtet.

Da es für die Mayas besonders wichtig ist, den Ort zu kennen, an dem ihre Angehörigen beerdigt sind, "weil man nur dort mit ihnen sprechen kann", spielen die Ausgrabungen geheimer Friedhöfe eine wichtige Rolle. Oft sind Maya-Priester und katholische Priester bei den Ausgrabungen zugegen und halten Gottesdienste, ebenso bei der Wiederbestattung. Diese Gottesdienste sind gleichzeitig auch ein Anlaß, nicht nur über die Schuldlosigkeit der Opfer zu reden, sondern auch Märtyrer herauszustellen, besonders die ermordeten Katecheten.

Gespräche zwischen Opfern und Tätern, Trauerarbeit von Opfern unterschiedlicher Konfliktgruppen

Ich selbst habe keine Erfahrungen damit gemacht, daß Opfer und Täter ins Gespräch miteinander kommen. Wahrscheinlich ist der Zeitpunkt dafür noch zu früh. Ich habe mit einem Priester einen in einer Gemeinde einen Gottesdienst geplant, zu dem Täter - in diesem Fall Leute aus einem Nachbardorf, die als Guerilleros sechzehn Katecheten ermordet haben - eingeladen werden sollen. Täter und Opfer wohnen in benachbarten Dörfern; Rache- oder Vergeltungsakte sind nicht bekannt. Die Täter, so sagen die Überlebenden, "senken ihre Köpfe, wenn sie uns unterwegs begegnen." Es sind Einzelfälle bekannt, wo Täter und Opfer mit Gesten der Versöhnung aufeinander zugehen. Ich möchte zwei Beispiele dafür nennen:

Ein Täter versucht, vom schlechten Gewissen geplagt, mit der Witwe des Ermordeten in Kontakt zu kommen. Er schickt anonym Lebensmittel. Dann schreibt er, und

bittet um ein Gespräch. Die Witwe läßt wissen, sie wolle mit ihm nichts zu tun haben. Schließlich geht er vor ihr Haus, wirft sich nieder, bekennt seine Schuld und sagt: "Tötet mich, wenn ihr wollt, aber ich kann so nicht weiterleben." Der Vater der Witwe holt ihn ins Haus, sie bereitet ein Essen und sie essen gemeinsam.

In dem anderen Fall hatte die Gemeinde beschlossen, die Feier der Osternacht auf dem Kalvarienberg, außerhalb des Ortes zu beginnen. Sie ziehen mit Kerzen ins Dorf. Ein ortsbekannter Mörder steht vor der Tür seiner Hütte. Da tritt einer aus der Prozession, geht auf ihn zu, überreicht ihm seine Kerze und nimmt ihn mit in die Prozession.

Ich glaube, daß es unter den Mayas eine besondere, durch die Maya-Religiosität bedingte, Bereitschaft zur Versöhnung gibt. Maya-Priester gehen davon aus, daß Krankheiten weitgehend dadurch bedingt sind, daß man nicht im Gleichgewicht, nicht "im Frieden mit sich und anderen" lebt, und schicken deshalb den Heilungs-Zeremonien Versöhnungszeremonien voran. Hier liegt eine besondere Chance in Guatemala, die meines Wissens noch lange nicht erkannt und genutzt ist.

Witwen von Opfern (sie sind in der großen Mehrzahl) wie von Tätern arbeiten manchmal in Witwen-Kooperativen zusammen; befragt, ob dies nicht problematisch sei, zucken die meisten verständnislos die Achseln: Wir haben doch alle unsere Männer verloren. Das Leben gehe weiter, man müsse doch schließlich zusammenleben.

Daß Versöhnung zuerst im Mikro-Bereich beginnt, sich von unten nach oben durchsetzen muß, ist meine Überzeugung und die vieler, die mit den Wahrheitskommissionen arbeiten. Die Kirchengemeinden bieten sicher den besten Boden für die Gespräche zwischen Opfern und Täter.

Ob nationale Gespräche auf höchster Ebene, etwa zwischen Militär- und Guerilla-Vertretern einen nachhaltigen Beitrag leisten könnten, wage ich nicht zu sagen.

Juristische Möglichkeiten, gesetzliche Regelungen zu Rehabilitierung und Entschädigung, gesellschaftlicher Neuanfang durch Amnestie-Regelungen, Wahrheitskommissionen als Dritter Weg zwischen strafrechtlicher Verfolgung und Amnestie?

Auf Grund meiner Gespräche für die Arbeit mit der Märtyrerchronik kann ich zu diesen Punkten nicht Stellung beziehen. Meine Erfahrungen decken sich mit denen der

"Wahrheits-Kommission" der Vereinten Nationen, die ich schon dargestellt habe. Bei den Interviews für die Märtyrerchronik ist mir die Forderung nach strafrechtlicher Verfolgung nicht begegnet, obwohl alle kirchlichen Stellen jederzeit Anwälte vermitteln und Hilfen für Gerichtsverfahren leisten könnten.

Erfahrungen der Opfer und zivilgesellschaftliche Entwicklung; Aufarbeitung der Vergangenheit bei der Überwindung von Konfliktursachen und als Beitrag zur Demokratisierung; Unterstützung des Demokratisierungsprozesses von außen?

Auch zu diesem Punkt kann ich aufgrund meiner Erfahrung mit der Märtyrerchronik wenig sagen. Ich möchte dazu aber aus meinen Erfahrungen mit dem von mir gegründeten Stipendienprojekt "Ija'tz" ("Samenkorn") etwas anmerken. Wir versuchen mit Hilfe deutscher Freunde Kindern von Witwen zu höherer Schul - und Universitätsbildung zu verhelfen. Dabei wird täglich deutlicher, welche Rolle das mangelnde Selbstwertgefühl der Mayas überhaupt und der Kinder der Opfer spielt. Wir stellen fest, daß die Opfer untereinander kaum über ihre Vergangenheit reden. Es gibt "psychologische Blockaden". Wenn wir aber Demokratieprozesse in Gang setzen wollen, müssen auch die Fragen der Vergangenheit angegangen werden. Dabei müssen wir ganz klein beginnen - nämlich beim Selbstwertgefühl. Dazu wird es in diesem Jahr einige Wochenenden mit Psychologen geben. Erst dann können wir es wagen, mit aller Vorsicht die Fragen der Vergangenheit anzugehen. Wir haben z.B. festgestellt, daß wir unter den Stipendiaten Kinder von Opfern und Tätern aus ein- und demselben Dorf sind. Die jungen Leute sind bisher nicht in der Lage gewesen, über die daraus entstehenden Spannungen darüber zu reden. Das Leitungsteam des Projekts ist aber davon überzeugt, daß wir den Dialog darüber in Gang bringen müssen. Es geht dabei aber nicht nur um die Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit, sondern der Vergangenheit der letzten 500 Jahre. Ich, die ausländische Initiatorin, und die deutschen Mitglieder im Vorstand sehen dies deutlicher und schärfer als die Guatemalteken selbst. Dieses kleine Beispiel zeigt, daß hier die "Hilfe von Außen" eine "Hebammenfunktion" hat. Die Hilfe erscheint sinnvoll und erwünscht. Den Weg im einzelnen müssen freilich die Guatemalteken selbst gehen.

Die Rolle der Kirche, der Begriff der Versöhnung, die Probleme, christlicher Ansatz im Umgang mit der Vergangenheit

Über die Bedeutung der kirchlichen Wahrheitskommission ist bereits gesprochen worden, und ich kann aus meiner Erfahrung dieser Analyse nur zustimmen. Was meine Arbeit mit der Märtyrerchronik angeht, so habe ich mit den Katecheten immer wieder darüber gesprochen, daß es geradezu eine Pflicht ist, gegenüber der Kirche Guatemalas, wie gegenüber der Weltkirche, das Zeugnis der Märtyrer lebendig zu erhalten. Es ist nötig, damit die Kinder und Kindeskinder wissen, warum ihr Großvater, der Katechet oder der Heimatpfarrer ermordet wurde. Es muß klar werden, daß ein solches Zeugnis Anlaß zu Stolz und Freude ist. Der Aspekt, sich zu erinnern, damit sich die Vergangenheit nicht wiederholt, hat dabei weniger eine Rolle gespielt. "Wir wollen vergeben aber nicht vergessen", dieses Motto habe ich immer wieder zitiert (im Unterschied etwa zum Motto der "Mütter der Verschwundenen", die sagten: "Weder vergeben noch vergessen".

Das ist meines Erachtens auch der spezifisch christliche Ansatz des Umgangs mit der belasteten Vergangenheit. Es gilt, einen Weg zu finden, in Frieden zusammenzuleben, zuerst im Mikrobereich der kleinen Dorfgemeinschaft, um von da in den Makro-Bereich des Landes zu wirken. In diesem Sinn würde ich Versöhnung definieren als: "Vergeben, aber nicht vergessen."

Ich bin überzeugt, daß nur da, wo Schuld beim Namen genannt wird, wo offen Tränen vergossen werden, auch vergeben werden kann. Ich denke, die Märtyrerchronik leistet hier einen wichtigen Beitrag.

Boris Pustinzev

BRINGT EURE TOTEN HERAUS. Erfahrungen aus der Arbeit von MEMORIAL.

Das kommunistische Regime in Rußland hielt sich in seinem Umgang mit der Vergangenheit genau an das von George Orwell geprägte bekannte Rezept. Den genauen Wortlaut weiß ich nicht mehr, sinngemäß aber lautete es: Wer die Vergangenheit beherrscht, wird auch Herr über die Zukunft sein. Millionen Menschen in den Ländern des Ostblocks waren von Berufs wegen damit beschäftigt, geschichtliche Ereignisse zu verfälschen und den Zugang zu Informationen zu kontrollieren. Das heißt, sie kontrollierten die Gedanken und Gefühle ihrer Mitmenschen. Ihre Arbeit war nicht vergebens: der Diktatur gelang es, die Erinnerung von mehreren Generationen zu zerstören. Die Menschen in der ehemaligen Sowjetunion traf es am härtesten: ihre Erinnerungen wurden über 70 Jahre ausgelöscht. Die Menschen lebten in einer künstlichen, trügerischen Welt, wußten nicht, was um sie herum wirklich vorging, und die meisten wollten es auch gar nicht wissen. Das Sowjetreich ging bekanntlich in erster Linie aus wirtschaftlichen Gründen unter und nicht, weil die Bürger dagegen protestierten - sie wurden durch die oben genannten Bemühungen zu perfekt kontrolliert, um protestieren zu können.

Sobald die Kommunisten die Gewalt über das Land zu verlieren begannen, wurden erste Versuche unternommen, die Mechanismen zur Wiederherstellung der Geschichte aufzubauen, die Zerstörung unseres Gedächtnisses zu beenden und den Prozeß umzukehren. Die Initiatoren waren meist in Gruppen zusammengeschlossen, die bald darauf *Memorial* gründeten - heute immer noch die größte und beständigste Nichtregierungsorganisation in Rußland. Die Idee war zunächst, gemeinsam Gedenkstätten an Opfer der politischen Unterdrückung im ganzen Land zu schaffen, damit den Prozeß der Wiederherstellung von Erinnerung unumkehrbar zu machen und so unsere Vergangenheit nach und nach von den angesammelten Lügen zu säubern.

Die erste *Memorial* wurde Ende 1988 in St. Petersburg gegründet. Andere folgten ihrem Beispiel, und Ende 1990 gab es etwa 80 regionale *Memorial* Organisationen.

Damals setzten sich die *Memorials* hauptsächlich aus ehemaligen politischen Gefangenen oder Angehörigen von verstorbenen Opfern der Unterdrückung zusammen. Bald aber zeigte sich, daß sich sogar die *Memorial* Mitglieder in der Bewertung unserer Vergangenheit nicht einig waren.

Das macht auf sehr anschauliche Weise deutlich, inwieweit das historische Gedächtnis verfälscht, ja sogar zerstört wurde, sogar bei den Menschen, die selbst Opfer von Verbrechen des totalitären Staates geworden sind. Nur ein Beispiel - Einer der ersten Vorsitzenden der St. Petersburger *Memorial* sagte mir 1991: Wir, die zur Zeit Stalins verhaftet wurden, waren wirklich unschuldig, waren echte Opfer, ihr aber, die vom KGB in der Zeit nach Stalin verhaftet wurdet, habt das bekommen, was ihr verdient habt, weil ihr „anti-sowjetische Elemente“ wart - meinen hier anwesenden Kollegen aus den sowjetischen Nachfolgestaaten kommt dieses Volkabular sicherlich bekannt vor.

In gewissem Sinne hatte er absolut recht. Während der Stalinära konnte man ein eifriger Anhänger des Regimes sein und es täglich preisen, man konnte der obersten Partei- oder Regierungsspitze, ja sogar der Unterdrückungsmachinerie angehören, und trotzdem eines Tages (eher eines Nachts) wegen Nichts verhaftet werden. Ich möchte hier die von Stalin angewandten Terrormethoden nicht näher erläutern, Tatsache aber bleibt, daß viele der Opfer dem Sowjetstaat gegenüber äußerst loyal waren und dennoch aus keinem ersichtlichen Grund vernichtet wurden. Aber wie so oft hat sich an dem Glauben dieser Menschen an die letztendliche Weisheit der Kommunistischen Partei nichts Wesentliches geändert, trotz aller Beweise des Gegenteils, trotz allem, was ihnen widerfahren ist. Ihr Gedächtnis war so erfolgreich manipuliert worden, daß ihr Verständnis der Ereignisse heillos verwirrt war. Sie haßten Stalin und priesen das Regime, das es Stalin möglich gemacht hatte, sich auf der politischen Bühne Rußland breit zu machen.

1992 schied diese Gruppe aus *Memorial* aus und gründete die „Vereinigung der Opfer grundloser Repression“, offenbar in der Meinung, daß es gute Gründe gab, jene zu unterdrücken, die wirklich gegen die Ungerechtigkeit und die von den Sowjets begangenen Greueltaten protestiert haben. Ihre St. Petersburger Organisation zählt heute etwa 1500 Mitglieder, die St. Petersburger *Memorial* hat rund 4000 Mitglieder.

Auch zu Sowjetzeiten gab es in Rußland Menschen, die sich bemühten, alle Fakten in Zusammenhang mit den Ereignissen aufzuzeigen, die die Behörden zu verfälschen oder insgesamt zu unterschlagen versuchten. Diese Menschen waren einer ständigen Belästigung und Verfolgung durch den KGB ausgesetzt, dennoch setzten sie ihre Arbeit fort, bis es ihnen möglich war, als Mitglieder von *Memorial* an die Öffentlichkeit zu treten und das Recht auf eine Einsicht in die Partei- oder KGB-Archive zu fordern. Die Regierung ignorierte diese Forderungen, dann jedoch kam es zu dem mißlungenen kommunistischen Putsch von 1991. Kurze Zeit danach war der Höhepunkt des Demokratisierungsprozesses in Rußland. Die Regierung beugte sich dem Druck des Volkes und öffnete einige der Archive für *Memorial*-Ermittler und für einige der Politiker, die in der Wahrheitsfindungs-kampagne aktiv waren. Allerdings nur in Moskau und nur für kurze Zeit: dem KGB und dem Militär gelang es bald, den Präsidenten davon zu überzeugen, daß dabei zu viele geheime Informationen wahllos freigegeben würden und dies der Sicherheit des Staates und den nationalen Interesssen erheblich schade.

Bis Anfang 1992 wurde der Öffentlichkeit das verfassungsmäßige Recht auf Zugang zu Regierungsunterlagen mehr oder weniger verweigert, einschließlich der Informationen über die Verbrechen früherer Herrscher an ihrem eigenen Volk. Die *Memorial*-Ermittler können noch die Aussagen von Opfern und deren Angehörigen einholgen, aber die Menschen außerhalb dieses Personenkreises zögern heute wieder, Aussagen zu machen, vor allem wenn es sich um Täter und Zeugen von Verbrechen handelt. Die Menschen verlieren wieder das Interesse an der Erhaltung ihrer eigenen Geschichte, an der Wiederherstellung ihrer Erinnerung. Zu viele von ihnen waren aktiv oder passiv an den Verbrechen beteiligt, um zuzugeben, daß sie selbst getäuscht wurden und andere getäuscht haben.
Es bedarf großer Zivilcourage, um öffentlich zu bekennen: Ich habe dieses oder jenes essentielle Problem völlig falsch eingeschätzt und anderen großes Leid zugefügt. Noch viel, viel mehr ist nötig, wenn die ganze Nation in einen Prozeß der Aufarbeitung von Vergangenheit involviert ist, vor allem wenn eine solide moralische Tradition fehlt.

Wir stehen ständig vor neuen Problemen, die immer wieder moralische Entscheidungen von uns verlangen. Sie gehören schon zum Alltag, und die Entscheidung fällt

oft sehr schwer. Viele von uns ziehen es vor, dem zu entgehen und sich im Schatten des paternalistischen Staates, des omnipotenten Führers oder ideologischen Dogmas zu verstecken. Solche Menschen fühlen sich bei jeder unerwarteten Wende der Ereignisse sehr unwohl, wenn dieser Schatten verschwindet und sie nackt und ungeschützt dem eisigen Wind der Veränderung ausgesetzt sind. Dann ist die Erinnerung an die Vergangenheit für diese Menschen wie eine Decke, die sie einhüllt und vor der Kälte der Gegenwart schützt. Das ist zugegeben eine banale Erklärung, aber das selektive Verhalten unseres Gedächtnisses ist eines der verbreitetesten Phänomene in der Welt.

Wenn wir je in der Lage sind, die Probleme der Neubewertung unserer Vergangenheit zu lösen, werden die folgenden Generationen wahrscheinlich in Frieden und Würde leben, weil das, woran wir in unserer Vergangenheit festhalten, für die Zukunft, die wir anstreben, entscheidend ist, auch wenn dies unbewußt geschieht. In vielen Regionen jedoch, auch in einigen europäischen Ländern, verhallt der Ruf nach einer Aufarbeitung der Vergangenheit ungehört. Es ist eine schockierende Erfahrung zu erleben, wie Dinge, an denen man so lange Zeit festgehalten hat, zu stinken beginnen, weil sie verfault, tot und für die Zukunft verhängnisvoll sind.

Im 17. Jahrhundert, als die Große Pest in weiten Teilen Europas wütete, hielten in London jeden morgen Karren, beladen mit den in der Nacht verstorbenen Leichen vor jedem Haus, und der Kutscher rief: „Bringt eure Toten heraus! ... Bringt eure Toten heraus!...“ Und das ist der eigentliche Sinn unseres Appells, bringt eure Toten heraus! Aber wie so oft erkennen die Menschen nicht die tödliche Gefahr der Seuche moralischer Taubheit, sie klammern sich an verfallene Bilder und Ideen.

Vor kurzem war ich auf einer Konferenz in Estland, wo rund 40% der Bevölkerung nicht Esten sind, die meisten davon Russen. Das Thema der Konferenz war dem unseren hier sehr ähnlich. Es lautete: „Integration durch Versöhnung“. Schritt für Schritt näherten wir uns dem Hauptproblem: ist Versöhnung in einer post-imperialen Welt überhaupt möglich? Versöhnung bedeutet Vergebung, doch ohne Reue kann es keine Vergebung geben. Bereuen zu können bedeutet, die Vergangenheit aufarbeiten zu können.

In meinem damaligen Vortrag berichtete ich den Teilnehmern von meiner Erfahrung in Deutschland. Ich erzählte ihnen von der Organisation „Aktion Sühnezeichen“, deren meist junge Mitglieder freiwillig in den Ländern arbeiten, in denen deutsche Soldaten während des Zweiten Weltkrieges einmarschiert waren. Sie helfen beim Bau von Krankenhäusern, Bildungszentren, Gedenkstätten und arbeiten dort. Als ich sah, wie viele junge Deutsche fünfzig Jahre nach dem Krieg bereit sind, freiwillig und unentgeltlich zu arbeiten, um die Sünden ihr Urgroßväter und Großväter wiedergutzumachen, empfand ich Bewunderung und eine tiefe Bitterkeit zugleich. Bewunderung, weil ich sah, daß es dem deutschen Volk, trotz einer zwölf Jahre dauernden Wahnsinnsherrschaft der Nazis, gelungen ist, moralisch gesund zu bleiben, und daß der Antimilitarismus der meisten Deutschen auf festen moralischen Grundlagen ruht. Bitterkeit, weil ich wußte, daß mein eigenes Volk noch viel zu weit davon entfernt ist, Bereitschaft zur Buße an den Menschen zu zeigen, denen sie Unrecht getan haben, sich aufrichtig bei den Völkern zu entschuldigen, deren Leben wir mit dem Soldatenstiefel zertrampelt haben.

Wir wissen von den in Deutschland aktiven Neonazigruppen, aber wir wissen auch, daß sie eindeutig in der Minderheit sind, daß die Menschen sie mißbilligen und verurteilen. Ich muß Ihnen sagen, daß in dieser Hinsicht die Situation in meinem Land viel schlimmer ist. Die Veranstalter dieser Konferenz hatten uns um eine Antwort auf die Frage gebeten: „Was können wir zur Förderung einer Charta Memoriae und zur Entwicklung erinnerungspolitischer Standards tun?“ Nun, ich denke, daß die deutschen Gesetze, wonach die öffentliche Leugnung der vom ehemaligen Verbrecherregime begangenen Greueltaten strafbar ist, in die internationalen Rechts- und Menschenrechtsdokumente aufgenommen werden sollten.

Nicht, daß eine Versöhnung im Falle Rußlands generell nicht möglich wäre. Anfang der 90er Jahre schien sie bereits in greifbarer Nähe. Am 11. November 1992 besuchte Boris Jelzin Ungarn und hielt vor dem ungarischen Parlament eine Rede, die meiner Ansicht nach seine brillianteste politische Rede war. Er räumte ein, daß die größte Bedrohung für die Sicherheit und Stabilität in Europa von den früheren kommunistischen Ländern ausgehe, und er brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, es gebe kein Zurück von der Strategie der politischen und wirtschaftlichen Reform. Er ließ keine Zweifel daran, daß Rußland den Beitritt in die Europäische Gemein-

schaft anstrebt. Schließlich sprach das russische Staatsoberhaupt zum ersten Mal in unserer Geschichte die Notwendigkeit an, so wirksame Werkzeuge für den Fortschritt zu schaffen wie das Forum für Gewissen, Reue und Vergebung. Dabei handelte es sich um ein vom Präsidenten und der Regierung für die Zukunft geplantes Programm.

Nach seiner Rückkehr jedoch stieß Jelzin im Parlament auf heftigen Widerstand gegen dieses Programm, wo zu diesem Zeitpunkt die Anhänger von „Rußlands eigenem Weg“, der erneuten Isolation des Landes von der zivilisierten Welt, wieder die Oberhand gewannen. Die Abgeordneten weigerten sich, den vom Präsidenten unterzeichneten Freundschaftsvertrag mit Ungarn zu ratifizieren und übten scharfe Kritik an allen Punkten des genannten Programms. Ihnen schlossen sich auch einige Personen aus der engsten Umgebung des Präsidenten an. Der Widerstand war so stark, daß Boris Jelzin sich ihm beugte und einen Rückzieher machte. Damit begann sich die russische Innen- und Außenpolitik negativ zu verändern, was uns drei Jahre später in den Tschetschenienkrieg führte.

Nun, für Reue ist es nie zu spät, und Versöhnung ist immer noch möglich, doch für Rußland wie für viele andere Länder ist dies ein langer und steiniger Weg. Schlechte Gewohnheiten sind hartnäckig, und nationaler Chauvinismus hält sich wohl am längsten, fürchte ich. Anders als das deutsche Reich hat das russische Reich keine totale Niederlage in einem Krieg erlitten, der in der heutigen Zeit ein nuklearer Alptraum gewesen wäre. Seine Tage waren einfach gezählt, und so brach es zusammen. Danken wir unserem Herrn, daß es das Ergebnis einer Evolution und nicht einer Revolution war, daß es nicht mit einem großen Blutvergießen verbunden war. Doch dann dürfen wir auch keine Wunder erwarten, zum Beispiel eine plötzliche moralische Genesung von Menschen, die über siebzig Jahre lang die europäische Tradition nicht miterlebt haben. Anders als im Nachkriegsdeutschland gab es keine neuen strengen politischen und moralischen Richtlinien für die nachfolgende Generation. Es wird Jahrzehnte dauern, den Menschen eine neue Richtung und moralische Führung zu geben, die wir erst noch finden müssen. Moses führte sein Volk 40 Jahre durch die Wüste, bis der Prozeß der Rehabiliterung, wie wir heute sagen würden, abgeschlossen war. Hoffen wir, daß es im postsojwetischen Rußland nicht so lange dauert.

Die Russisch Orthodoxe Kirche ist in dieser Hinsicht keine Hilfe. Wie Sie sicherlich wissen, torpediert sie alle Bemühungen anderer Konfessionen um eine Förderung der ökumenischen Bewegung in Rußland und sträubt sich gegen alle Initiativen aus Europa, die in diese Richtung gehen. Die Säuberungsaktionen im sowjetischen Mittelalter waren so gründlich, daß kein Mitglied der heutigen orthodoxen Kirchenhierarchie die Werte teilt, die wir als allgemein gültig bezeichnen. Im Gegenteil, sie predigen einen Isolationismus, der viele Priester dazu ermutigt, sich den extrem rechten Bewegungen anzuschließen. Es ist schon paradox, daß, wenn es darum geht, den in der christlichen Tradition so tief verwurzelten Grundsatz der Reue und Vergebung auf nationaler Ebene zu verwirklichen, er von einer der größten christlichen Kirchen abgelehnt wird.

Trotzdem ist, wie ich schon sagte, eine Aufarbeitung der Vergangenheit und Versöhnung meines Landes mit anderen Nationen möglich, wie einige der jüngsten Entwicklungen zeigen. Die jetzige russische Regierung versucht alles, um den Institutionen der Europäischen Union beizutreten. Seit mehr als zwei Jahren ist Rußland Mitglied des Europarates. In diesem Jahr hat das russische Parlament endlich die europäische Menschenrechtskonvention ratifiziert. Die russische Regierung hat eine Angleichung an internationale Rechtsnormen und die Einhaltung der Grundfreiheiten und Bürgerrechte zugesagt. Als Mitgliedsstaat ist Rußland vor der europäischen Gemeinschaft über die Förderung der Menschenrechte im Land rechenschaftspflichtig. Vor allem die erfolgreiche Einführung von Menschenrechtsdefinitionen wird möglicherweise dazu beitragen, daß die Menschen die Notwendigkeit einsehen, ihre Vergangenheit neu zu bewerten und mit der neuen Wirklichkeit zurechtzukommen.
Zugegeben, die Bürgerrechtsbewegung in Rußland ist noch schwach und unorganisiert, und die Regierung - belastet durch ihre jahrhundertealte Tradition, alles zu kontrollieren, was da kreucht und fleucht - versucht, sie zu zähmen und ihren eigenen offiziellen Menschenrechtskommissionen einzuverleiben. Diese Kommissionen konzentrieren sich eher auf die soziale Sicherung, und ignorieren dabei die von der Regierung selbst begangenen Verletzungen von Grundrechten. Zugegeben, die Regierung verletzt oft die Gesetze des Landes in Menschenrechtsfragen und ist nicht allzu erpicht auf die Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen. So erklärte beispielsweise der neue Justizminister vor fünf Tagen, daß die Abschaffung der Todesstrafe in Rußland in absehbarer Zukunft nicht möglich sei.

Letzten Monat wählte das Parlament den kommunistischen Hardliner Oleg Mironov zum parlamentarischen Ombudsmann. In einem Fernsehinterview direkt nach seiner Wahl kündigte Mironov an, daß er zwar seine Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei aufgeben werde (was das Protokoll vorschreibt), seine langjährige Vergangenheit als Kommunist ihm aber helfen werde, „seine Pflicht als Ombudsmann korrekt zu erfüllen“. In einem anderen Interview eine Woche später sagte er, die Gefolgsleute und Opfer Stalins seien gleichermaßen verantwortlich für „alles, was damals passierte“, es habe keinen Sinn, in der Vergangenheit herumzustochern - und so denkt die Mehrheit im Parlament über eine Aufarbeitung der Vergangenheit. Diese Ernennung könnte dazu führen, die eigentliche Bedeutung von Ombudsmann in Mißkredit zu bringen und sogar herabzuwürdigen. Der nächste Schritt wäre dann der Auftritt eines nationalen Ombudsmanns im Irak, Iran oder in Nordkorea.

Und doch führt der einzige Weg, wie die post-sowjetischen Gesellschaften ihre Vergangenheit durch die Brille moralischer Werte sehen können, über eine aktive Förderung der Menschenrechte und Bildung auf diesem Gebiet. So ist beispielsweise die Anwendung des Rechts auf Zugang zu Informationen von höchster Bedeutung, weil die mangelnde Bereitschaft zu einer Aufarbeitung der Vergangenheit weitgehend auf Unwissenheit beruht. Mangelndes Verständnis für das Leid anderer trägt ebensoviel zu einem solchen Unwillen bei, und hier kann einzig eine systematische Bildung Abhilfe schaffen. Ich wiederhole nochmals, dies bedeutet jahrelange harte Arbeit, aber wir arbeiten heute wirklich nicht für uns, sondern für das Wohl unser Kinder und Enkelkinder. Gott bewahre sie davor, diesen Prozeß noch einmal von ganz vorne beginnen zu müssen.

Bronislaw Czaplicki

Die Wiederherstellung der Erinnerung. Die Arbeit der Kommission „Neue Märtyrer“ im europäischen Teil Rußlands

Im Rahmen der Vorbereitungen auf die Feiern des Großen 2000-jährigen Jubiläums wurden im Vatikan verschiedene Kommissionen und Sekretariate geschaffen. Unter ihnen ist auch die Kommission „Neue Märtyrer“. Grundlage ihrer Tätigkeit ist Punkt 37 des Apostolischen Sendschreibens Papst Johannes Paul II. „Tertio millennio adveniente“. Es lohnt sich, die Argumentation des Heiligen Papstes vorzustellen. „Die Kirche des ersten Jahrtausends wurde aus dem Blut der Märtyrer geboren: ‚Sanguis martirum - semen christianorum’. Die historischen Ereignisse, die mit Konstantin dem Großen verbunden sind, hätten den Kirchen niemals den Weg gewährleistet, den sie im ersten Jahrtausend gegangen ist, wenn nicht die Saat der Märtyrer und das Erbe der Heiligkeit, das die erste christliche Generation charakterisierte, gewesen wären. Am Ende des zweiten Jahrtausends wurde die Kirche wieder eine Kirche der Märtyrer. Die Verfolgung der Gläubigen - Priester, Mönche, Nonnen und einfacher Menschen - brachte eine reiche Saat an Märtyrern in verschiedenen Teilen der Welt hervor. Das Zeugnis, das durch Christus erbracht wurde, bis zum Zeugnis durch das Blut, wurde zum Allgemeingut von Katholiken, Orthodoxen, Anglikanern und Protestanten, wie noch Pavel VI. in der Predigt zur Heiligsprechung der Märtyrer Ugandas bemerkte.

Dieses Zeugnis darf nicht vergessen werden. Ungeachtet der großen organisatorischen Schwierigkeiten sammelte die Kirche der ersten Jahrhunderte Zeugnisse der Märtyrer im Martyrolog. Diese Martyrologien sind von Jahrhundert zu Jahrhundert ständig erneuert worden, und in der Liste der heiligen und seligen Kirchen sind die Namen nicht nur derjenigen verzeichnet, die Blut für Christus vergossen haben, sondern auch von Lehrern des Glaubens, Missionaren, Beichtvätern, Bischöfen, keuschen Jungfrauen, Ehegatten, Witwen und Kindern.
In unserem Jahrhundert tauchten wieder Märtyrer auf - oft unbekannte, ähnlich dem „Unbekannten Soldaten“ der großen Sache Gottes. Wir müssen uns mit allen Kräften bemühen, ihr Zeugnis für die Kirche nicht zu verlieren. Wie auf der Konsistorialversammlung vorgeschlagen wurde, sollten die Ortskirchen das Mögliche tun, damit die

Erinnerung an diejenigen nicht in Vergessenheit gerät, die ein Märtyrium auf sich genommen haben, und dafür die notwendigen Informationen sammeln. Ein stark ausgeprägter ökumenischer Charakter wird unvermeidlich sein. Die Ökumene der Heiligen, der Märtyrer überzeugt mehr als irgendeine andere. Die Stimme der communio sanctorum (der Gemeinschaft der Heiligen) ist stärker als die Stimmen der Schuldigen an der Trennung. Dem Martyrologium der ersten Jahrhunderte lag der Heiligenkult zugrunde.“ (Tertio millennio adveniente, N° 37).

Der Papst unterstreicht, daß die große Zahl der Heiligen und Märtyrer in den ersten Jahrhunderten und in unserer Zeit zeigt, daß die Kirche lebendig ist, daß der Erlöser, der vor 2000 Jahren auf die Welt kam, auch heute wirkt und den Christen verschiedener Rassen und Sprachen die Kraft des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe gibt. Die Martyrologien müssen erweitert werden, um der Welt die zeitgenössischen Märtyrer zu zeigen, und unter ihnen besonders die einfachen Gläubigen.

Zu den grundlegenden Aufgaben der Kommission „Neue Märtyrer“ gehören die Informationen, welche von den Kommissionen des Vatikans an die Diözesen verschickt wurden. Dazu zählen folgende:

1. Die Erarbeitung eines Martyrologs im erweiterten Sinne (Liste von Märtyrern des XX. Jhdts.), der sich vom Römischen Martyrolog unterscheidet.
   Die Aufgabe der Kommission besteht darin, Zeugnisse für ein künftiges Gedenken an diejenigen zu sammeln, die in unserem Jahrhundert unter Bedingungen des Hasses gegen den Glauben Blut vergossen haben.

2. Die Ehrung der neuen Märtyrer.
   Die Kommission schlägt vor, daß im Rahmen des Jubiläumsjahres in Rom und in den Ortskirchen verschiedenartige Gedenkfeiern durchgeführt werden, die die Ehrungen der neuen Märtyrer unterschiedlicher Glaubensbekenntnisse miteinander verbinden könnten. Diese Tätigkeit unterscheidet sich von den Prozessen der Seligsprechung und der Heiligsprechung.

3. Eine Liste der Märtyrer des XX. Jahrhunderts.

   Die Kommission des Vatikans möchte bis zum Jahr 2000 einen Martyrolog im erweiterten Sinne herausgeben (Liste). In ihn sollen die Namen derjenigen eingehen, die im XX. Jahrhundert für Christus, für den Glauben ihr Leben gaben (Blut vergossen), aber nicht zu den Seligen und Heiligen gezählt werden. Die Kommission möchte unter Beteiligung der Diözesen und Orden diese Liste um die Märtyrer anderer Konfessionen als Zeugen eines gemeinsamen Glaubens an Christus ergänzen. Es ist vorgesehen, die grundlegenden Daten über jeden Märtyrer, versehen mit Dokumenten, zu veröffentlichen. Die Kommission arbeitet unabhängig von der Kongregation für Angelegenheiten der Heiligen. Der Beginn eines beliebigen Prozesses hängt nicht von der Kommission ab, sondern bleibt in der Kompetenz der Diözesen, welche aus den zu der Liste Zählenden ebenso Kandidaten für den Prozeß der Materialsuche auswählen können, entsprechend dem Kanonisationsrecht.

4. Wer soll auf die Liste kommen?

   Die Kommission setzt die katholische Doktrin ins Verhältnis zum Märtyrertum. Märtyrertum ist die Offenbarung der Tugend des Glaubens. Ein Märtyrer bezeugt sogar bis zum Tod. Er geht in den Tod, weil er mit Christus durch die Liebe verbunden ist, er glaubt, daß Christus, der Gestorbene und Auferstandene, auch ihn wieder zum Leben erweckt. Es soll daran erinnert werden, daß Märtyrertum nicht nur Heldentum ist, sondern auch die Gabe göttlicher Glückseligkeit.

5. Auf welche Weise werden die Informationen zusammengetragen?

   Die nationalen Komitees sollen folgende Daten sammeln:

   a) kurze biographische Stichpunkte, die die grundlegenden Lebensdaten des betreffenden Märtyrers einschließen,
   b) Beschreibung des Fakts des Märtyrertums. Der Tod muß im Ergebnis von Qualen eingetreten sein, die für den Glauben erlitten wurden. Folglich wird auch derjenige als Märtyrer anerkannt, der in Freiheit starb, aber in direkter Abhängigkeit von den erlittenen Repressionen. Als Märtyrer gilt auch jener, der infolge der Verteidigung christlicher Werte gelitten hat, nicht nur im direkten Sinn für den Glauben an Gott.

c) Darlegung des antichristlichen Charakters des gegebenen Repressionssystems.

Welche Bedeutung hat die Kommission „Neue Märtyrer“?

Hauptaufgabe der Kommission ist das Sammeln von Dokumenten über aus Glaubensgründen Repressierte in den Jahren der Sowjetmacht. Hunderttausende repressierter Katholiken starben in stalinistischen Lagern und in der Verbannung. Oft sind weder ihre Namen, noch die Bestattungsorte bekannt, häufig sind ganze Familien umgekommen, und deshalb gibt es heute niemanden, der sich um die Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit bemüht, um die Rehabilitierung der Toten, um das Auffinden des Bestattungsortes. Das atheistische staatliche Repressionssystem strebte die vollständige Vernichtung der Geistlichkeit und die Ausmerzung des religiösen Bewußtseins an, unabhängig von der konfessionellen Zugehörigkeit. Die Massengräber vereinigten Gläubige verschiedener Konfessionen. Die Arbeit der betreffenden Kommission führt zur Anerkennung des großen Wertes von Leiden und Tod für den Glauben an Gott, was als Vorbild wirken soll, um nachfolgende Generationen von Christen zu stärken.

Kurze Übersicht über die Geschichte der Katholischen Kirche in Rußland

Als die Kiever Rus das Christentum annahm, existierte noch keine formale Teilung in eine West- und eine Ostkirche. Ungeachtet der darauffolgenden Teilung verfügte die Rus faktisch immer über Kontakte zum westlichen Christentum. Eine ausführliche Darstellung der Rolle der Katholiken in der Geschichte des russischen Staates ist nicht das Ziel dieses Referates. Es kann aber versichert werden, daß nur ein geringer Teil der Katholiken, die sich in Rußland befanden, freiwillig dorthin gekommen waren, besonders als Kaufleute oder Spezialisten. Die größte Gruppe der aus wirtschaftlichen Gründen nach Rußland Eingewanderten bildeten die Deutschen, die in der Zeit Katharinas II. in sogenannte freie Ansiedlungen eingeladen wurden und Land an der Wolga, am Ufer des Schwarzen Meeres und später auch in anderen Regionen Rußlands erhielten. Aber sie stellen nur einen Teil der russischen Katholiken dar. Sie sind diejenigen, die nach Rußland kamen. Zu den anderen kam Rußland infolge der Grenzerweiterungen. Es sind jene, die sich unfreiwillig in Rußland

befanden, aber unter ihnen waren Millionen von Katholiken, die sich darum bemühten, die existierende Ordnung zu verändern. Auf diese Weise gerieten Hunderttausende von Katholiken infolge von Aufständen und ihrer grausamen Niederschlagung in Gouvernements, in denen ihre Vorfahren nicht gelebt hatten. Die stärksten von ihnen beteiligten sich an der kulturellen Entwicklung dieser Orte, organisierten ein religiöses Leben. Katholische Priester, sowohl Verbannte als auch Freiwillige, eilten zur geistlichen Unterstützung zu ihnen. Es gab auch eine ökonomische Migration von Katholiken innerhalb des russischen Imperiums. Auch wurden Rekruten aus katholischen Gebieten zum Dienst in den Kaukasus, nach Mittelasien und Sibirien einberufen. Kapellane waren polnische Priester, häufig auch Deportierte. Die natürliche oder gewaltsame Migration ins zaristische Rußland berührte im Wesentlichen nicht die deutsche Bevölkerung, die in den Kolonien lebte. Dieser Umstand erlaubte es, religiöse und nationale Werte zu bewahren.

Die katholische Kirche besaß im Unterschied zur staatlichen orthodoxen Kirche den Status eines ausländischen Glaubensbekenntnisses, sie war eine Konfession der Toleranz, obwohl der Staat sich wiederholt bemühte, diese Kirche vollständig zu unterwerfen und die Kontakte zum Vatikan und zu anderen Zentren einzuschränken. Die griechisch-katholische Kirche wurde in Rußland bereits in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts vollständig liquidiert. Die provisorische Regierung gab allen Glaubensbekenntnissen volle Freiheit, was die Bolschewiki auch bestätigten. Als was sich diese Freiheit in Sowjetrußland herausstellte, bezeugt mein Vortrag.

Das Dekret der Volkskommissare vom 23. Januar 1918 über die Trennung von Kirche und Staat und sowie Schule und Kirche verkündete die Gewissensfreiheit und die Gleichberechtigung aller Glaubensbekenntnisse. Aber die Geistlichkeit und der Adel wurden aller Bürgerrechte beraubt, d.h. auch der Lebensmittelkarten. Die orthodoxe Kirche verurteilte sofort dieses Dekret, die katholische, die zur Zarenzeit keine vollen Rechte besaß, betrachtete es mit Hoffnung. Selbst Kommunisten betonten das Leiden der Katholiken unter der Zarenherrschaft, sowohl im religiösen, als auch im nationalen Sinne. Aber alles klärte sich schnell auf. Die Instruktion vom 30. September 1918 stellte alle Punkte auf. Das Vermögen aller Kirchen wurde nationalisiert. Zu dieser Instruktion fügten die kommunalen Verwaltungen ihre Anordnungen hinzu. Alle Kirchen wurden des Rechts der juristischen Person beraubt, die Kirche

und kirchliche Gegenstände konnten zur Nutzung der registrierten Gemeinde abgegeben werden. Das Dekret vom 3. August 1922 schränkte diese Rechte noch mehr ein. Um das Recht zu erhalten, als Gemeinde zu existieren, sollten sich zwanzig Menschen mit der Bitte um Registrierung an die Verwaltungsorgane wenden, die immer irgendeinen Grund zur Absage finden konnten. Eine bereits registrierte Gemeinde hatte nicht den Status einer juristischen Person, aber sie war verpflichtet, ein Exekutivkomitee zu wählen mit der Zusammensetzung: Vorsitzender, Sekretär, Kassierer, Revisionskommission. Nach der Registrierung hafteten diese Zwanzig für die Kirche und ihr Vermögen und konnten die Geistlichen einstellen. Der Staat hatte alle Möglichkeiten, Einfluß auf die Zwanzig zu nehmen, sie zu manipulieren, einzuschüchtern und seine Spitzel einzuschleusen.

Die Verfassung der RSFSR, die sich einige Male änderte, garantierte die Freiheit des Gewissens und der antireligiösen Propaganda. Die religiöse Unterweisung von Kindern unter 18 Jahren wurde verboten, ebenso wie sämtliche religiöse Massenversammlungen (mit mehr als zwanzig Teilnehmern) zu Hause. Die atheistische und antireligiöse Propaganda wurde mit großer Kraft durchgeführt. Dafür wurde die Union der Kämpferischen Atheisten („Sojuz Voinstvujuscich Bezboznikov“) geschaffen.

1929 wurden den der bürgerlichen Rechte Beraubten Rechte zurückgegeben, aber in dieser Zeit befand sich nur noch eine geringe Zahl von Priestern in Freiheit.

Zu den ersten Zusammenstößen der katholischen Geistlichkeit mit der bolschewistischen Macht kam es wegen der Einmischung letzterer in kirchliche Angelegenheiten. Die Geistlichkeit unter dem Oberhaupt des Metropoliten Ropp verweigerte die Unterzeichnung von Verträgen über die Nutzung von Kirchen, weil sie meinten, daß die Kirchen und ihr Vermögen, das über Jahre durch Spenden der Gläubigen gesammelt wurde, zum äußersten Eigentum der Kriche gehört. Die Kirchenvertreter suchten Unterstützung im Ausland, aber das wurde in der Folge zu einer der Hauptanschuldigungen. Einfache Gläubige entwickelten auch Initiative und organisierten sich in Räten. Diese Räte erinnerten zu stark an das im Lande Geschehene und riefen deshalb Befürchtungen der Geistlichkeit hervor.

1919 wurden Metropolit Ropp und viele St. Petersburger Priester festgenommen. Die zahlreichen Proteste der Gläubigen hatten den Effekt, daß der Erzbischof ausgewiesen wurde. Die Leitung der Diözese Mogilev wurde zu einer schweren Bürde für Erzbischof Cepljak. Die Verweigerung der Unterzeichnung der Verträge über die Nutzung der Kirchen, das Beharren auf den Rechten der Kirche, wozu auch das Recht zur Unterweisung der Kinder im Gesetz Gottes gehört, führte zur Verhaftung Erzbischof Cepljaks. Wieder kam es zu Protesten von Katholiken, zu Meetings.

Nach dem Abschluß des Friedensvertrages mit Polen am 18. März 1921 reisten viele Katholiken - Polen, Litauer, Letten - zurück in die historische Heimat. Die Gemeinden verloren ihre aktivsten Mitglieder.

1921 brach vor allem in Zentralrußland eine mächtige Hungersnot aus. Die gesamte katholische Welt mit Papst Benedikt XV. begann, Hilfe zu organisieren. Dabei beteiligten sich aktiv der formale Verweser der russischen Diözese, Erzbischof Ropp, der in Polen lebte, und der Bischof der Diözese Tiraspol', Josef Kessler, der nicht zurückkehren konnte zu seiner hungernden Gemeinde, sich aber bemühte, materielle Hilfe für die Hungernden zusammenzutragen. Die Verhandlungen zogen sich lange hin, und erst am 12. März 1922 wurde ein Vertrag unterzeichnet, auf dessen Grundlage die Mission des Vatikans zur Hungerhilfe ihre humanitäre Arbeit beginnen konnte. Infolge der Zusammenarbeit mit dieser Mission wurden Kommunisten der Spionage beschuldigt.

Ende 1921 begann die Aktion zur Konfiszierung kirchlicher Wertgegenstände unter dem Vorwand, Hilfe für die Hungernden zu organisieren. Aber das war nicht der wahre Anlaß, weil der Vatikan und die Weltöffentlichkeit schon früher bereit waren, Hilfe zu leisten. Gläubige zahlreicher sowohl orthodoxer als auch katholischer Gemeinden hatten Geld gesammelt mit dem Ziel, die kirchlichen Wertgegenstände zu retten, und waren bereit, eigene Kostbarkeiten abzugeben. Priester und Gemeindeglieder verteidigten, so gut es ihnen möglich war, die Kirchen und ihr Eigentum. Die Nachricht, daß der Papst in Rom bereit sei, alle Wertgegenstände einzulösen, wurde von den Bolschewiki nicht aufgehalten.

Die harte Opposition gegen die Sowjetmacht, die Verweigerung, Verträge über die Verpachtung von Kirchen zu unterschreiben, und die Behinderung der Konfiszierung kirchlicher Wertgegenstände führte zur Verhaftung Erzbischof Cepljaks und vieler Priester. Im März 1923 wurde in Moskau der Prozeß gegen den St. Petersburger katholischen Klerus durchgeführt. Erzbischof Cepljak und Dekan Budkevic wurden zum Tode verurteilt, andere Priester zu unterschiedlich langen Freiheitstrafen. Budkevic wurde erschossen, der Erzbischof gegen Kommunisten nach Polen ausgetauscht.

In den folgenden Jahren wurden die Festnahmen von Priestern und sie unterstützenden Gläubigen fortgesetzt. Der Anlaß für eine Verhaftung konnte beliebig sein, sehr oft wurde irgendeine Sache vorbereitet, um Anklage wegen Spionage und antisowjetsicher Tätigkeit erheben zu können. Viele wurden beschuldigt, ihren Kindern christlichen Unterricht zu erteilen.

Nach dem I. Weltkrieg wurden die Grenzen der Diözese geändert. Ein Teil der Geistlichkeit der früheren riesigen Kirchenprovinz Mogilev befand sich in Polen und Lettland.

Aber noch 1923 waren 137 Priester an ihren Plätzen geblieben (einige von ihnen befanden sich in Gefangenschaft). Etwa genauso viele waren es auch in der Diözese Tiraspol'. Und es gab noch die Diözesen Zitomir und Kamenezk und die Verwaltung für die Armenier und das griechisch-katholische Exarchat. Alle diese Priester erlitten Repressionen. Einige Verurteilte und Inhaftierte hatten das Glück, befreit und nach Polen, Litauen oder Lettland ausgetauscht zu werden. Am hoffnungslosesten war das Schicksal der deutschen und russischen Priester. Die Repressionen berührten alle Kirchengemeinden in der Sowjetunion. Lediglich die französische Kirche in Moskau und Leningrad sowie die Kirche in Tbilissi konnten der Schließung entgehen.

Das Jahr 1938 überlebten nur einige Priester, die sich in dieser Zeit in Gefängnissen befanden. Inhaftiert wurden nicht nur Priester. Auch Mönche, Nonnen und einfache Gläubige wurden in Angelegenheiten der Priester verhaftet, um zu beweisen, daß die Priester antisowjetische Organisationen gegründet hatten. Eine besonders hervorragende Festigkeit im Glauben bezeugten die wiederholten Festnahmen und Verban-

nungen der Terciarki-Schwestern des östlichen Ordens. Ebenso muß das Heldentum vieler einfacher Gläubiger unterstrichen werden, die Priester schützten, die ihnen an die Orte von Haft und Verbannung Lebensmittel schickten oder brachten. Gefängnisse und Lager füllten sich nach 1939 wieder mit Angehörigen des katholischen Klerus und einfachen Gläubigen, ab dem Moment der Besetzung Ostpolens sowie der baltischen Länder durch die Sowjetunion, und nochmals nach 1945, als die griechisch-katholische Kirche in der Ukraine liquidiert wurde.

Das neue sowjetische Imperium trug unbeabsichtigterweise zur Bewahrung der katholischen Kirche bei. Katholiken suchten geistliche Unterstützung in wenigen existierenden Kirchengemeinden in der Ukraine, Weißrußland und ebenso im Baltikum. Auch in Mittelasien und Sibirien gelang es einigen befreiten Priestern, katholische Gemeinden zu gründen oder sie illegal zu unterhalten.

Die Schaffung der Kommission „Neue Märtyrer“ in der Apostolischen Verwaltung des europäischen Teils Rußlands

In der heutigen Zeit ist die Lage der katholischen Kirche auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion kompliziert. Während der Perestrojka konnte sie ihre Struktur wiederherstellen, aber der territoriale Zerfall des Landes führte zu ihrer administrativen Teilung. Die Wiederbelebung des kirchlichen Lebens in den ehemaligen Republiken, jetzt aber unabhängigen Staaten, bereitet riesige Schwierigkeiten: es ist notwendig, die Gemeinden wiederherzustellen, Kirchen zurückzubekommen oder neu zu bauen, das Gemeindeleben zu organisieren, Ministranten vorzubereiten usw. Unter diesen Bedingungen haben die Ortskirchen nicht genügend Möglichkeiten, gemeinsam ihre Geschichte und detailliert die tragische Periode der Verfolgung zu erforschen. Aber diese Fragen sollten möglichst gemeinsam geklärt werden. Solche Themen wie das Entdecken und Sammeln von Dokumentationsmaterial über die neuen Märtyrer, methodologische Fragen der Auswahl von Dokumenten und Erinnerungen, das Prinzip der Systematisierung des Materials und das Verfassen des Martyrologs müssen gemeinsam erörtert werden, und es muß ein Koordinierungszentrum für alle Staaten der ehemaligen Sowjetunion geben. Heute gehören die Orte, die früher dem Einheitsstaat gehörten, verschiedenen Staaten und Diözesen. Und es gibt eine Reihe von Fragen, deren Lösung nur auf der Ebene des Erzbistums erfol-

gen kann. Zum Beispiel ist es bei der Erforschung des Schicksals eines Märtyrers heute schwer zu sagen, zu welcher Diözese und zu welchem Land er zu zählen ist. Was soll der bestimmende Faktor bei der Lösung dieser Frage sein: der Geburtsort, der Haft- oder Untersuchungsort, der Ort der Gefangenschaft bzw. Verbannung oder der Ort des Todes?

Aber ungeachtet dessen, daß solch ein Zentrum gegenwärtig nicht existiert, ist es notwendig, alles zugängliche Material über die neuen Märtyrer zu sammeln und die Zusammenarbeit mit analogen Kommissionen zu entwickeln, die in Weißrußland und Sibirien geschaffen wurden.

Jetzt gestatten Sie mir, einige Worte darüber zu sagen, wie die Arbeit der Kommission „Neue Märtyrer“ im europäischen Teil Rußlands begann.

Vor einigen Jahren begann ich, während ich Gemeindevorsteher einiger wiederaufgelebter Gemeinden im Kaukasus war, Informationen über das Leben und den Tod des ehemaligen Gemeindevorstehers von Vladikavkaz, Vater Antonij Cervinskij zu sammeln, der 1938 erschossen wurde. Auf der Grundlage von Erinnerungen, die seine ehemaligen Gemeindeglieder zusammengetragen hatten, machte ich mich daran, andere von der Notwendigkeit seiner Seligsprechung zu überzeugen. Weil die ersten Schritte bereits getan waren, stellte ich Kontakte mit Spezialisten auf diesem Gebiet her. Daraufhin verstand ich, daß es um vieles einfacher wird, wenn der Prozeß der Seligsprechung ein Gruppenprozeß ist. Mir wurde klar, daß alle historischen Dokumente gesammelt werden müssen, die die katholische Kirche in Rußland betreffen. Im März 1996 fand ein Treffen der Kommission zur Vorbereitung des Großen Jubiläums statt. Auf diesem Treffen wurde ich beauftragt, die Leitung der historischen Unterkommission zu übernehmen. Das Programm für die Tätigkeit dieser Unterkommission schickte ich mit dem Vorschlag einer Zusammenarbeit an alle Gemeinden, und einige von ihnen äußerten sich dazu. Aber diese Arbeit fortzusetzen, war sehr schwierig, weil unter meiner Fürsorge damals die Kaukasusregionen mit ihren Problemen standen.

Während ich begann, Material über meinen Vorgänger aus Vladikavkaz zu sammeln, erfuhr ich, daß Vater Roman Dzwonkowski, Professor der Katholischen Universität

Lublin in Polen, SAC, dem ich für die geleistete Hilfe bei der Arbeit und die moralische Unterstützung sehr dankbar bin, sich schon lange mit diesem Thema beschäftigt. Die Frucht jahrelanger Suche und mühsamer Forschungsarbeit Romans sind zwei Bände zur modernen Geschichte der katholischen Kirche in der UdSSR, die 1997 und 1998 in Lublin erschienen sind (R. Dzwonkowski, Kosciol katolicki w ZSSR, 1917-1939, Zarys historii, Lublin 1997; tenze, Losy duchowienstwa katolickiego w ZSSR, 1917-1939, Martyrologium, Lublin 1998). Von besonders großem Interesse ist für uns der zweite Band dieser Veröffentlichung, der auf der Grundlage der Analyse von umfangreichem Dokumentenmaterial geschrieben wurde. Für die Arbeit an dem Buch wurden Dokumente aus verschiedenen Archiven in Polen, Frankreich, Italien, aus dem Vatikan und der ehemlaigen Sowjetunion herangezogen. Dank der Zusammenarbeit Romans mit russischen Historikern, besonders mit Forschern aus dem Moskauer Wissenschaftlichen Informationszentrum von „Memorial“, erhielt er die Möglichkeit, Dokumente und Prozeßakten für die Arbeit zu nutzen, die in staatlichen und behördlichen Archiven von St. Petersburg, Moskau, Sibirien, in der Ukraine, Weißrußland, Kasachstan u.a. aufbewahrt werden.

Die die gesamte Union umfassende, freiwillige, historisch-aufklärerische Gesellschaft „Memorial“ wurde 1988 als gesellschaftliche Organisation der Opfer von Repression gegründet. Im weiteren Charakter dieser Organisation hat sich einiges geändert. Bald wurden in vielen Städten der ehemaligen Sowjetunion Filialen von „Memorial“ eröffnet, unter ihnen 1989 in Leningrad. Die Leningrader Filiale stellte sich das Ziel, in der Stadt einen Memorial-Komplex zu schaffen, der ein Denkmal, ein Archiv, ein wissenschaftliches und ein Vortrags- und Aufklärungszentrum umfassen sollte, um das Gedächtnis an die Opfer der Repression in Leningrad und im Leningrader Gebiet zu verewigen. Damals wurde eine historische und archivierende Kommission geschaffen, die sich bald in das Wissenschaftliche Informationszentrum (NIZ) umwandelte. Im Ergebnis jahrelanger Arbeit von Enthusiasten wurde ein riesiges Archiv zusammengetragen, in das Erinnerungen von Repressierten, verschiedene Dokumente, ausländische und einheimische Publikationen und Fotos eingingen. Das NIZ studiert die Geschichte des totalitären Sowjetstaates und die Schicksale der Repressierten, unter ihnen auch des Klerus und der Gläubigen. Zu Beginn wurde die Aufmerksamkeit auf die Geschichte der Repression der Häupter und Gläubigen der orthodoxen Kirche konzentriert. 1994 erschien auf der Grundlage von Materialien, die

über die Geschichte der Solowki-Lager gesammelt wurden, das Buch „Orthodoxe auf den Solowki-Inseln“ von Irina Reznikova. Darauf ergab sich auf der Basis des gesammelten Materials die Möglichkeit, das kleine Bändchen „Katholiken auf den Solowki-Inseln“ herauszugeben. Diese Büchlein von Irina Reznikova erschien 1997.

Andere nationale, religiöse und gesellschaftliche Gruppen beschäftigten sich ebenso mit der Arbeit zur Wiederherstellung des Gedächtnisses an die Opfer der Repression und des atheistischen Systems.

Die katholische Kirche, die auf riesige Schwierigkeiten während der Periode ihres Wiederauflebens in Rußland und den anderen Staaten der GUS traf, war nicht imstande, dem Andenken an ihre repressierten Gemeindeglieder, dem Klerus und den einfachen Gläubigen, gebührende Aufmerksamkeit zu widmen. Das Fehlen einer ausreichenden Zahl von Ortspriestern und einer gebildeten Inteligencija, das sich als anschauliche Bestätigung der durchgemachten Repression erweist, führte dazu, daß die katholische Kirche sich mit Verspätung diesem Thema zuwandte. Diese Lücke füllten ausländische Wissenschaftler aus. Es lohnt sich hier, die umfangreiche Literatur zu diesem Thema zu erwähnen, die in der Zwischenkriegszeit in Polen publiziert wurde. Hauptsächlich waren das Erinnerungen jener Repressierter, die das Glück hatten, gegen sowjetische Spione ausgetauscht zu werden, und die Möglichkeit erhielten, aus der UdSSR auszureisen.

Es ist eine Dokumentation zu erwähnen, die in die Hände des griechisch-katholischen Erzbischofs von Lwow, Andrej Septickij, gelangte, und eine, die in russischen Emigrantenkreisen in Frankreich auftauchte. Auf der Grundlage dieser Quellen schrieb Diakon Vasilij CSV (OSB) das Buch „Leonid Fedorov - Leben und Wirken“, Rom 1966. In ihm ist die Geschichte des russischen Katholizismus östlichen Brauchtums niedergelegt, besonders das tragische Schicksal des ersten und letzten Exarchen der russischen griechisch-katholischen Kirche. Als eine für uns wichtige Quelle erweist sich ebenso das Buch des französischen Priesters Antoin Wenger „Rom und Moskau, 1900-1950“, das 1987 in Paris herausgegeben wurde (Wenger A., Rome et Moscou, 1900-1950, Paris 1987). Ein wesentlicher Mangel dieser Arbeit ist jedoch das Fehlen von Dokumenten, die sich in den Archiven der ehemaligen Union befanden und für Wissenschaftler unzugänglich waren. Diesen Mangel konnte

Professor Dzwonkowski beseitigen, der selbst wiederholt in verschiedenen Städten der Sowjetunion war, noch während ihrer Existenz und später in den Staaten der GUS, der sich mit Repressierten und Zeugen der Repression traf und mit Mitgliedern von „Memorial“ und anderen Wissenschaftlern zusammenarbeitete. Die Aktivste dieser Gruppe war Irina Osipova aus Moskau, die auf der Grundlage des Studiums von früher nicht zugänglichen Materialien aus dem zentralen und den regionalen Archiven des Föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation (Nachfolgeorganisation des KGB, A.d.Ü.) , dem zentralen Archiv des Innenministeriums der RF, dem zentralen staatlichen Archiv der gesellschaftlichen Oranisationen der Ukraine und Archiven der Föderalen Sicherheitsdienste der Republiken das Buch „Verberge mich in meinen Wunden“ schreiben und herausgeben konnte. Dieses Buch über die Verfolgung der katholischen Kirche in der UdSSR ruft großes Interesse hervor. Es wurde schon ins Italienische übersetzt, und eine deutsche Ausgabe befindet sich in Vorbereitung. Wie jede Pionierarbeit hat auch dieses Buch seine Mängel, aber bisher ist es das einzige seiner Art. Es umfaßt Informationen über etwa 400 Katholiken, die Leid erfahren haben: Priester, Mönche und Nonnen, einfache Gläubige. Die Autorin benutzt praktisch nur eine Quelle, aber diese ist sehr wichtig: die Untersuchungsakten der Repressierten.

Nachdem ich im Sommer 1997 zum Verantwortlichen für die Kommission „Martyrolog 2000“ im europäischen Teil Rußlands wurde, begann ich mit der Suche nach Mitarbeitern. Wieder wurden Briefe an alle Gemeinden (aus Versehen sogar an die sibirischen) geschickt mit der Bitte, im Einvernehmen mit dem Informationsblatt, das von der Kommission des Vatikans ausgearbeitet worden war, die vorhandenen Daten über repressierte Gemeindemitglieder zu übermitteln.

Am 27. Oktober 1997 fand in Karelien in der Nähe von Medvezegorsk ein Gedenktag für die Opfer des „großen Terrors“ der Jahre 1937-1938 statt. Vor sechzig Jahren waren in dem Waldstück Sandormoch viele Gefangene der Solowki-Lager erschossen worden, unter ihnen 23 katholische Priester, Wolgadeutsche und Priester aus anderen Regionen. Die Teilnahme an dem Gedenktag erlaubte es mir, neue Kontakte herzustellen, und eröffnete zusätzliche Möglichkeiten der Suche nach Nachrichten über zu Tode Gequälte. Der Generalvikar unserer Apostolischen Verwaltung wandte

sich ebenfalls an das Informationszentrum beim Innenministerium mit Anfragen über das Schicksal von Priestern.

Hier müssen einige Worte darüber gesagt werden, auf welche Weise man Informationen aus Untersuchungsakten bekommen kann, die sich in Archiven des Sicherheitsdienstes befinden. Die Hauptsache ist es, zu wissen, wo man suchen muß. Man muß sich an das Archiv des Sicherheitsdienstes jenes Gebietes wenden, in dem der betreffende Mensch inhaftiert war. Um die Akten einsehen zu können - diese Möglichkeit hat allerdings nur ein naher Verwandter des Repressierten - oder um eine Antwort auf seine Anfrage zu bekommen, muß man sich mit dem Ziel der Rehabilitierung an die Staatsanwaltschaft wenden. Die wegen sogenannter politischer Angelegenheiten Repressierten werden im allgemeinen rehabilitiert. Schlechter bestellt ist es nur mit den infolge von Straftaten Inhaftierten. Und diese wurden oft erfunden, besonders nach dem Zweiten Weltkrieg.

Sehr schwierig ist es, Daten zusammenzutragen über einfache Gläubige, die repressiert wurden, aber manchmal gibt es interessante Funde. Ein Beispiel ist das Schicksal von Kamilija Krusel'nickaja. Kamilija, eine gebildete Frau aus einer katholischen Familie, war befreundet mit der Begründerin der Moskauer Gemeinschaft der Schwestern der Dominikaner östlichen Brauchtums, Anna Abrikosova (Mutter Ekatarina). Als diese 1932 nach Lagerhaft, Verbannung und einer überstandenen Operation befreit worden war, lud Krusel'nickaja sie und einige andere Bekannte zum religiösen Disput in ihre Wohnung ein. Unter den Teilnehmerinnen war eine Spionin. Sowohl Krusel'nickaja als auch Mutter Ekatarina und andere Schwestern bekamen je zehn Jahre Haft. Kamelija befand sich auf den Solowki-Inseln, wohin auch die katholischen Priester verschickt worden sind.

Zweifellos aus apostolischer Veranlassung, aber ebenso aus einfacher menschlicher Liebe heiratete sie im Lager einen anderen Häftling, der sich als Informant entpuppte. Vor seiner Entlassung übergab ihm Kamelija Adressen, unter denen er Hilfe finden könne. Alle diese Informationen befanden sich bald zusammen mit ausführlichen Aufzeichnungen über die Trauung beim Lagerkommandanten (Anlage). Kamilija Krusel'nickaja wurde am 27.11.1937 im Waldstück Sandarmoch bei Medvezegorsk erschossen. Die Erforschung dieses Fakts sowie vieler anderer Daten, die die

Solowki-Lager berühren, gebührt in der Hauptsache „Memorial“ St. Petersburg und insbesondere Irina Reznikova. Sie ist auch die Autorin des Buches „Orthodoxe auf den Solowki-Inseln“, das 1994 in St. Petersburg erschien.

Die Arbeit der Kommission

Gegenwärtig umfaßt die Arbeit der Kommission das Sammeln von Einzelmaterial und seine Aufbereitung nach den von der Kommission des Vatikan geforderten Regeln. Diese Daten befanden sich bis jetzt bei verschiedenen Einzelpersonen und Organisationen. Als Beispiel können die Arbeiten von Professor Dzwonkowski, Irina Osipova, Michail Skarovskij, Irina Rezinkova u.a. dienen. Diese Kooperation dauert beständig an. Wiederholt wandte ich mich über die Zeitung „Svet Evangelija“ („Licht des Evangeliums“) an Priester und Gläubige, persönlich an Dekane und darüberhinaus auf Konferenzen von Priestern an alle, die sich für das betreffende Thema interessieren. Auf diese Weise wurde schon eine beträchtliche Menge an Informationen zusammengetragen. Von besonderem Wert sind Erinnerungen von Zeugen. Aber um diese Erinnerungen zu bekommen, genügt es nicht, sich einfach an die alten Menschen zu wenden. Sie sind nicht in der Lage, ihre Erinnerungen aufzuschreiben, und einige fürchten sich bis zum heutigen Tag, darüber zu sprechen. Für diese Arbeit ist es wünschenswert, die Jugend und Spezialisten aus ganz Rußland heranzuziehen, was erlauben würde, dem Aufwand von Dienstreisen zu entgehen. Es wäre nützlich, in verschiedenen kirchlichen und staatlichen Lehranstalten Seminare über *oral history* durchzuführen, deren Teilnehmer Erinnerungen und Material über Repressierte sammeln könnten. Aber bisher gibt es keine solchen Seminare, nicht einmal im St. Petersburger Geistlichen Seminar.

Sehr schwierig ist es, Erinnerungen aufzufinden, die von den Märtyrern selbst verfaßt wurden. Angehörige und Gemeindeglieder haben sich bemüht, sämtliche Dokumente, die als Anlaß für Haft und Beschuldigung oder als Beweisstück in einer Untersuchung hätten dienen können, zu vernichten. Deshalb sind wenige Fotos oder Arbeiten von Opfern erhalten geblieben. Manchmal kann man solche Dinge in Untersuchungsakten finden und eine Kopie bekommen. Es kommt vor, daß ein solches Dokument zufällig in das Geburtenregister geraten ist, und - wenn es erhalten

geblieben ist - kann man darauf stoßen. Die Geburtenregister werden in für alle zugänglichen Archiven aufbewahrt.

Große Hoffnung verbinde ich mit dem Vorschlag der Leitung des katholischen „Radio Maria“ in St. Petersburg, jede Woche eine halbstündige Sendung vorzubereiten, die den zeitgenössischen Märtyrern der katholischen Kirche gewidmet ist. Die Informationen, die im Radio übertragen werden, helfen dabei, Zeugen zu finden, die sich an Opfer erinnern, und darüberhinaus den Kreis von Spezialisten und Freiwilligen zu erweitern, die fähig sind, der Kommission zu helfen.

Am Beispiel der eigenen Suche nach Zeugen über das Leben des Priesters aus Vladikavkaz kann ich sagen, daß man nur dann diese Informationen sammeln kann, wenn der Gemeindevorsteher selbst an der Sache interessiert ist. Dann finden sich auch Gläubige, die bereit sind, zu helfen.

Zweifellos sind viele dieser Materialien nach Deutschland gelangt. Einige von ihnen sind bereits von der Gesellschaft der Rußlanddeutschen veröffentlicht worden. Hervorgehoben werden muß das Buch von Josef Schnurr „Die Kirchen und das religiöse Leben der Rußlanddeutschen, Katholischer Teil“, das 1980 in Stuttgart erschien.

Aus Publikationen ist mir bekannt, daß sich die Kommission „Neue Märtyrer“ in Deutschland mit einer analogen Arbeit beschäftigt (sie umfaßt ebenfalls Deutsche, die in der UdSSR gelitten haben). Die Zusammenarbeit mit ihnen würde ich gern auf den Weg bringen. Diese Kommission könnte die in Deutschland erhalten gebliebenen Dokumente und Erinnerungen von nach Deutschland Ausgewanderten, und unsere Kommission könnte Dokumente aus den Untersuchungsakten sammeln. In Zukunft wäre ein fruchtbringender Informationsaustausch möglich.

Doch jede Arbeit auf diesem Gebiet erfordert nicht nur Enthusiasmus und organisatorische Fähigkeiten, sondern auch Geld. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und der Organisation des deutschen Episkopats „Renovabis“ für die bedeutende materielle Hilfe für unsere Kommission danken. Mit dieser Hilfe wird unser Sekretariat finanziert, und es wurde auch möglich, ein Buch über die Geschichte der katholischen Kirche in der Nordwestregion Rußlands / St. Petersburg herauszugeben. Einen gro-

ßen Teil dieses Buches nimmt der Martyrolog von Geistlichen und einfachen Gläubigen ein, der von dem hervorragenden Historiker und Archivar Michail Skarovskij zusammengestellt wurde. Das Buch soll in Kürze erscheinen. Dank dieser Hilfe können wir die Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse der Kommission vorbereiten. Ich bin sicher, daß unser Martyrolog dann in dem italienischen Verlag „Russija Christiana“ erscheinen wird.

Ökumenische Zusammenarbeit

Menschen verschiedener Glaubensbekenntnisse finden gegenseitiges Verständnis, während sie Informationen für den Martyrolog sammeln und Material und Erfahrungen austauschen. Mir helfen orthodoxe Christen. Diese Kooperation wird auch künftig fortgesetzt werden.

Unter den Bedingungen des totalitären Staates haben Gläubige aller Konfessionen gelitten. Im Angesicht des Todes waren alle gleich, unter den Lagerbedingungen vergaßen sie oft die existierenden Dogmenunterschiede und bemühten sich, einander zu unterstützen. Die Gräber, die in den letzten Jahren von Suchtrupps entdeckt worden sind, sind Brudergräber derjenigen, die Opfer des Repressionssystems geworden sind. In ihnen ruhen die sterblichen Überreste von Christen Muslimen, Juden und vielen anderen ohne konfessionelle Unterschiede. Deshalb trifft die Arbeit zur Wiederherstellung historischer Gerechtigkeit naturgemäß auf das tiefe gegenseitige Verständnis zwischen Menschen verschiedener Glaubensbekenntnisse, die an diesem ernsten und in unserer Zeit notwendigen Thema arbeiten.

Arten der Tätigkeit

1. Zusammenarbeit mit vorhandenen Forschungsinstituten und -zentren, unter ihnen mit staatlichen und behördlichen Archiven.
2. Zusammenarbeit mit den analogen Kommissionen in Sibirien und Weißrußland.
3. Sammeln von Erinnerungen in Gemeinden und Auffinden von Material aus Buchveröffentlichungen.
4. Organisieren von Gedenkveranstaltungen, Aufstellen von Gedenktafeln, Durchführung von Tagen des Gedächtnisses, Verbreitung von Gebeten für die Märtyrer

und ihre Lobpreisung, Veröffentlichung der Fragmente des Martyrologs in der Zeitung „Svet Evangelija“ und ihre Beleuchtung in Radiosendungen.

5. Schaffung einer Atmosphäre für den Beginn der Seligsprechung der Opfer des Kommunismus, wofür ist unerläßlich ist, Dokumente aufzubereiten und Spezialisten aus dem Ausland heranzuziehen.
6. Organisation von Seminaren in verschiedenen Regionen Rußlands zum Informationsaustausch, zur weiteren Heranziehung von Interessierten an dieser Arbeit, zur Ausdehnung der Tätigkeit der Kommission und zur Erweiterung der Zahl ihrer Mitglieder.
7. Wecken von Interesse an dieser Arbeit in Lehranstalten.
8. Suche nach Finanzquellen (Finanzierung der Arbeit des Sekretariats und der Ausgaben für Telefon, Fax, Post, Bezahlung der Archivmitarbeiter und Übersetzer, der Dienstreisen, der Seminare usw.).

Gegenwärtig werden einige der zahlreichen Tätigkeitsgebiete der Kommission schon realisiert, andere befinden sich noch in der Planung.
Einige Worte sollen noch zu der nützlichen Initiative des Rates der Gläubigen der Apostolischen Verwaltung im europäischen Teil Rußlands gesagt werden. Er sammelt Fakten über Moskauer Repressierte. In der Kirche der Unbefleckten Empängnis wurde zunächst eine provisorische Gedenktafel aufgestellt, auf der die Namen der gequälten Priester und Gläubigen aufgezählt sind mit einer kurzen Information zu jedem.

Politische und juristische Bedingungen der Arbeit zur Wiederherstellung des historischen Andenkens

Das Gesetz über die Rehabilitierung von Bürgern, die Opfer politischer Repression geworden sind, wurde am 18. Oktober 1991 in der UdSSR verabschiedet. Dieses Gesetz gibt Rehabilierten das Recht auf finanzielle Kompensation in Höhe von ¾ des Mindestlohnes für jeden Monat Haft und auf Kompensation verlorengegangenen Eigentums, aber nicht mehr als vierzig Mindestlöhne, wenn derjenige in der Stadt gelebt hat, und hundert Mindestlöhne, wenn er ein Haus auf dem Land besaß. Diese Sonderrechte werden den Repressierten unter Bedingungen gewährt, in denen sie

Rentner oder Invaliden ersten oder zweiten Grades sind. (In diesem Jahr hat die Staatsduma das Budget dafür um 50% gekürzt).

Leider wurde der Prozeß der Rehabilitierung zu keinem Akt der Buße von seiten des Staates. Dieser konnte nicht zugeben und bereuen, daß das sowjetische terroristische System nach seinen verbrecherischen Gesetzen bestraft hat. Das Wesen der Rehabilitierung führte von staatlicher Seite zur Anerkennung jenes Fakts, daß die Gerichtsverfahren nicht aufrechterhalten wurden und daß beim Fehlen eines Gerichtsprozesses Menschen zu Unrecht beschuldigt worden sind oder die Strafe zu Unrecht angewendet wurde. Die Rehabilitierung hat somit nicht die prinzipielle Frage gelöst: GAB ES EIN REPRESSIONSRECHT. Auf diese Weise kann das Gesetz über die Rehablitierung auf alle angewendet werden, die verurteilt wurden - sowohl auf diejenigen, die verurteilt wurden, als auch auf diejenigen, die urteilten, d.h. sowohl auf die Opfer als auch auf die Henker. Nach dem Gesetz über die Rehabilitierungen von 1991 ist es nicht so einfach, Gerechtigkeit zu erlangen: Anträge auf Rehabilitierung können abschlägig beantwortet werde, und solche Fälle gab es. So wurde die Rehabilitierung Igor' Ogurzovs, Mitglied der Sozialchristlichen Union der UdSSR, abgelehnt, der sich gegen das Regime gewandt hatte.

Bis heute werden in Rußland die Verbrechen des totalitären Staates und die Unrechtmäßigkeit des Repressionssystems nicht zugegeben. Einem konkreten, Reue empfindenden Menschen kann man vergeben, nicht aber einem verbrecherischen staatlichen System, welches es ablehnt, seinen verbrecherischen Charakter einzugestehen. Eben deshalb kann es im Land keine moralische Befreiung geben. Auf dem Gedenkstein für die polnischen Opfer der Erschießung, die in Levasovo begraben liegen, steht. „WIR BITTEN - VERGEBT UNS!“ (Mit diesen Worten hat sich irgendwann Kardinal Wyszinski im Namen des polnischen Volkes an das deutsche Volk gewandt.) Die Repressierten, die als Christen starben, haben ihren Verfolgern vergeben. Diejenigen, die überlebten, und ihre Angehörigen sind bereit, zu vergeben, aber die Henker und ihre Gleichgesinnten bekennen keine Reue vor ihren Opfern. Außerdem werden die Fakten über die Henker in Rußland geheimgehalten. Der Staat sorgt dafür, daß ihre Namen und ihre Vergangenheit der Öffentlichkeit nicht bekannt werden. Bei einer solchen ausgesuchten Fürsorge von staatlicher Seite kann man nicht ernsthaft von Versöhnung sprechen.

Es muß noch angemerkt werden, daß der Prozeß der Arbeit zur Wiederherstellung historischer Gerechtigkeit auf verschiedene Hindernisse trifft. 1991 wurde der Beschluß über die Übergabe von Dokumenten aus Archiven des früheren KGB zur Aufbewahrung in staatlichen Archiven angenommen. Zwar gibt es diesen Beschluß, aber er wurde praktisch nirgendwo in Rußland erfüllt. Außerdem ist in den letzten Jahren die Tendenz zu beobachten, Archive des ehemaligen KGB unzugänglich zu machen. Obgleich auch in der Vergangenheit die Archive dieser Behörde für Wissenschaftler schwer zugänglich waren. Das Recht, sich mit den Akten ihrer Angehörigen vertraut zu machen, haben nur direkte Verwandte, bei denen sich die Organe des FSB (Föderaler Sicherheitsdienst, Nachfolgeorganisation des KGB, A.d.Ü.) bemühen, sie „vor eigener Verwirrung zu bewahren“. Für den Schutz von Personendaten existiert eine interne Instruktion innerhalb der Behörde, die sogar den Zugang zur Arbeit mit Dokumenten erschwert. Außerdem ist Operativ- und Agentenmaterial für wissenschaftliche Zwecke geschlossen, und die Archive des Innenministeriums, die die Angelegenheiten der Lager betreffen, sind nicht zugänglich. Der Gerechtigkeit halber muß gesagt werden, daß die Archive des Rates für religiöse Angelegenheiten vollständig geöffnet sind.

Die orthodoxe Kirche begann bereits zu Beginn der neunziger Jahre, Material über repressierte Erzpriester, Geistliche und Gläubige zu sammeln, als die öffentliche und politische Situation im Lande eine andere war, als große Hoffnungen auf die Perestrojka und den Rechststaat gesetzt wurden. Deshalb hatte die russische orthodoxe Kirche, obwohl sie auch auf einige Schwierigkeiten stieß, das sie interessierende Archivmaterial aufzufinden und zu bekommen, nicht solche Schwierigkeiten wie sie die katholische Kirche heute überwinden muß. Die katholische Kirche hatte keine Wissenschaftler, verpaßte die etwas günstigere Zeit und heute, während der Restaurierung des Systems, ist es schwieriger für ihre Mitarbeiter, die notwendigen Informationen aus den Archiven zu erhalten. Es ist möglich, daß sich die Situation weiterhin verschärfen wird: das kürzlich angenommene Gesetz über die Religion spielt dabei eine Rolle.

Gedenkzeichen (Denkmale, Kreuze, Tafeln, Steine) wurden an verschiedenen Orten aufgestellt, oft an Erschießungsorten. Meist wurden sie auf Initiative und mit Mitteln

gesellschaftlicher Organisationen errichtet, manchmal beteiligte sich die kommunale Verwaltung. In St. Petersburg wurde auf dem Troickaja-Platz ein Gedenkstein für die Opfer politischer Repression aufgestellt. In Levasovo wurden Gedenkzeichen verschiedener Völker, deren Vertreter dort starben, angebracht. Kreuze, orthodoxe und katholische, wurden in dem Waldstück in der Nähe von Medvezegorsk errichtet. Solche Gedenkorte gibt es ebenso in anderen Regionen, auch auf den Solowki-Inseln.

In Rußland wurde der 30. Oktober zum offiziellen Gedenktag für die Opfer politischer Repression erklärt. Andere Daten sind der 5. September - Tag des roten Terrors - und der 10. Dezember - Tag der Menschenrechte. In St. Petersburg existiert der Brauch, am ersten Samstag im Juni zum Gedenken an die Opfer, deren Bestattungsorte unbekannt sind, Blumen in die Neva zu werfen. Ebenso gibt es Meetings, die im wesentlichen von „Memorial“ organisiert werden. Sie geben Bücher zum Thema heraus, früher gab es Wochen des Gedenkens.

„Memorial“ hat ein breites Interessensspektrum und große Erfolge. Mit dieser Tätigkeit fingen junge Enthusiasten an, es ist keine Veteranenorganisation. Sie wurde für die Zukunft geschaffen. Ihre Aufgabe ist es, alles zu tun, daß die Vergangenheit sich nicht wiederholt, daß das Gedächtnis wiederhergestellt und die Wahrheit festgehalten wird, weil nur sie den Menschen zu einem freien macht. Es ist keine politische Organisation, und sie setzt sich nicht das Ziel politischer Bildungsarbeit. Umso mehr kann diese Rolle nicht die kirchliche Kommission, die sich mit den neuen Märtyrern befaßt, übernehmen. Das ist eine rein kirchliche Angelegenheit, von Interesse sind nur Menschen, die für den Glauben gelitten haben und die Katholiken waren, und deshalb kann sie keine Informationen über alle sammeln, die Leid erfahren haben. Sie bewahrt Zeugen des Glaubens vor dem Vergessen, die den christlichen Werten treu bleiben und bereit waren, in den Tod zu gehen. Dieses Zeugnis festigt den Glauben künftiger Generationen.

Während sie eine solche Initiative startet, baut die Kirche keine Illusionen auf. Es wird immer Märtyrer geben, weil es nicht einfach ist, die Wahrheit anzunehmen, und weil ein Schüler Christus’ wie auch sein Lehrer immer auf den Widerstand der Kräfte des Bösen trifft. Das Vorbild derjenigen, die im Angesicht ihrer Verfolger und des Todes Mut bewiesen, festigt den Glauben künftiger Generationen.

Möglich, daß die Wiederherstellung der Erinnerung an die Toten einige Henker zur Buße bringt und beim Aufbau einer neuen Gesellschaft hilft, aber in erster Linie erinnert sie Christen aller Zeiten an die Worte des Erlösers: „In der Welt werdet ihr Leid erfahren, aber verliert nicht den Mut: ich habe die Welt besiegt“ (Joh. 16, 33).

Thomas Hoppe

Ansätze zu einer "CHARTA MEMORIAE"[6]

Es kann nicht Zweck meiner nachfolgenden Überlegungen sein, so etwas wie eine Zusammenfassung oder gar Auswertung dessen vorzunehmen, was wir in den vergangenen Tagen gehört und miteinander erfahren haben. Ich möchte lediglich versuchen, einige Elemente ethischer und theologischer Art zu benennen, die mir in der Formulierung einer "*Charta memoriae*" unverzichtbar scheinen. Ich werde sie nach drei Hauptgesichtspunkten gliedern: Hindernisse für Versöhnung als Grund für die Notwendigkeit einer *Charta memoriae*, die Eigenart der versöhnungsbedürftigen Situation, Wege und Ziele der Versöhnungsarbeit. Am Schluß wird eine Überlegung zur theologischen Tiefenstruktur des Bemühens um eine *Charta memoriae* stehen.

Hindernisse für Versöhnung

Es scheint sehr schwer, das Geschehene "mit neuen Gefühlen noch einmal zu lesen" (Johannes Paul II.). Oftmals kann man beobachten, daß sich mit zeitlichem Abstand die Zäsur in die Lebenswelten der Opfer einerseits, der Täter und Zuschauer andererseits nur weiter vertieft. Dies ist besonders dort der Fall, wo den Opfern auferlegt wird, mit denen, die sie gequält und ihre Angehörigen gemordet haben, zusammenleben zu müssen, ohne die Wahrheit zur Sprache bringen und für sie Zeugnis ablegen zu können. Die Zäsur wird aber auch dort vertieft und vielleicht auf Dauer gestellt, wo Opfer marginalisiert werden, weil ihre Leidensgeschichten den neugewonnenen Optimismus einer Mehrheitsgesellschaft irritieren, oder weil man ihr Überleben als Zeichen verborgener Kollaboration mit den Verfolgern deutet.

Das Wachhalten der Erinnerung dient in besonderer Weise dem Zweck, dieses fast schicksalhaft scheinende Leben in getrennten Welten wenigstens ein Stück weit zu überwinden und damit den Opfern einen Weg zu eröffnen, wie sie trotz ihrer nicht revidierbaren Traumatisierungen als Teil der Gegenwartsgesellschaft weiterleben können.

Ein zusätzliches Problem liegt darin, daß das, was die Opfer erlitten haben, den Tätern, vor allem aber Außenstehenden nur begrenzt vermittelbar ist. Die Zeichnungen

---

[6] Die „Ansätze für eine Charta Memoriae“ stellen den Versuch einer ersten synthetischen Bündelung der im Rahmen des Workshops vorgetragenen Überlegungen dar. Die Ecken und Kanten geben Einblick in die Werkstattsituation des Workshops.

von Künstlern, die als Inhaftierte hier in Buchenwald die Lagerwirklichkeit zur Darstellung bringen wollten, bedienen sich deshalb bestimmter "Chiffren des Lagerlebens" - Wachtürme, Desinfektion, Appell, ausziehende Kolonnen von Gefangenen. Man kann das Erlebte nur näherungsweise vergegenwärtigen, und auch das Nachempfinden des erlittenen Leids, von dem mehrfach die Rede war, gelingt deswegen allenfalls bruchstückhaft.

Versöhnung ist nur dort möglich, wo der moralische Kontext, der durch die Frage nach möglicher Aussöhnung aufgeworfen ist, nicht durch strategische Kalküle überlagert und dadurch entwertet wird. Wenn solche Kalküle wirksam sind, kann Vergebungs- und Versöhnungsbereitschaft geradezu als Ausdruck der Schwäche dessen interpretiert werden, der hier etwas zu vergeben hätte. Dies bringt in das Streben nach Aussöhnung eine eigentümliche Ambivalenz, es wirft die berechtigte Frage auf, wie weit man sich auf einen solchen Prozeß wirklich einlassen dürfe. Das Risiko des Sich-Einlassens besteht aber auch außerhalb dieser Gefährdung durch strategische Kalküle: Mehrfach haben wir diskutiert, unter welchen Bedingungen Täter es wagen können, sich durch eine Bitte um Vergebung ihrer Schuld zu stellen und sie zu bekennen. Bedarf es dafür einer vorgängigen Versöhnungsbereitschaft der Opfer? Aber wie wird sie möglich, wenn doch gerade das Ausbleiben der Bitte um Vergebung seitens der Täter viele Opfer dazu verurteilt, in der Erinnerung unbewältigbaren Leids gefangen zu bleiben? Sicher gibt es für einzelne die Gnade, daß Vergeben-Können ihnen geschenkt wird. Aber für wie viele andere gilt dies nicht, für wie viele scheint es, als seien sie zum erneuten Male Opfer - diesmal eines *circulus vitiosus*, der weder von innen noch von außen durchbrochen werden kann, auch durch die noch so harte Bestrafung der Täter nicht!

Hinzu kommt die Neigung größerer Kollektive, die belastete Vergangenheit gewissermaßen umzudeuten und Kategorien wie Schuld und Aussöhnung als abhängig vom je eigenen Standort und seinen Besonderheiten zu interpretieren. Das Gewicht der Verantwortung wird dadurch nicht nur relativiert, sondern womöglich die Vorstellung von moralischem Handeln selbst grundlegend verändert. In der ideologischen Umwertung elementarer Moralbegriffe, die kennzeichnend beispielsweise für die Ausbildung von SS-Einheiten war, spielt dieser Mechanismus eine wichtige Rolle. Eine *Charta Memoriae* hätte deswegen nicht nur für die Inhalte Sorge zu tragen, die es zu erinnern gilt, sondern auch die subtilen Strukturen aufzudecken, durch die die Orientierung an universalen moralischen Standards in die ideologisch begründete Sondermoral einer Klasse, Gruppe oder Nation pervertiert werden kann.

Der moralische Grundcharakter der zu versöhnenden Situation

Die letzte Überlegung verweist auf einen Grundzug vieler Geschehnisse, die der Versöhnung bedürftig sind. Es gibt moralische Dilemmasituationen, die ohne befriedigende Antwort für denjenigen bleiben, der in sie gerät. Daniel Gaede brachte das Beispiel, daß man in Buchenwald als jemand, der im Lager eine herausgehobene Stellung innehatte, entscheiden mußte, wen von den eigenen Leidensgenossen man morgens in den Steinbruch schickte und wen in die Fabrik. In dieser Entscheidung wußte man, daß die Aussichten, zu überleben, bei Arbeit in der Fabrik viel größer waren. Aber bestand tatsächlich die Alternative, sich der Beteiligung an diesem ausgeklügelten System moralischer Erpressung zu entziehen, sich ihm zu verweigern? Daniel Gaede nannte als eine Parallele die Situation der Judenräte, die von der SS angewiesen wurden, die Namen derer mitzuteilen, die am nächsten Morgen deportiert werden sollten. Eine Weigerung hätte das Schicksal aller Juden, nicht nur der unmittelbar von der Deportation Bedrohten, besiegelt. Tatsächlich haben die Judenräte durch ihre faktische Mitwirkung die Ermordung der übrigen nur verzögern, nicht aber verhindern können. Doch kann man ihnen ihre Entscheidung deswegen wirklich moralisch vorwerfen? Bleibt hier nicht nur der Hinweis, daß eine andere Entscheidung, gerade unter moralischen Gesichtspunkten, ebenso vertretbar gewesen wäre? Hängt eine Entscheidung unter solchen Umständen auch noch einmal davon ab, mit welcher Wahrscheinlichkeit man anderen Menschen das Leben retten kann?

Diese Fragen lassen vielleicht verstehen, warum auch jene, die in den Lagern das ihnen Bestmögliche zugunsten ihrer Mithäftlinge getan haben, sich damit nicht zufrieden geben können, ja eine Schuld empfinden, die ihnen um so unerträglicher wird, je länger sie mit ihr zu leben gezwungen sind. Vor allem machen sie deutlich, warum eine Herrschaftstechnik, die sich moralischer Erpressung als Mittel bedient, nicht nur als verhängnisvoller Irrtum gedeutet werden kann, sondern moralisch böse im eigentlichen Wortsinn genannt werden muß. Es geht ihr ja darum, möglichst viele ihrer Opfer zu Komplizen des Verbrechens zu machen und damit in den Abgrund einer Schuld- und Verstrickungsgeschichte hineinzureißen. Der moralische Schaden, zugefügt Einzelnen wie einer ganzen Gesellschaft, reicht womöglich tiefer, als es äußere Verletzungen, ja selbst das Zerbrechen lebensgeschichtlicher Perspektiven von sich aus vermögen.
Erinnerungsarbeit muß deshalb darauf zielen, die politischen und gesellschaftlichen Mechanismen aufzudecken, die zur Verstrickung in Schuld führen. Dostojewskis Erzählung vom Großinquisitor macht deutlich, wie sehr Mechanismen autoritärer Herrschaft gerade dann erfolgreich sind, wenn sie den Menschen das Empfinden vermitteln, sie könnten sie von ihrer ursprünglichen moralischen Verantwortung entlasten.

Wege und Ziele der Versöhnungsarbeit

Empathie ist notwendig, die auch das Leid der anderen in den Blick nimmt, vor allem dort, wo Recht nicht nur auf der einen Seite, Unrecht nicht allein auf der anderen liegt. Das Anlegen eines Maßstabs komparativer Gerechtigkeit darf dabei nicht auf Gleichmacherei der Leidenssituationen gemäß der billigen Maxime "schuldig sind wir alle" zielen. Die Frage nach Gerechtigkeit als Suche nach der historischen Wahrheit bedeutet eine kulturelle und politische Herausforderung, die Gesellschaften an die Grenze ihrer Integrationsfähigkeit führen kann. Sie kann aber andererseits den Schlüssel dafür bereit halten, daß Modelle einer besseren gemeinsamen Zukunft überhaupt entworfen werden können. Gerade in Konflikten, die von beiden Seiten in den Kategorien ethnischer Identität gedeutet werden und dann oft unlösbar scheinen, muß man nach den konkreten Ursachen suchen, aus denen sich aktuelle Gewaltbereitschaft nährte. Vielleicht sind diese Ursachen einer konstruktiven Bearbeitung durchaus fähig, wenn es sich beispielsweise um die Vorenthaltung angemessener Möglichkeiten politischer Teilhabe oder um Fragen wirtschaftlicher Entwicklungschancen und sozialer Gerechtigkeit handelt.

Es bedarf längerer Zeit, damit Trauer um die Opfer der eigenen Seite in Vergebungs- und Versöhnungsbereitschaft transformiert werden kann. Dazu ist es außerdem notwendig, daß sich Täter und Opfer gemeinsam erinnern und zusammen den Gründen dafür nachgehen, daß eine versöhnungsbedürftige Situation zwischen ihnen steht. Der Frage nach der Wahrheit entrinnt man nicht; ein Opfer von Verfolgung durch den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR brachte sie auf die schlichte, eindringliche Formel: "Ich kann nur vergessen, was ich weiß". Für solch gemeinsames Erinnern müssen Räume eröffnet werden, in denen das Erfahrene zur Sprache gebracht werden kann und wo es möglich wird, sogar das Risiko einzugehen, daß die Last der Erinnerungen zur erneuten Überwältigung führt. Traumatisierungen, die verstummen lassen, sind unaufhebbar. Durch Dritte, die von außen auf und in solche Prozesse hineinzuwirken versuchen, kann leicht mehr Schaden angerichtet als Nutzen bewirkt werden - besonders dann, wenn sie auf allzu rasche Schritte zur Vergebung und Aussöhnung dringen.

Das Streben nach Versöhnung ist nur authentisch, wenn es die Frage nach Gerechtigkeit nicht ausklammert. Diese Einsicht bleibt gültig, auch wenn gewiß ist, daß das Bemühen um Gerechtigkeit das bereits geschehene Unrecht in den seltensten Fällen wieder gutmachen kann, ja daß Gerechtigkeit überhaupt nur näherungsweise herbeizuführen ist. Der schnelle Ruf nach Amnestien hingegen läßt das Bedürfnis nach Straffreiheit obsiegen und schafft nur allzu leicht die psychosozialen Voraussetzun-

gen dafür, daß die Verbrechen sich wiederholen. Wahrheitskommissionen sind grundsätzlich keine angemessene Alternative zur strafrechtlichen Verfolgung zumindest der Ersttäter - doch können in ihrem Rahmen die Ereignisse wenigstens zur Sprache gebracht und die zutiefst verletzte Würde der Opfer ein Stück weit wieder aufgerichtet werden. Vielleicht liegt die wichtigste gesellschaftlich-politische Bedeutung solcher Kommissionen darin, daß sie den Erfolg jener verhindern, die alsbald die Umdeutung der Historie in einem ihnen freundlicheren Sinn ins Werk zu setzen suchen. P. Santamaria hat die Erfahrungen aus dem REMHI-Projekt unübertrefflich formuliert:

> "Was wir erkennen konnten, war, daß der Krieg auf präzisen Strategien beruhte - die Brutalitäten, mit denen er geführt wurde, waren genau geplant: Töten der Alten - Auslöschen der Vergangenheit, Töten der Kinder - Auslöschen der Zukunft. Frauen wurden unzählige Male vergewaltigt, Kirchen verbrannt usw. Diese Geschichte zu erzählen und aus dem Mund derjenigen zu hören, die direkte Zeugen der Taten waren, das ist eine unwiderlegbare Anklage der Täter und im gleichen Moment eine Verpflichtung, daß es sich nicht wiederholt."

Deswegen sind Gesten der Versöhnung zwar insbesondere, aber nicht ausschließlich auf der unmittelbaren Ebene der Begegnung zwischen Tätern und Opfern nötig. Darüber hinaus bedarf es öffentlicher Akte des Bemühens um Wahrheit und Aussöhnung im Raum von Gesellschaft und Politik.

Zur theologischen Dignität einer Charta Memoriae

Läßt sich nach all dem, was gesagt wurde, an der Hoffnung festhalten, daß es wenigstens grundsätzlich für alles Leid, das einzelne Menschen oder Kollektive einander zufügen, eine innerweltliche Vergebung geben könne? Eine Versöhnung also, die gewiß ihrer äußeren Rahmenbedingungen bedarf - Täter und Opfer müssen noch leben, müssen einander als Personen, als moralische Subjekte begegnen können -, mit der unter solchen Bedingungen aber gerechnet werden darf? Oder gibt es für manches Unrecht tatsächlich keine weltimmanente Vergebung, sondern nur die Chance, eine Erinnerungsgemeinschaft zu begründen und so der Wiederholung des Geschehenen entgegenzuwirken? Eine Erinnerungsgemeinschaft, die aus der Hoffnung lebt, daß jene, um deren Zukunft willen solche Erinnerung wachgehalten wird, die Qualität der erinnerten Erfahrungen wenigstens annähernd zu erfassen vermögen? Eine Erinnerungsgemeinschaft, die sich bewußt ist, daß solche Erinnerung eine "schwache" Kategorie darstellt, weil man die individuellen wie kollektiven Folgen des Vergessens erst später bemerkt? Eine Erinnerungsgemeinschaft, die aus der

Hoffnung lebt, daß einst selbst angesichts schwerster Schuld der Abgrund, der Menschen voneinander trennte, so lange sie auf Erden lebten, geschlossen werden kann? Dieser Abgrund läßt ja nicht nur die Opfer, sondern auch die Täter nicht ungeschoren. Albert Camus schrieb einmal, der einsamste Tod sei der eines Menschen, der eingeschlossen in seine Lüge sterben muß.

Wie aber ist unter solchen Voraussetzungen mit dem innerweltlich nicht abzugeltenden Rest an Schuld- und Verstrickungsgeschichte weiterzuleben? Wirft nicht, vor jeder philosophischen oder theologischen Spekulation, gerade diese Wahrnehmung der Dimensionen des Bösen die Frage der Theodizee in ihrer existentiellen Bedeutung auf? Ist gar ein religiöses Fundament, auf dem diese Dimensionen erörtert werden könnten, paradoxerweise nur um den Preis zu retten, daß die religiöse und theologische Reflexion dort abbricht, wo der letzte Ernst der Theodizeefrage allmählich erfaßt werden kann?

Eine wiederum spekulative Antwort auf eine existenzielle Frage solcher Art kann nicht genügen. Eine Antwort auf der Ebene, auf der die Frage gestellt wurde, muß vielmehr versuchen, die Erfahrungen derer zu spiegeln, die unwiderruflich zu Opfern schuldhaften Handelns wurden und ihren religiösen Glauben dennoch nicht verwarfen. Wenn überhaupt etwas, so ist allein der Verweis auf die mögliche Gnade des Standhaltens selbst in der Situation äußerster Verlassenheit dem Ernst der Frage angemessen.

Und deswegen soll am Schluß dieser Überlegungen kein weiterer Argumentationsversuch stehen, sondern eine kurze Erinnerung an einen Text, den Jossel Rackower, ein gläubiger Jude, während der letzten Phase des Aufstands im Warschauer Ghetto am 28. April 1943 niederschrieb. Den sicheren Tod vor Augen, wendet er sich an seinen Gott, dem er vorhält, daß er ihn grausamer geschlagen habe, als er selbst es dem ärgsten seiner Feinde wünschen könne. Seine Frau und seine sechs Kinder sind bereits umgekommen, auf die eine oder andere Weise willkürlich gemordet, die zehnjährige Tochter bei dem verzweifelten Versuch, jenseits der Ghettomauer einige Brotreste zu erhaschen - "und die Nazis haben ihren Kopf mit Bajonetten durchbohrt". Angesichts dessen, was Menschen wie er erleiden müssen, bittet Rackower Gott um Vergebung für jene, die sich in Unglück und Verzweiflung von ihm abgewandt haben, und reklamiert das Recht für sich und jene, die sich in seiner Lage befinden, zu wissen, wo die Grenzen der Geduld seines Gottes liegen. Aber er weist die Alternative, den Glauben an diesen Gott aufzugeben, entschieden zurück, ja bekräftigt ein letztes Mal seine Hoffnung:

> "Spätestens in einer Stunde werde ich mit Frau und Kindern vereint sein und mit Millionen meines Volkes in einer besseren Welt, wo es keinen Zweifel mehr gibt und wo Gott der einzige Herrscher ist".

Allein diese Hoffnung rettet seine Würde, über den Tod hinaus, und entreißt diesen Tod der Banalität, dem Zynismus, der Verhöhnung durch jene, die sich als die Sieger wähnen.

Bedarf es nicht, damit "Leben trotz Geschichte" überhaupt möglich bleibt, auch des Erinnerns an die Authentizität solcher Hoffnung?

Anhang

Programm

Teilnehmerliste

Referenzrahmen

I N T E R N A T I O N A L E R W O R K S H O P

der DEUTSCHEN KOMMISSION JUSTITIA ET PAX
in Zusammenarbeit mit dem
MISEREOR und RENOVABIS

„ERINNERUNG, AUFARBEITUNG DER VERGANGENHEIT UND DEMOKRATISIERUNG“

Ohne Erinnerung keine Versöhnung.
Ansätze und Überlegungen zu einer Charta Memoriae.

6. - 9. Juni 1998 in der Gedenkstätte Buchenwald

Samstag, 6. Juni 1998

	Anreise Hotel Dorotheenhof, Weimar
12.00 Uhr	Begrüßung und Vorstellung der Teilnehmer und Teilnehmerinnen und des Programms. Einführung in den Workshop.
13.00 Uhr	Mittagessen
14.30 Uhr	Abfahrt in die Gedenkstätte
15.00 - 17.00 Uhr	Führung durch die Gedenkstätte „Über die Schwierigkeit der rechten Erinnerung. Die Ideologiefallen des Gedenkens.“ Referent: Daniel Gaede, Leiter der Pädagogischen Abteilung der Gedenkstätte Buchenwald.

Nach der Führung Gelegenheit zu Gespräch und Austausch

18.00 Uhr	Abfahrt aus der Gedenkstätte
18.30 Uhr	Abendessen
19.30 Uhr	Begegnungsabend Kennenlernen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Zur Einführung/Inspiration stellen die Teilnehmenden ihren jeweiligen Kontext anhand von 4-5 Dias collagenhaft dar.

Sonntag, 7. Juni 1998

7.00 Uhr	Frühstück	
7.50 Uhr	Eucharistie	
9.00 Uhr	Abfahrt in die Gedenkstätte	
9.30 - 11.00 Uhr	*Einheit:*	*Ruanda.* „Über die Schwierigk*eiten des* Gesprächs zwischen Tätern und Opfern“
	Referent:	Octave Ugirashebuja, Sekretär der Ruandischen Kommission Justitia et Pax
11.00 - 11.30 Uhr	Pause	
11.30 - 13.00 Uhr	Fortsetzung der Einheit: (unter Einbeziehung von Gesprächsbeiträgen von Teilnehmenden aus dem ehemaligen Jugoslawien)	
13.00 Uhr	Mittagessen	
14.30 Uhr	*Einheit:*	*Guatemala.* „Verschiedene Wege und Probleme des *Umgangs mit der Vergangen*heit.“ *Wahrheitskommission, REMHI und die* *Märtyrer-Chronik.*
	Referenten:	Cirilo Santamaria Maria-Christine Zauzich
16.00 Uhr	Pause	
16.30 Uhr	Fortsetzung der Einheit	
18.00 Uhr	Rückkehr ins Hotel	
18.30 Uhr	Abendessen	

Möglichkeit zu Gespräch und Begegnung.

Montag, 8. Juni 1998

7.30 Uhr	Frühstück	
8.30 Uhr	Abfahrt in die Gedenkstätte	
9.00 Uhr	*Einheit*	*Rußland Teil I.* *MEMORIAL* .„Die Zerstörung der *Erinnerung als Herr*schaftstechnik“
	Referent:	Boris Pustinzev
10.30 - 11.00 Uhr	Pause	

11.00 Uhr	*Einheit:*	*Rußland Teil II.* „Die Wiederherstellung der Erinnerung“. *Bericht aus der Arbeit der Märtyrer-Kommission der Katholischen Kirche in Rußland*.
	Referent:	Bronislaw Czaplicki, Vorsitz. der Märtyrer-Kommission
13.00 Uhr	Mittagessen	
16.30 Uhr	*Einheit:*	*Ansätze einer Charta Memoriae.* *Thesenhafte Zusammenfassung der Tagung*
	Referent:	Thomas Hoppe, Hamburg.
18.00 Uhr	Rückkehr ins Hotel	
18.30 Uhr	Abendessen	

Fortsetzung der Gespräche in lockerer Runde

Dienstag, 9. Juni 1998

7.30 Uhr	Frühstück	
8.30 Uhr	Abfahrt zur Gedenkstätte	
9.00 Uhr	*Einheit:*	*Ansätze einer Charta Memoriae.* *Thesenhafte Zusammenfassung der Tagung* (Fortsetzung vom Vortag)
	Einführung:	Weihbischof Leo Schwarz
10.30 - 11.00 Uhr	Pause	
11.00 Uhr	*Einheit:*	*Fortsetzung der Diskussion*
12.00 Uhr	Gedenkfeier in Buchenwald, ggf. Kranzniederlegung	
13.00 Uhr	Mittagessen	
	Abreise	

I N T E R N A T I O N A L E R W O R K S H O P

der DEUTSCHEN KOMMISSION JUSTITIA ET PAX
in Zusammenarbeit mit
MISEREOR und RENOVABIS

„ERINNERUNG, AUFARBEITUNG DER VERGANGENHEIT UND DEMOKRATISIERUNG“

Ohne Erinnerung keine Versöhnung.
Ansätze und Überlegungen zu einer Charta Memoriae.

6. - 9. Juni 1998 in der Gedenkstätte Buchenwald

Referentinnen / Referenten

Cirilo Santamaria	REMHI Guatemala
Bronislaw Czaplicki	Märtyrerkommission der Katholischen Kirche in Rußland
Boris Pustinzev	Memorial St. Petersburg
Octave Ugirashebuja SJ	Justitia et Pax Kommission Ruanda
Maria Christine Zauzich	Guatemala

Teilnehmerinnen / Teilnehmer

Gerhard Bauer	Adveniat
Guido Brune	Referat Weltkirche Erzdiözese Hamburg
Pia Frohwein	Gedenkstätte Buchenwald
Dietrich Gaede	Gedenkstätte Buchenwald
Prof. Dr. Thomas Hoppe	Deutsche Kommission Justitia et Pax
Jozo Ivic SAC	Justitia et Pax Kommission Kroatien
Markus Leimbach	Renovabis
Gudrun Molkentin	Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung
Dr. Eva Maria Nowy	Deutsche Kommission Justitia et Pax
Cas Paulsen	Justitia et Pax Kommission Südafrika
Prälat Hellmut Puschmann	Präsident des Deutschen Caritasverbandes
August Rößner	Missio Aachen

Jonathan Rwamuningi	Bekenntnis von Detmold
Weihbischof Leo Schwarz	Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax
Silvia Servaes	Misereor
Kabelo Selema	Justitia et Pax Kommission Südafrika
Dr. Oleg Turii	Institut für Kirchengeschichte Lviv, Ukraine
Ivan Vojtassàk	Justitia et Pax Kommission Slowakei
Dr. Franz von Hammerstein	Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste
Prof. Ante Vuckovic ofm	Institut für eine Kultur des Friedens Split, Kroatien
Dr. Ilja Zivkovic	Sekretär der Kroatischen Bischofskonferenz

Leitung

Prälat Dieter Grande	Deutsche Kommission Justitia et Pax
Jörg Lüer	Deutsche Kommission Justitia et Pax

Tagungssekretariat

Bettina Huhn

Übersetzer

Elzbieta Dziekonska

Wolfram Wiesner

Internationaler Workshop
Erinnerung, Aufarbeitung von Vergangenheit und Demokratisierung

Referenzrahmen für die Referentenbeiträge

1.

1.1. Unter welchen historischen und politischen Ausgangsbedingungen haben Sie Ihre Arbeit aufgenommen? Welche Geschichten gilt es zu erinnern? Wer waren die Opfer? Wer waren die Täter? Worin besteht das spezifische Profil der belasteten Vergangenheit in Ihrem Land?

1.2. Was war der historische und politische Ausgangspunkt der Arbeit? Gab es identifizierbare Initialerfahrungen.

1.3. Welche Gruppe von Personen hat mit der Arbeit begonnen? Inwieweit waren Opfer bzw. Überlebende beteiligt? Was waren die ersten Zielsetzungen, wie haben sich diese im Laufe der Zeit erweitert bzw. verändert und warum? Was sind die spezifischen Ansatzpunkte Ihrer Arbeit? Wie verhalten sich diese zu staatlichen Formen des Umgangs mit der Vergangenheit?

1.4. Unter welchen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen wurde die Arbeit aufgenommen? Unter welchen Rahmenbedingungen steht sie heute? Welche Formen von Widerstand werden Ihrer Arbeit aus Staat und Gesellschaft entgegengebracht? Wie reagieren Sie darauf ? Wie bewerten Sie diese Widerstände?

2.

2.1. Wie würden Sie die Fähigkeit bzw. Bereitschaft sich der belasteten Vergangenheit zu stellen für ihr Land beschreiben? Wie differenziert sich diese Fähigkeit bzw. Bereitschaft in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen - Opfer, Täter, Zuschauer, Militär, Intelligenz etc.?

2.1. Welche Erinnerungen und Erfahrungen werden im Rahmen von nationalem Gedenken (Gedenktage, Denkmäler, Gedenkstätten) repräsentiert? (Vielleicht haben Sie einige Dia oder Bild - Beispiele).

2.3. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die widerstreitenden Erinnerungen und Erfahrungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen miteinander ins Gespräch zu bringen? Wie schätzen Sie insbesondere die Möglichkeiten für Opfer-Täter - Gespräche ein? Haben Sie Erfahrungen mit solchen Gesprächen, wenn ja welche? Welche Perspektiven sehen Sie für gemeinsame Trauerarbeit von Opfern unterschiedlicher Konfliktgruppen?

3.

3.1. Welche juristischen Möglichkeiten haben Opfer bzw. Überlebende, ihre Interessen geltend zu machen? Gibt es gesetzliche Regelungen zur Rückgabe von Eigentum, zur Rehabilitierung und zur Entschädigung? Wenn ja, welche und für wen? Wo liegen ihre Grenzen? Wie sieht die Anwendung der Gesetzeslage in der Realität aus?

3.2. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten ein, mittels Amnestieregelungen zu einem gesellschaftlichen Neuanfang zu kommen?

3.3. Können Wahrheitskommissionen ein befriedigender Dritter Weg zwischen den Polen der strafrechtlichen Verfolgung und der Amnestie sein? Wenn ja, welche Bedingungen müssen gewährleistet sein?

4.

4.1. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Erfahrungen der Opfer und Überlebenden für die zivilgesellschaftliche Entwicklung Ihres Landes fruchtbar zu machen? (z.B. im Rahmen des Erziehungs- und Bildungssystems)

4.2. Welche Rolle kommt der Aufarbeitung von Vergangenheit bei der Überwindung von Konfliktursachen zu? Welche begleitenden Maßnahmen sind erforderlich?

4.3. Inwieweit haben die von Ihnen vorgestellten Ansätze zur Aufarbeitung von Vergangenheit Einfluß auf die Demokratisierung ihrer Gesellschaft?

4.4. Ist eine Unterstützung des Demokratisierungsprozesses und der Aufarbeitung von belasteter Vergangenheit von außen möglich? Wenn ja, wie und in welcher Weise ist sie erwünscht?

5.

5.1. Welche Rolle spielt die Kirche in den Prozessen der Aufarbeitung von Vergangenheit?

5.2. Spielt der Begriff der Versöhnung eine Rolle in Ihrer Arbeit? Wenn ja, welche? Welche traditionellen und kulturspezifischen Vorstellungen von Versöhnung gibt es in Ihrem Land? Wie definieren Sie Versöhnung? Wo liegen Ihrer Auffassung nach die Probleme dieses Begriffs?

5.3. Gibt es einen spezifisch christlichen Ansatz des Umgangs mit belasteter Vergangenheit? Worin bestehen seine Eckpunkte?